

Nr. 188 | April 2022

ÖkologiePolitik – Journal der Ökologisch-Demokratischen Partei

39. Jahrgang | ISSN 1430-6646 | 6,- Euro

ödp

Sozial-ökologische Transformation

Vier Stellschrauben für ihr Gelingen 32

Ukraine-Krieg

Resolution des Bundesvorstands 38

ÖDP feiert Jubiläum

Fotos von Gründungsereignissen gesucht 40

Ökologie Politik

WAS BEDEUTET MITTE?

INHALT

UMSCHAU

Ökolumne: Krieg in der Ukraine: Wohin führt das?	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	7

TITELTHEMA: WAS BEDEUTET MITTE?

Spaltung: „Ein kongeniales Geschäftsmodell“ Interview mit Andreas Rebers	8
Rechtsidentitäre: Alter Wein in neuen Schläuchen Interview mit Natascha Strobl	10
Linksidentitäre: Irritierende Biopolitik von Günther Hartmann	12
Identität: „Weder das Männliche noch das Weibliche sind toxisch“ Interview mit Prof. Dr. Eckhard Frick SJ	19
Sündenböcke: Einer der mächtigsten Impulse von Günther Hartmann	22
Gendersprache: „Ein sperriger Bürokratenjargon“ Interview mit Fabian Payr	26
Geschlechtergerechtigkeit: Gleichstellung verhindert Gleichberechtigung von Dr. Johannes Resch	28
Parteienlandschaft: „Mitte ist die Tugend des Maßes“ Interview mit Prof. Dr. Matthias Zimmer	30

WIRTSCHAFT & SOZIALES

Studie: Wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann von Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher	32
--	----

ÖDP INTERN

Ukraine-Krieg: Resolution des ÖDP-Bundesvorstands	38
Partei Jubiläum: Haben Sie Fotos von der Gründung der ÖDP?	40
Bundesgeschäftsstelle: Auf Wiedersehen, Carolin!	40
Neues Schulungsangebot: Bei Streitfragen kompetent argumentieren	41
EU-Taxonomie: Brüsseler Nackenschlag für die Klimawende von Manuela Ripa	42
JÖ – jung.ökologisch: Sprout 2.0 steht in den Startlöchern! von Emilia Kirner und Tim-Oliver Kray	44
Landesverbände	46
Bundesarbeitskreise	53
Mitgliedergeschichte: Runderneuerte Reifen von Thomas Büchner	57
Presseticker	58
Leserbriefe	62
Impressum/Vorschau/Termine	65

Liebe Leserinnen und Leser,

als dieses Heft konzipiert wurde, hielt es noch niemand für möglich, dass in Europa wieder ein Krieg stattfindet. Und als er dann ausbrach, waren die meisten Beiträge schon geschrieben, teilweise gelay-outet. Alles einstampfen? Nein. Denn erstens hat die ÖkologiePolitik einen langen Vorlauf, sodass Beiträge über den Krieg bei ihrem Erscheinen schon wieder veraltet wären. Und zweitens können manche Beiträge dieses Hefts sogar durchaus helfen, zum Krieg führende Mechanismen zu verstehen. Denn dieses Heft widmet sich auch der Aktualität und den Formen autoritären Denkens.

Eigentlich widmet sich das Heft der Frage: Was bedeutet Mitte? Eine Frage, die sich die ÖDP auch 40 Jahre nach ihrer Gründung immer wieder stellen sollte. Und so einfach zu beantworten ist sie gar nicht. Wenn wir allerdings einen Blick auf die Ränder unseres politischen Spektrums werfen, dann wird einiges klarer. Denn da gibt es heute sowohl rechts als auch links neue Bewegungen: die sogenannten „Identitären“. Dieses Heft nimmt beide unter die Lupe.

Über die rechtsidentitäre Bewegung gibt es eigentlich nicht viel zu sagen: Für ihre Mitglieder steht die Zugehörigkeit zu einem biologisch und kulturell definierten „Volkskörper“ im Mittelpunkt. Und der wird angeblich bedroht: von Einwanderern und vom Islam. Ein „Bevölkerungsaustausch“ wird befürchtet, dem sich die Bewegung widersetzen will. Dahinter steckt der Wunsch, sich als Teil einer starken Gemeinschaft zu fühlen – und auf andere herabzublicken, andere zu diskriminieren.

Bei der linksidentitären Bewegung ist die Sache komplizierter. Auf den ersten Blick scheint sie das genaue Gegenteil der rechtsidentitären zu sein: Im Mittelpunkt ihres Denkens und Tuns steht der Kampf gegen Diskriminierung. Das ist lobenswert, richtig und wichtig. Und doch mehrert sich in den letzten Jahren die Kritik an der Bewegung. Da scheint etwas trotz guter Absichten in die falsche Richtung zu laufen. Unsere Gesellschaft würde gespalten, lautet eine oft vernehmbare Warnung. Das lässt aufhorchen.

In diesem Heft kommen kritische Stimmen zu Wort – bunt gemischt mit völlig unterschiedlichen Perspektiven: ein Kabarettist, zwei Journalistinnen, ein Tiefenpsychologe, ein Kulturphilosoph, ein Musiker, ein Ex-Bundestagsabgeordneter und der Vorsitzende des ÖDP-Bundesarbeitskreises Familie. Dass diese Beiträge die eigene Meinung nicht immer bestätigen, ist klar. Doch zur Demokratie gehört, abweichende Meinungen zu ertragen. Und das ist angesichts der Intoleranz von Extremisten vielleicht auch eines der wichtigsten Wesensmerkmale der Mitte.

Viel Spaß beim Lesen, Nachdenken und Diskutieren

Ihre

Günther Hartmann

Jan Altnickel



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Jan Altnickel
Stellvertretender
verantwortlicher
Redakteur

Ökolumne von Ulrich Brehme



Krieg in der Ukraine: Wohin führt das?

Es ist wieder Krieg in Europa. Es rollen Panzer und fliegen Raketen. Es wird Artillerie eingesetzt, es kommt zum Häuserkampf. Mit dem Überfall auf die Ukraine bricht Russland erneut das Völkerrecht. Russland verschiebt Grenzen, will die Ukraine auslöschen, die ukrainische Regierung absetzen oder töten. Bereits in den Jahren vorher übte Russland massiv Druck gegen einen EU-Beitritt der Ukraine aus und vergiftete den ukrainischen Präsidenten. Putin geht es nicht um die Sicherheit Russlands, sondern um das Überleben seines autoritären Systems und derer, die von ihm profitieren. Putin hat Angst vor der Demokratie. Auch in Russland demonstrieren Bürger gegen den Krieg. Sie werden dafür verhaftet.

Präsident Wladimir Putin äußerte Faschismusvorwürfe gegen die Ukraine, unterstützt aber selber massiv rechtsradikale Parteien in der EU und verbreitet gezielt Desinformation. Er stellte in seiner Rede Stalin als positives Vorbild dar. Putin lügt. Stalin hat in der Ukraine früher massenhaft Intellektuelle ermorden lassen und in ländlichen Gebieten der Ukraine mit seiner Politik absichtlich eine Hungersnot herbeigeführt, der fast 4 Mio. Menschen zum Opfer gefallen sind.

Russland versucht den Zusammenhalt des westlichen Bündnisses zu schwächen, indem es Spaltun-

gen in der EU wie beim Brexit und in der Flüchtlingskrise in Südeuropa fördert. Die Mordanschläge in Berlin, London, Kiew und Russland, die Giftgasangriffe in Syrien, die Cyberangriffe und Einmischung in Wahlen

Der Verteidigungsetat soll mehr als 2 % des Bruttoinlandsprodukts betragen. Es wäre besser, mehr Geld für den Umbau der Energiewirtschaft auszugeben.

in Westeuropa und Amerika zeigen, dass das russische Herrschaftssystem keine Grenze mehr für Gewalt akzeptiert. Jetzt droht Putin der gesamten Welt mit einem Atomkrieg. Er lässt auch ukrainische Atomkraftwerke beschießen.

Die USA und Russland verfügen zusammen über mehr als 10.000 Atomsprenköpfe. Ein Krieg, der mit nur 100 Atomwaffen geführt wird, würde die menschliche Zivilisation zerstören und alles Leben auf unserem Planeten vernichten.

Die EU-Staaten sind nicht in der Lage, sich selber zu verteidigen und ihre Peripherie zu stabilisieren. Nur die USA können eine nukleare Abschreckung gegen russische Atomwaffen bereitstellen. Es ist die Frage, ob Putin es wagen wird, einen NATO-Staat anzugreifen. Mit Terror aus Russland muss fortan gerechnet

werden. Die Angriffe auf unsere Infrastruktur werden zunehmen. Die Ukraine wird zu einem andauernden Konflikt für die nächsten Jahre. Anders als ursprünglich geplant, liefert Deutschland der Ukraine nun auch Waffen. Erstmals will die EU den Kauf von Waffen für ein angegriffenes Land mit 450 Mio. Euro finanzieren.

Der größte strategische Fehler Deutschlands bis 1945 war die Isolation. Die Einbettung in die NATO ist heute die Grundlage unserer Sicherheit. Bundeskanzler Olaf Scholz will für die Bundeswehr ein Sondervermögen von 100 Mrd. Euro für Rüstungsprojekte beschließen. Es geht dabei mit einem Anteil von 25 Mrd. Euro um die nächste Generation von Kampfflugzeugen, um US-Atomwaffen ins Ziel bringen zu können. Von

nun an soll der Verteidigungsetat mehr als 2 % des Bruttoinlandsprodukts betragen.

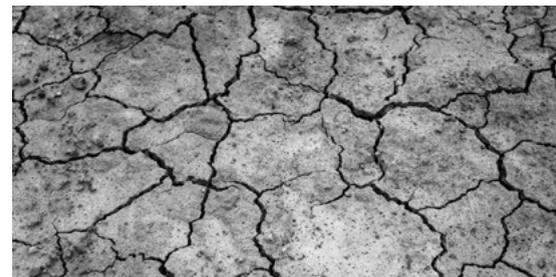
Es wäre besser, mehr Geld für den Umbau der Energiewirtschaft hin zu regenerativen Energiequellen auszugeben. Der Westen hat den Umbau der Energieversorgung verschlafen. Der Klimawandel wird unerbittlich seinen Tribut fordern. Der Ausbau der Erneuerbaren Energie muss jetzt endlich beschleunigt werden.

Wir müssen mehr Energie sparen, die Wärmedämmung verbessern, nach Mitternacht die Straßenlaternen ausschalten, eine Höchstgeschwindigkeit und wieder autofreie Sonntage einführen, große Energieverbraucher abschalten. Einfach mal anfangen, wo es geht, statt Greenwashing zu betreiben. Wir brauchen mehr Selbstversorgung statt Globalisierung.

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

Wärmste 7 Jahre seit Messbeginn

Das Jahr 2021 war das fünftwärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Das Temperaturmittel lag um 1,1 bis 1,2 Grad über dem der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Jahre seit 2015 waren die wärmste 7-Jahres-Periode, die je gemessen wurde. Im Sommer 2021 litten vor allem der Westen der USA und Kanadas an einer ungewöhnlichen Hitze, in deren Folge wohl mehr als 1.400



Menschen starben. Europa wurde vor allem von Starkregenfällen heimgesucht, die in Westdeutschland und den Benelux-Staaten zu Überschwemmungen und Hunderten Toten führten. Die CO₂-Konzentration in der Erdatmosphäre stieg unterdessen weiter an.

» www.t1p.de/scl5e

Pestizideinsatz steigt und steigt

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat zusammen mit drei Kooperationspartnern einen „Pestizidatlas“ veröffentlicht: eine Zusammenstellung von Daten und Fakten. Die Menge der Pestizide stieg von 1990 bis 2017 um 80 % auf inzwischen 4 Mio. t pro Jahr. Problematisch ist hierbei auch die Marktmacht der Konzerne. Deutsche Konzerne gehören zu den weltweit größten Exporteuren. Sie verkaufen vor



allem nach Asien, Afrika und Lateinamerika. 385 Mio. Menschen erkranken daran jährlich.

» www.t1p.de/uutti

Großer Vogelrückgang in Europa

Seit 1980 sind in der EU fast 600 Mio. Vögel verschwunden. Den größten Populationsrückgang verzeichnet der Haussperling mit allein 247 Mio. weniger Exemplaren, gefolgt von der Schafstelze mit 97 Mio., dem Star mit 75 Mio. und der Feldlerche mit 68 Mio. Beim Vergleich



der Bestandsentwicklungen nach Lebensräumen wurden die höchsten Verluste bei Ackerland- und Grünlandvögeln festgestellt.

» www.t1p.de/bk9zl

Klimaneutralität nur mit halber Tierzahl

Damit Deutschland bis 2045 klimaneutral werden kann, müssen die Emissionen aus der Landwirtschaft drastisch sinken. Die Zahl der Tiere in den Ställen und auf den Weiden muss halbiert werden, denn drei Viertel der landwirtschaftlichen Klimagase stammen aus der Tierhaltung. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie des Öko-In-



stituts im Auftrag von Greenpeace. Die Wissenschaftler empfehlen eine Umstellung der Ernährung auf vorwiegend pflanzliche Lebensmittel und eine entsprechend ausgerichtete Agrarpolitik.

» <https://t1p.de/sr2hh>

Nordostatlantik radioaktiv belastet

Der Nordostatlantik und seine Küstengebiete sind über weite Teile radioaktiv belastet. Denn in der Normandie steht die Wiederaufbereitungsanlage La Hague und leitet täglich 400 m³ radioaktives Abwasser ein. Es gibt kein ver-

bindliches Abkommen, das die Einleitung radioaktiven Abwassers verbietet. Solche Mengen bleiben nicht ohne Konsequenzen: Im Umkreis von 10 km kommt Kinderleukämie dreimal so häufig vor wie im restlichen Frankreich.

» www.t1p.de/6kmag

Krankenhäuser beklagen Personalmangel

Der neue „Krankenhaus-Barometer“ warnt, viele Kliniken seien „finanziell und personell am Limit“. 60 % der Krankenhäuser rechnen für 2022 mit Verlusten, 80 % haben Schwierigkeiten, Planstellen auf ihren Allgemein- und



Foto: Silias Camargo Sliado/pixabay.com

Intensivstationen zu besetzen. Derzeit gelten 22.300 Positionen als vakant, dreimal so viele wie 2016. Und die angespannte Personalsituation droht sich weiter zu verschärfen.

» www.t1p.de/27ks7

Atomkraftwerk-Betreiber entschädigt

Das Schiedsgerichtsverfahren bezüglich des finanziellen Ausgleichs für den beschleunigten Atomausstieg ist be-



Foto: James Quiber/pixabay.com

endet. Vattenfall, Eon/PreussenElektra, EnBW und RWE erhalten insgesamt 2,4 Mrd. Euro Entschädigung. Im Gegenzug verpflichten sich die Energiekonzerne, alle Klageverfahren zurückzunehmen und auf neue Klagen zu verzichten.

» www.t1p.de/11tq

Nanoplastik überall zu finden

Nanoplastik verbreitet sich über die Luft teilweise mehr als 2.000 km weit. Rund 8.300 Mio. t Plastik sind bislang



Foto: RitaLz/pixabay.com

weltweit produziert worden, etwa 60 % davon ist inzwischen Abfall. Dieser Müll erodiert durch Witterungseffekte und mechanischen Abrieb von Makro- über Mikro- zu Nanopartikeln. Nanopartikel können wahrscheinlich über die Atmung in den menschlichen Blutkreislauf gelangen.

» www.t1p.de/p01s

Geothermie für Wärmewende wichtig

Der Wärmesektor verbraucht in Deutschland 56 % der Gesamtenergie, doch derzeit sind nur 15 % regenerativ. Die Geothermie kann einen großen Beitrag leisten, dass sich das ändert. Dies zeigt eine von Helmholtz-Zentren und Fraunhofer-Instituten gemeinsam entwickelte „Roadmap“. Demnach gibt es in Deutschland viele Gebiete mit Wärmequellen und Speichermöglichkeiten in 400 bis 5.000 m Tiefe. Kombiniert mit Großwärmepumpen könnte die Geothermie über Fernwärmenetze etwa ein Viertel des Wärmebedarfs decken.

» www.t1p.de/xlzk3

EU-Recht über nationalen Verfassungen

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat entschieden: EU-Recht steht über den nationalen Verfassungen der EU-Mitgliedsstaaten. Richter und Behörden müssen das umsetzen, was die EU sagt. Und niemand darf bestraft werden, wenn er der EU statt dem eigenen Verfassungsgericht folgt.

» www.t1p.de/e4im8

Bundeskanzler Scholz will aufrüsten

Wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine will Bundeskanzler Olaf Scholz die Bundeswehr kurzfristig mit zusätzlichen 100 Mrd. Euro ausstatten und mittelfristig ihren jährlichen Etat auf mindestens 2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erhöhen. Für ihr Militär gaben nach Angaben des Friedensforschungsinstituts SIPRI im Jahr 2020 aus: die USA 778 Mrd. US-Dollar, die anderen NATO-Staaten insgesamt weitere 325 Mrd., China 252 Mrd., Indien 73 Mrd. und Russland 62 Mrd.

» www.t1p.de/xaay

Bücher

Profitstreben & Patientenwohl

Kurt E. Müller

Wenn der Staat der Pate ist

Im Spannungsfeld von ökonomischen Interessen und medizinischen Notwendigkeiten
Novum, Juli 2021
154 Seiten, 16,40 Euro
978-3-99107-661-2



Oft steht das Gemeinwohl im Widerspruch zu den wirtschaftlichen Interessen bestimmter Unternehmen. Besonders eklatant zeigt sich dies in unserem Gesundheitswesen. Der Autor, seit Jahrzehnten als Arzt tätig und unter anderem Vorsitzender des Deutschen Berufsverbands Klinischer Umweltmediziner, beschreibt kompetent und gut lesbar, welche Weichen in der deutschen Gesundheitspolitik in den letzten Jahrzehnten falsch gestellt wurden, welche Missstände daraus zwangsläufig entstanden und wo welche Verbesserungen dringend notwendig sind. Apropos Gesundheitspolitik: Die einzige Partei, an der er ein gutes Haar lässt, ist die ÖDP. (gh)

Großkonzerne & Marktwirtschaft

Norbert Häring

Endspiel des Kapitalismus

Wie die Konzerne die Macht übernahmen und wie wir sie zurückholen
Quadrige, Oktober 2021
384 Seiten, 22,00 Euro
978-3-86995-113-3



In der Corona-Pandemie gerieten Hunderttausende Mittelständler in finanzielle Not und Millionen Menschen verloren ihren Job. Doch der Aktienmarkt boomt und der DAX erreicht Rekordwerte. In unserem Wirtschaftssystem läuft also etwas gewaltig schief. Der ehemalige „Handelsblatt“-Redakteur zeigt in seinem neuen Buch anhand einer Fülle gut belegter Fakten, wie global operierende Großkonzerne aus der Finanz- und der IT-Branche ihre Macht stetig festigen und ausbauen. Eines ihrer wichtigsten Instrumente ist dabei das Weltwirtschaftsforum: eine Lobbyorganisation mit dem Ziel, dass die Konzerne die wichtigen Entscheidungen treffen und die Regierungen diese dann nur umsetzen und ihren Bürgern „verkaufen“. (gh)

Gruppendynamik & Identität

Katja Johanna Eichler

Zusammenleben statt Zusammenrotten

Zusammenrotten

Warum wir Gruppe und Identität neu denken sollten – eine Intervention
Büchner, März 2022
188 Seiten, 22,00 Euro
978-3-96317-284-7



Die Ethnologin hat die aktuellen Diskurse um Identität aufmerksam verfolgt und geht in ihrem Buch wichtigen Fragen nach: Warum ist die Unterscheidung zwischen dem „Wir“ und dem „Die“ so tief in uns verwurzelt und so anziehend? Welche negativen Auswirkungen hat das? Wie können wir es überwinden? Und welche Kompetenzen sollten wir dafür heute viel stärker fördern? (gh)

Umweltrettung & Demokratie

Franz Alt, Ernst Ulrich von Weizsäcker

Der Planet ist geplündert

Was wir jetzt tun müssen
S. Hirzel, März 2022
208 Seiten, 22,00 Euro
978-3-7776-3020-5



50 Jahre nach Erscheinen des vom Club of Rome herausgegebenen Weltbestsellers „Die Grenzen des Wachstums“ analysiert dieses Buch die Gegenwart und skizziert einen Weg aus der globalen Krise in eine lebenswerte Zukunft. Dabei geht es auch um die Frage, wie eine menschengerechte Demokratie und eine nachhaltige Wirtschaftsordnung aussehen und umgesetzt werden kann. (gh)

Wirtschaftstheorie & Finanzpolitik

Stephanie Kelton

Der Defizit-Mythos

Die Modern Monetary Theory und die Gestaltung einer besseren Wirtschaft
Lola Books, Dezember 2021
420 Seiten, 23,00 Euro
978-3-944203-60-7



Die amerikanische Wirtschaftswissenschaftlerin fordert, dass sich der Staatshaushalt an den gesellschaftlichen und umweltpolitischen Aufgaben orientiert – und nicht an den jährlichen Steuereinnahmen. Damit die Politik handlungsfähiger, mutiger und weiblicher wird, stellt sie die fehlerhaften Denkstrukturen in der Wirtschaftswissenschaft richtig. (gh)

Spaltung

„Ein kongeniales Geschäftsmodell“

Unsere Gesellschaft polarisiert sich. Aggressive Ideologien mit allzu simplen Weltbildern und klaren Feindbildern stoßen auf große Resonanz und breiten sich aus.

Die Vernunft scheint dabei immer mehr unter die Räder zu geraten. Ein Kabarettist bläst zur Gegenoffensive und bezeichnet sich als Vertreter der „radikalen Mitte“.

Interview mit Andreas Rebers

Ökologie Politik: Herr Rebers, Sie bezeichnen sich als Vertreter der „radikalen Mitte“. Was wollen Sie damit ausdrücken?

Andreas Rebers: Wir leben in einer Welt, in der die Mitte bald tiefer liegt als die Ränder. Dabei werden die Ränder immer lauter und beanspruchen für sich die Deutungs-

ken kann. Durch diese Begrifflichkeiten und einem sich immer weiter verbreiteten Haltungsjournalismus wird auch eine schnelle Zuordnung ermöglicht. Dann fehlt nur noch die Frage: „Bist du bei denen oder bei denen?“ Herzlich willkommen, die Schubladen sind geöffnet! Ich halte es mit meiner Arbeit wie der Journa-

gegrenzt und diabolisiert wird. Die Polarisierung unserer Gesellschaft ist ein zutiefst egoistischer Vorgang und ähnelt eher einer Performance als einer Auseinandersetzung. Um es klar zu sagen: An den Polen sind Annäherungen unerwünscht. Und was erschwerend hinzukommt, ist, dass Deutsche Probleme haben, sich in der Nähe abzugrenzen.

Was war der Auslöser für Ihre Positionierung?

Definitiv die Berichterstattung und die Abbildung der Flüchtlingskrise 2015. Unser Meinungsmarkt hat sich in dieser Zeit so verhalten wie alles, was dem Warenfluss des Kapitalismus unterworfen ist: Die einen machten Willkommenskultur, die anderen die Kollateralschäden. Ich rede also von Marktlücken. In dieser Zeit hatte ich den Begriff „Lückenpresse“ erfunden. In der „Süddeutschen“ tut man ja bis heute so, als hätte es den „Tag der offenen Hose“ an Silvester 2015/2016 auf der Kölner Domplatte nie gegeben. Ein schwerwiegender Fehler, den auch ARD und ZDF gemacht haben. Die AfD hat sich jedenfalls gefreut. Ich möchte es so formulieren: Wahrheiten, die man wegsperert, werden giftig! Und wer sich mit derer von Storchens beschäftigt, der weiß, dass die keine Angst haben, diese Giftschranken auch mal aufzumachen und sie unters Volk zu bringen, wenn es

„Wir leben in einer Welt, in der die Mitte bald tiefer liegt als die Ränder. Wenn wir nicht aufpassen, könnte daraus irgendwann eine Kloschüssel werden.“

hoheit über gesellschaftsrelevante Themen. Die Spaltung unserer Gesellschaft ist ein kongeniales Geschäftsmodell, das beiden Seiten nützt. Sie bedingen sich gegenseitig und profitieren von der jeweiligen Verteufelung des anderen. Paradoxerweise argumentieren sie gleichzeitig mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, der aber natürlich nur für sie selbst gilt. Nun werden in der medialen Abbildung nicht nur Bilder gezeigt, sondern es wird dort auch mit Worten hantiert und es werden Begriffe geprägt: Da die „Impf-Gegner“, da die „Impf-Befürworter“, die „Corona-Leugner“, die „Klima-Leugner“. Dann gibt es „Querdenker“ – dabei freue ich mich doch über jeden, der in unserer Bilderrepublik noch einigermaßen geradeaus den-

list Hanns Joachim Friedrichs: „Ich bin überall dabei, mache mich aber nicht gemein.“

Warum erachten Sie Ihre etwas irritierende Positionierung als angebracht?

Wenn wir nicht aufpassen, könnte aus einer tiefer liegenden Mitte irgendwann so etwas wie eine Kloschüssel werden. In einem ernst gemeinten Diskurs geht es wie in einem sokratischen Gespräch immer um Annäherung und Respekt. Das rührt aus der Pflicht, zu einer gemeinsamen Einigung bzw. zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen. Das geschieht auf der Basis von Fakten und Kompromissbereitschaft. Und nicht auf der Basis von Gefühlen oder Emojis. Der herrschaftsfreie Diskurs ist nur möglich, solange niemand aus-



Andreas Rebers, Jahrgang 1958, studierte Musik, war von 1989 bis 1997 Musikalischer Leiter am Staatstheater Braunschweig und von 1997 bis 1999 Autor und Akteur bei der Münchner Lach- und Schießgesellschaft. Seit 1999 tritt er als Solo-Kabarettist auf, wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet und 2020 zum Ordentlichen Mitglied der Bayerischen Akademie der Schönen Künste berufen.

www.andreasrebers.de

ihnen nützt. Der tiefere Sinn der Abbildungen dieser Tage – ich rede von den applaudierenden Voyeuren an deutschen Bahnhöfen und den völlig überforderten Flüchtlingen, die von den Massenmedien zur Schau gestellt wurden – erfüllt einen Zweck.

Diese Bilder wurden um die ganze Welt geschickt. Die Welt kannte ja bereits viele Bilder aus Deutschland, die allerdings an das Unfassbare erinnerten. Und nun gab es die Gelegenheit, nachdem die Olympischen Spiele 1972 auch in die Hose gegangen waren, endlich andere Bilder zu zeigen: das Bild des „guten Deutschen“. Oder um es mit Katrin Göring-Eckardt zu sagen: „Das Bild der Moral-Weltmeister“! Diese Bilder zeigen allerdings nur, wie man sich gerne sähe. Und das hat in Deutschland eine lange Tradition. Ich selbst bin ein

„In einem ernst gemeinten Diskurs geht es darum, zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen. Auf der Basis von Fakten und Kompromissbereitschaft.“

eher akustisch veranlagter Mensch und betrachte Bilder und Abbilder immer mit einer gewissen Skepsis. Beispielsweise beobachte ich, dass in der medialen Aufarbeitung der deutschen Geschichte und des Dritten Reichs immer mehr Farbdokumente gesendet werden – zum Teil original, aber eben auch nachkoloriert. Amü-

„Wahrheiten, die man wegsperert, werden giftig!“

sant! Durch die Farbe bekommen die Bilder etwas Kontemporäres und rücken dadurch etwas dichter an die anderen Bilder, die uns heute gezeigt werden. Aber wir wissen natürlich, dass es sich bei den Nürnberger Aufmärschen um tempi passati handelt. Auf der anderen Seite werden die zeitgenössischen rechten Terroristen des NSU – also Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt – grundsätzlich als Schwarz-Weiß-Dokument gezeigt. Nennen wir es Retro-Design. Die beabsichtigte Wirkung liegt auf der Hand: „Die gehören nicht zu uns!“ Ist das so?

ONLINETIPP

Andreas Rebers
Ich helfe gern
3satFestival, 26.09.2020
www.t1p.de/2vvp

Wie waren die Reaktionen auf Ihre Positionierung?

In der pseudolinken Szene wurde ich dafür in die rechte Ecke geschoben. Ein gut verdienender „Aktivist“ aus München warf mir vor, dass das, was ich mache „Wasser auf die Müh-

len der Rechten“ sei. Meine Antwort war und bleibt: „Das Wasser ist nicht das Problem, sondern die Mühlen!“ Und diese Mühlen haben vor allem weite Teile der Großstadt-Grünen den Rechten in der Provinz kampflos überlassen, weil sie ihre Lebensentwürfe nicht mit dem Dreck der Müllarbeit verschmutzen wollen.

Ich persönlich hatte nie ein Problem, mich dreckig zu machen. Das hat mit meiner Lebensgeschichte zu tun. Von Slavoj Žižek stammt der Satz: „Was ist das Gegenteil von Zukunft? Herkunft!“ In meiner Kindheit und Jugend saß der Zweite Weltkrieg mit am Tisch. Meine Mutter war Flüchtling, mein Vater schwerbehindert, wir Kinder teilten uns zu dritt ein Zimmer. Und als mein ältester Bruder auf eine weiterführende Schule gehen wollte, fragten Pastor, Lehrer und Gutsbesitzer: „Warum?“

Herr Rebers, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Rechtsidentitäre

Alter Wein in neuen Schläuchen

Vor einem „Bevölkerungsaustausch“ durch Zuwanderung und vor einer „Islamisierung“ warnt die „Identitäre Bewegung“. Und ruft zum Widerstand auf. Das altbekannte „Ausländer raus!“ in modernisierter Form. Wie bei allen Rechtsextremisten steht eine durch Abstammung definierte „Volksgemeinschaft“ im Zentrum des Denkens.

Interview mit Natascha Strobl

ÖkologiePolitik: Frau Strobl, wann und wie entstand die „Identitäre Bewegung“?

Natascha Strobl: Sie entstand 2012 in Frankreich als Génération identitaire, ging aus der gleichnamigen Jugendorganisation der rechtsextremen Regionalpartei Bloc identitaire hervor. Noch im selben Jahr gab es die ersten Ableger in weiteren

anstelle demokratischer Willensbildungsprozesse im Parlament tritt die öffentliche Akklamation, freie und geheime Wahlen sind aufgrund der Homogenität des „Volkes“ und seiner Identität mit dem „Führer“ unnötig. Innerhalb der Neuen Rechten wurde der Begriff „identitär“ von Guillaume Faye aufgegriffen, der die europäische Identität durch muslimi-



Natascha Strobl, Jahrgang 1985, studierte Skandinavistik und Politologie, schrieb ihre Diplomarbeit über *Ideologie und Strategie der Neuen Rechten* – und widmet sich seither als freie Journalistin vornehmlich diesem Themengebiet. Sie veröffentlichte darüber zahlreiche Artikel und einige Bücher. Zudem gründete sie die Initiative „Offensive gegen Rechts“ mit und war zeitweise deren Sprecherin.

www.natsanalysen.at

tischen italienischen Organisation „CasaPound Italia“ von der Linken und Organisationen wie Greenpeace übernommen hatten. Sie sehen sich als diejenigen, die den Weg aus dem neonazistischen Sumpf gefunden haben, der sich für viele als Sackgasse erwiesen hatte. Und vor allem als diejenigen, die Mittel und Wege

gefunden haben, um in unserer Gesellschaft weniger Abwehr und mehr Zustimmung zu erzielen.

Wie viele Mitglieder zählt sie? Und wie einflussreich ist sie?

In Deutschland sind es wohl 500 bis 600 Mitglieder, in Österreich rund 150. Das ist im Vergleich zur gesamten rechtsextremen Szene Deutschlands mit derzeit über 33.000 Personen natürlich wenig. Mit ihren medial beachteten Aktionen und ihren Social-Media-Auftritten üben sie aber großen Einfluss aus. Sogar auf die Politik, etwa als eine Kampagne gegen den Migrationspakt 2018 dazu führte, dass die österreichische Regierung aus dem Pakt ausstieg. Nachdem öffentlich geworden war, dass der Attentäter von Christchurch an den Chef der österreichischen „Identitären“, Martin Sellner, Geld gespendet hatte, wurden ihre Social-Media-Accounts gesperrt und sie verloren viel mediale Präsenz. Derzeit agieren sie in der Halböffentlichkeit von Telegram-Kanälen und Corona-Leugner-Demos.

Geht von den „Identitären“ eine Gefahr für Freiheit und Demokratie aus?

Sie trugen dazu bei, dass sich der gesellschaftliche Diskurs nach rechts verschob. Mit ihrem „soften“ Rechtsextremismus machten sie diesen für jene attraktiv, die zwar rechts denken, sich aber nie mit der primitiven Neonazi-Szene oder rechtsextremen Parteien identifizieren konnten. Durch ihre personellen und strukturellen Verbindungen zur AfD trugen sie zu deren Radikalisierung bei. Dasselbe gilt für Pegida- und Corona-Leugner-Demos. Ihr Wirken in Telegram-Kanälen und auf anderen Plattformen führt zu Radikalisierung und Enthemmung vor allem junger Männer. Der Attentäter von Christchurch bezog sich in seinem „Manifest“ auf sie.

Mit welchen Mitteln und Methoden arbeitet sie?

Häufig benutzte Aktionsformen waren und sind kurzzeitige Besetzungen symbolträchtiger Gebäude oder Orte, Flashmobs, Störung von Veranstaltungen, Plakate, Banner, Grafitti etc. In Sozialen Medien initiieren sie Shitstorms, produzieren Videos, Memes, Shareables und dergleichen. Dass sie Elemente der Popkultur nutzen, grenzt sie von der traditionellen rechtsextremen Szene ab.

Welche Haltung haben sie zur Klimawandlung?

Damit tun sie sich schwer, da dessen Leugnung in der rechten Szene weit verbreitet ist. Sellner gibt an, es gäbe dazu eine „Pluralität an Meinungen“. Doch 2019 nahmen er und andere „Identitäre“ an der Konferenz „Gegen den Klimawahn“ des neurechten Magazins „Compact“ teil. Ikonen der Klimabewegung wie Greta Thunberg sind Zielscheibe ihrer Häme. Insgesamt ignorieren die „Identitären“ das Thema aber weitestgehend, da sie nur schwer Gewinn daraus ziehen können.

Welche Rolle spielen Umweltschutz und Ökologie?

Die „Identitären“ kennen die rechte Tradition des Umweltschutzes und nutzen die Verknüpfung von Umwelt und Heimat, die im NPD-Slogan

„Rechten Ökos geht es nie um einen universalistischen Anspruch. Die Natur steht für das Recht des Stärkeren.“

„Umweltschutz ist Heimatschutz“ mündet. Es geht dabei um die Erhaltung der heimatlichen Landschaft als nationalromantische Projektionsfläche, nicht um einen nachhaltigen Umgang mit der Natur und das Überleben der Menschheit. Im Grunde sind wir hier beim Blut-und-Boden-Denken und der völkischen Bewegung des 19. Jahrhunderts. Es werden auch Parallelen zwischen Natur und Mensch gezogen: Artenschutz

BUCHTIPPS

Natascha Strobl
Radikalisierter Konservatismus
Eine Analyse
Suhrkamp,
September 2021
192 Seiten, 16,00 Euro
978-3-518-12782-7



Julian Bruns, Kathrin Glösel, Natascha Strobl
Die Identitären
Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa
Unrast, Dezember 2018
320 Seiten, 18,00 Euro
978-3-89771-224-9



sei vergleichbar mit dem Kampf der „Identitären“ um ihre „ethnokulturelle Identität“. Ihr im Biologismus verankertes Denken, das durch ihre modernisierte Rhetorik meist verdeckt ist, kommt bei solchen Diskussionen zum Vorschein.

Woran erkennt man „rechte Ökos“?

Es geht ihnen nie um einen universalistischen Anspruch. Die Natur steht für das Recht des Stärkeren. Beim Umwelt- und Klimaschutz geht es nicht darum, dass bestimmte Ge-

genden unbewohnbar werden und viele Menschen an den Folgen sterben. In ihrem sozialdarwinistischen Denken ist das Sterben der Älteren, Schwächeren und weniger Privilegierten nur ein Kollateralschaden. Das zeigt sich auch beim Thema „Impfen“: Wer sich oder seine Kinder impfen lässt, sei nur zu schwach, um die Krankheit zu überstehen.

Frau Strobl, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Linksidentitäre

Irritierende Biopolitik

Die linksidentitäre Bewegung kämpft entschlossen für die Rechte diskriminierter Gruppen. Das ist eigentlich richtig und wichtig. Und doch erschienen in den letzten Jahren zahlreiche Bücher, die sich damit kritisch auseinandersetzen – interessanterweise viele von Frauen. Eine von ihnen ist die junge Journalistin Judith Sevinç Basad.

von Günther Hartmann

Judith Sevinç Basad studierte Germanistik und Philosophie, schrieb ihre Masterarbeit über totalitäre Tendenzen in der queer-feministischen Bewegung und anschließend ihr Buch „Schäm dich!“, das 2021 im Westend-Verlag erschien. In ihm präsentiert sie eine Fülle interessanter Fakten und stellt die historische Entwicklung sowie die Denkstrukturen der linksidentitären Bewegung anschaulich dar. Basad nennt sie „Social-Justice-Warriors“ oder „Social-Justice-Aktivist:innen“. Der Begriff stammt aus der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, die sich seit den 1950er-Jahren für die Rechte von Schwarzen, Frauen und Homosexuellen einsetzt. In den 1990er-Jahren wandelt sich ihr Selbstverständnis. Unter dem Einfluss postmoderner Philosophen wie Michel Foucault, Jean-François Lyotard und Jacques Derrida entstehen neue Theorien.

Ein zentraler Gedanke der Postmodernisten: Gesellschaftliche und politische Einflüsse prägen unser Denken so sehr, dass wir die Wahrheit nur verzerrt, fragmentiert oder gar nicht erkennen können. Sie kann aber aufleuchten, wenn wir die Sprache, Normen, Denk- und Handlungsmuster, die sie verschleiern, erkennen und verstehen. Ein Philosoph muss deshalb Spuren suchen, sie entziffern, die Wirklichkeit in ihrer

Vielschichtigkeit exakt beschreiben und analysieren. Kurz: Er muss Wissenschaft betreiben.

Den amerikanischen Intellektuellen, die ab den 1990er-Jahren mit neuen Theorien „Social Justice“ durchsetzen wollen, geht es primär darum, die Wirklichkeit zu verändern. Dafür sollen die Diskurse, das

im Internet Shitstorms, brüllen auf Veranstaltungen unerwünschte Redner nieder, diffamieren und bedrohen Kritiker, fordern die Entlassung von Professoren, die ihnen widersprechen. Inzwischen sind die Theorien und Methoden auch in Deutschland angekommen und finden immer mehr Anhänger. Ihr erklärtes Ziel:

Die Social-Justice-Aktivist:innen betrachten unsere Gesellschaft als ein ausbeuterisches, rassistisches System mit „alten weißen Männern“ an der Spitze.

Wissen, die Sprache und die Normen kontrolliert und gesteuert werden. Es entstehen neue Forschungszweige wie „Gender Studies“, „Postcolonial Studies“, „Cultural Studies“, „Queer Studies“, „Critical Whiteness“, „White Privilege“ und „White Fragility“. „Diese Social-Justice-Disziplinen haben nichts mehr mit klassischer Wissenschaft zu tun“, kritisiert Basad. „Vielmehr wurde hier aus einzelnen Bausteinen der Postmoderne eine neue Theorie gebastelt, die dann in Politik und Gesellschaft als absolute Wahrheit gelten soll.“

Feindbild „alter weißer Mann“

Ab den 2010er-Jahren wenden die Social-Justice-Aktivist:innen immer aggressivere Methoden an: entfachen

unsere Gesellschaft so zu verändern, dass sich niemand mehr diskriminiert fühlt.

Einen Grund für den Erfolg sieht Basad im klaren Freund-Feind-Schema: „Die Social-Justice-Warriors glauben tatsächlich, die eine ultimative Ursache, die eine Unterdrückergemeinschaft gefunden zu haben, die für das gesamte Leid der Welt verantwortlich ist, die unsere Verhaltensweisen, unsere Kultur, unsere Sprache und unser Denken unbewusst kontrolliert, und die man entmachten, moralisch abwerten und verteufeln muss, um die absolute Gerechtigkeit herzustellen: weiße heterosexuelle Männer.“

Die Social-Justice-Aktivist:innen betrachten unsere Gesellschaft als ein ausbeuterisches, rassistisches Sys-

tem mit „alten weißen Männern“ an der Spitze, das so mächtig ist, dass es uns vollständig manipuliert. Nur die Social-Justice-Aktivist:innen wissen, wie es funktioniert – weil sie sich mit den „richtigen Theorien“ beschäftigt haben und dadurch „woke“ sind: „erwacht“.

„Wenn in Medien und Politik von ‚strukturellem Rassismus‘ oder ‚struktureller Diskriminierung‘ die Rede ist, dann geht mit diesen Be-

griffen immer ein spezielles Weltbild einher“, erläutert Basad: „Der Glaube an ein System, in dem es keine objektiven Wahrheiten gibt. Und der Glaube an eine Herrschaft, in der weiße heterosexuelle Männer qua Geburt Unterdrückter sind, die es in allen Bereichen des Lebens zu entmachten gilt.“

„Wir sind in einer Welt aufgewachsen, der seit über dreihundert Jahren Rassismus tief in den Knochen steckt. So tief, dass es keinen Raum gibt, in dem er nicht zu finden ist“, behauptet Bestseller-Autorin Tupoka Ogette in ihrem „Exit Racism“. „Einfach nur dadurch, dass du in dieser Welt lebst, wurdest du Teil dieses Systems.“ Und Alice Hasters spricht in ihrem „Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen, aber wissen sollten“ von einer „Weltordnung“, die nur eine Logik kenne: „Weiße ganz oben, Schwarze ganz unten.“

Menschen werden nicht als Einzelpersonen gesehen, sondern aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts und ihrer Sexualität in Täter und Opfer eingeteilt.

sollen künftig nach dem „Grad der Diskriminierung“ vergeben werden – spricht: nach Hautfarbe. Und das gleiche Prinzip soll auch für die Vergabe von Jobs gelten.

Basad kritisiert, dass hier nicht gegen Diskriminierung gekämpft wird, sondern für Diskriminierung: „Menschen werden nicht mehr als Einzelpersonen gesehen, sondern aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts und ihrer Sexualität in Täter und Opfer eingeteilt. Frauen, Schwarze und Queers sind Opfer und sollen mehr Rechte genießen. Männer, Weiße und Heterosexuelle sind Täter, denen das Wort entzogen, die schlechter gestellt oder umerzogen werden sollen.“

Basad kritisiert, dass hier nicht gegen Diskriminierung gekämpft wird, sondern für Diskriminierung: „Menschen werden nicht mehr als Einzelpersonen gesehen, sondern aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts und ihrer Sexualität in Täter und Opfer eingeteilt. Frauen, Schwarze und Queers sind Opfer und sollen mehr Rechte genießen. Männer, Weiße und Heterosexuelle sind Täter, denen das Wort entzogen, die schlechter gestellt oder umerzogen werden sollen.“

Basad kritisiert, dass hier nicht gegen Diskriminierung gekämpft wird, sondern für Diskriminierung: „Menschen werden nicht mehr als Einzelpersonen gesehen, sondern aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts und ihrer Sexualität in Täter und Opfer eingeteilt. Frauen, Schwarze und Queers sind Opfer und sollen mehr Rechte genießen. Männer, Weiße und Heterosexuelle sind Täter, denen das Wort entzogen, die schlechter gestellt oder umerzogen werden sollen.“

Kulturkampf statt Pragmatismus

Gerade angesichts ihrer eigenen Lebensgeschichte – sie ist Tochter eines türkischen Einwanderers und wuchs in eher prekären Verhältnissen auf – betont Basad, dass Menschen mit Migrationshintergrund keine homogene Gruppe sind, sondern Individuen: „Die Migranten, die Muslime, die Menschen mit dunkler Hautfarbe, die People of Color gibt es nicht.

BUCHTIPPS

Judith Sevinç Basad
Schäm dich!
Wie Ideologinnen und Ideologen bestimmen, was gut und böse ist
Westend, März 2021
224 Seiten, 18,00 Euro
978-3-86489-212-7



Svenja Flaßpöhler
Sensibel
Über moderne Empfindlichkeit und die Grenzen des Zumutbaren
Klett-Cotta, Oktober 2021
240 Seiten, 20,00 Euro
978-3-608-98335-7



Sahra Wagenknecht
Die Selbstgerechten
Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt
Campus, April 2021
345 Seiten, 24,95 Euro
978-3-593-51390-4



Caroline Fourest
Generation Beleidigt
Von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei – Über den wachsenden Einfluss linker Identitärer
Edition Tiamat, Oktober 2020
200 Seiten, 18,00 Euro
978-3-89320-266-9



Robert Pfaller
Erwachsenensprache
Über ihr Verschwinden aus Politik und Kultur
Fischer, November 2017
256 Seiten, 14,99 Euro
978-3-596-29877-8



Vielmehr gibt es eine Fülle von Einzelpersonen mit unterschiedlichen Persönlichkeiten, Werdegängen, Herkunftsgeschichten und persönlichen Erfahrungen. Selbstständige Charaktere, denen man keinen Stempel aufdrücken sollte.“

Den Social-Justice-Aktivist*innen geht es aber nicht um eine differenzierte Betrachtung und pragmatische Lösungen, sondern um einen Kulturkampf. „Dem syrischen Flüchtling, der durch seinen Schulabschluss fällt, weil ihm die Deutschkenntnisse fehlen, hilft es nicht, wenn sich ein weißer Manager für seine Hautfarbe schämt. Eine junge Türkin, die sich ein Universitätsstudium nicht zu-

Ergebnis- statt Chancengleichheit

Es herrscht in der Social-Justice-Bewegung eine ausgeprägte Tendenz, Ungerechtigkeit großzureden, pragmatische Lösungsansätze auszublenden und alles über Quoten regeln zu wollen, kritisiert Basad. Vor allem Frauenquoten kann sie wenig abgewinnen. Selbstverständlich muss es Chancengleichheit zwischen Frauen

aber sie wollen es eben seltener: „Es gibt Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Und das sind nicht nur biologische Unterschiede, sondern auch Unterschiede im Verhalten, die auf der ganzen Welt immer gleich ausfallen: Frauen interessieren sich mehr für Menschen und Kultur, Männer eher für Dinge und Technik.“

Aber das sind nur Tendenzen. Nicht alle Frauen und nicht alle Männer sind so. In einer freien Gesellschaft sollte jeder das ihm Gemäße wählen können. „Queer“ sollte bedeuten, „dass es Männer gibt, die sich wie Frauen verhalten, und Frauen, die sich wie Männer verhalten, aber es immer noch Männer geben darf, die das Männliche, und Frauen, die das typisch Weibliche lieben“, fordert Basad und beklagt, dass die Social-Warrior-Aktivist*innen gerade dies nicht wollen: „Obwohl sich Frauen und Männer im Schnitt freiwillig für unterschiedliche Dinge interessieren, wird alles darangesetzt, diese Unterschiede zu zerstören, sie abzuwerten und schlechtzureden: Gerechtigkeit ist nur dann erreicht, wenn Frauen in allen Branchen zu 50 Prozent vertreten sind.“

Wenn neben Quoten fürs Geschlecht auch noch Quoten für Haut-

Frauen, Schwarze und Queers sind Opfer und sollen mehr Rechte genießen. Männer, Weiße und Heterosexuelle sind Täter, die schlechter gestellt oder umerzogen werden sollen.

traut, wird nicht mutiger, wenn eine weiße Deutsche sich gerade ‚ihrer Privilegien bewusst‘ wird“, meint Basad.

Natürlich gäbe es Rassismus, doch der sei in Deutschland nicht strukturell. Für die Lohnlücke zwischen Deutschen und Eingewanderten seien vor allem das Alter, Kompetenz und Erfahrungen ursächlich. Bei deren Kinder sieht die Situation dann schon wieder ganz anders aus: Kinder von Eingewanderten steigen häufiger in höhere Schichten auf als deutsche Kindern aus vergleichbaren Milieus.

Dies passt natürlich nicht ins Social-Justice-Weltbild. Alice Hasters redet deshalb alle Erfolge von „Diskriminierten“ konsequent klein – auch die von weltbekannten: Der Ruhm schwarzer Pop-Ikonen wie Tina Turner, Whitney Houston, Michel Jackson oder Kanye West basiere nur auf einer weißen Musikindustrie. Und die Dominanz von Schwarzen in vielen Sportarten bestätige nur das „koloniale Narrativ“, dass Schwarze für physische Arbeit geschaffen seien, und Stärke somit rassistische Vorurteile.

und Männern geben, doch Chancengleichheit wird in einer freien Gesellschaft eher nicht zu einer Ergebniseleichheit führen. Denn Frauen ticken anders als Männer, was sich in der Berufswahl, in der Studienwahl und im Berufsweg immer wieder zeigt.

Frauen pauschal als „wehrlöse Opfer“ einzustufen und ihnen per Quote zu ihrem „Recht“ verhelfen zu wollen, empfindet Basad als respektlos, anmaßend und sexistisch: „Der Feminismus unterstellt Kranken-

*Den Social-Justice-Aktivist*innen geht es nicht um eine differenzierte Betrachtung und pragmatische Lösungen, sondern um einen Kulturkampf.*

pfliegerinnen, Sekretärinnen, Hausfrauen und Studentinnen, die lieber Anglistik und Literaturwissenschaft anstatt Maschinenbau und BWL studieren, dass sie diese Entscheidung nicht freiwillig trafen, sondern von patriarchalen ‚Strukturen‘ beeinflusst seien.“

Basad hält dem entgegen, Frauen seien sehr wohl in der Lage, Karrieren zu machen, wenn sie das wollen –

farbe, Herkunft und sexuelle Orientierung eingeführt werden, dann haben wir keine freie Gesellschaft mehr, warnt Basad: „Das hat weder etwas mit Demokratie noch mit Liberalismus und der Freiheit des Individuums zu tun. Das ist reaktionäre Biopolitik.“

Doch genau die will z. B. die Autorin Sibel Schick, die von den B90/Grünen als Expertin und Moderato-



Wahlkampfplakat: Was als gut gilt, wird gegendert, was als schlecht gilt, nicht.

rin für ihre Veranstaltung „Wir wollen den Aufbruch der Vielen! #EinWirFürAlle“ engagiert wurde. Dort ging es vor allem um Quoten für Menschen mit „sichtbarem Rassismushintergrund“. Auf Twitter entwirft Schick „Opferhierarchien“: Je nachdem, wie weiß oder dunkel ihre Hautfarbe ist, sollen Menschen mehr oder weniger Rechte genießen.

Betonung der Unterschiede

Wie sich Social-Justice-Aktivist*innen in ihrer Logik verheddern und eigentlich ganz selbstverständliche Dinge zum Skandal hochstilisieren, zeigt Basad anhand zahlreicher Beispiele. So griff die Journalistin Ariane Alter in einer Sendung des Bayerischen Rundfunks sogar die Fair-Trade-Bewegung an: Wenn Weiße denken, Schwarze bräuchten Hilfe, dann würden „rassistische Stereotype reproduziert“.

Als Beweis für den überall vermuteten Rassismus müssen höchst unterschiedliche Verhaltensweisen herhalten, auch konträre: So ist es rassistisch, wenn Weiße Schwarze

daten. Wenn sie das nicht tun, aber ebenso. Nur die Begründungen sind jeweils andere. Egal was ein Weißer tut – es ist falsch. Aussagen wie „Ich sehe nicht die Hautfarbe, sondern den Menschen“ werden von Social-Justice-Theoretikerinnen wie Robin DiAngelo als typische Abwehrreaktion abgestempelt. Andere nicht nach ihrer Hautfarbe zu beurteilen, sei ein „Argument von Weißen“, um ihren Rassismus zu leugnen. Damit würden „die Betroffenen verletzt“. Alice Hasters fordert Weiße auf, einfach anzuerkennen, dass sie Rassisten sind – und gar nicht erst zu versuchen, nicht rassistisch zu sein.

Als rassistisch gilt auch die „kulturelle Aneignung“. Damit ist die Verwendung von Eigenheiten anderer Kulturen gemeint – egal aus welchem Grund. Denn dadurch würden die „kolonialen Verbrechen der Imperialstaaten“ fortgesetzt, lautet der Vorwurf. Deshalb darf Federschmuck nur von Indigenen getragen werden, ein Kimono nur von Japanern, ein Turban nur von Indern und Muslimen. Und deshalb dürfen z. B. Kin-

der in vielen KITAS im Fasching keine Indianer- und Scheichkostüme mehr tragen. Und weiße Jugendliche keine Rastalocken.

„Damit wird eine Form der Rassentrennung betrieben, die man eigentlich von der extremen Rechten kennt“, findet Basad. „Jede Kultur hat ihren angestammten Platz, an dem sie besser bleiben soll. Es darf zwischen den Kulturen keine Vermischung geben.“

Diversität durch Gleichschaltung

Durchgesetzt wurde Diversität besonders im Kulturbereich. Der Oscar Academy wurde so lange Rassismus und Sexismus vorgeworfen, bis sie die Einführung von Diversitätskriterien beschloss. Die gibt es inzwischen auch in der deutschen Filmförderung sowohl fürs Drehbuch als auch für die Rollenbesetzung. Basad sieht hier die Freiheit der Kunst bedroht und warnt vor einer „gleichgeschalteten Opfer-Kultur“. Viele Meisterwerke der Filmgeschichte wären unter diesen Kriterien nie entstanden.

Diversität wird von den Social-Justice-Aktivist*innen zwar als Ziel propagiert, Meinungsdiversität jedoch bekämpft. Alle sollen gleich denken, gleich fühlen, gleich handeln. Kritikern wird sofort vorgeworfen, nicht gegen Rassismus und nicht für Gleichstellung kämpfen zu wollen, „rechts“ zu sein. An Universitäten werden nicht konforme Dozenten in anonymen Blogs verunglimpft und in ihren Vorlesungen beschimpft. In einer Pädagogik-Vorlesung an der Berliner Humboldt-Universität musste die Polizei anrücken, weil ein Dozent seinen Studenten Texte von Kant zu lesen gab. Diese seien aus einer „weißen Perspektive“ geschrieben und somit „rassistisch“, behaupteten die Social-Justice-Aktivist*innen.

Alles, was nicht explizit „antirassistisch“ ist, gilt als verdächtig. Und

alles, was die Diversität nicht explizit fördert – besonders die binäre Geschlechterordnung: Männlichkeit sowieso, aber auch Weiblichkeit. So behauptet die Sozialwissenschaftlerin Judith Butler, die Einteilung in Mann

und Frau sei nur eine Erfindung von Heterosexuellen, ein „soziales Konstrukt“, um Herrschaft auszuüben und auszubeuten.

Persönlicher Schmerz statt Objektivität

Nun lassen sich aber naturgesetzliche Tatsachen nicht so einfach wegleugnen. Darauf reagieren die Social-Justice-Aktivist*innen mit einem verblüffenden Schachzug: Der subjektive Schmerz wird zum wichtigsten Kriterium für Wahrheit. Wenn Fakten Menschen unglücklich machen, dann werden diese als irrelevant eingestuft. Wenn ein Transsexueller darunter leidet, dass er nicht menstruiert, dann darf dies kein Kriterium für Weiblichkeit mehr sein. Und auch nicht mehr als solches

flusst, lautet der Vorwurf. Mathematik als universell zu betrachten, diene der Aufrechterhaltung weißer Vorherrschaft.

Umerziehung durch Sprachregelungen

Der Geringschätzung von Naturgesetzen entspricht die Geringschätzung sprachlicher Regeln und Gewohnheiten. Daher wird die Sprache rigoros umgestaltet. Vor allem zwei Dinge sollen aus ihr verbannt werden: die binäre Geschlechterordnung und Männlichkeit. Einige kommunale „Leitfäden für gendersensible Sprache“ fordern inzwischen auf, traditionelle Anredeformen wie „sehr geehrte Damen und Herren“ und jeden Verweis auf das Geschlecht zu unterlassen. „Als ob es

In einer Pädagogik-Vorlesung an der Berliner Humboldt-Universität musste die Polizei anrücken, weil ein Dozent seinen Studenten Texte von Kant zu lesen gab.

„behauptet“ werden. Als genau das Harry-Potter-Autorin Joanne K. Rowling einmal tat, erntete sie einen gewaltigen Shitstorm bis hin zu öffentlichen Bücherverbrennungen und Morddrohungen.

„Die Behauptung, dass unübersehbare biologische Unterschiede eigentlich nicht existieren, ist so offensichtlich absurd, dass sie umso vehementer verteidigt werden muss“, bemerkt Basad. „Und das geschieht am effektivsten, wenn man jeden Kritiker der Menschenverachtung bezichtigt.“

Selbst vor einer abstrakten Wissenschaft wie der Mathematik machen die Social-Justice-Aktivist*innen nicht halt. So gibt es in den USA tatsächlich ernst gemeinte Diskussionen, ob die Aussage „2 + 2 = 4“ wahr ist. Sie sei kulturell bedingt und vom westlichen Kolonialismus beein-

sich hier um eine gefährliche Krankheit handelt“, bemerkt Basad.

Vor allem soll das generische Maskulinum verschwinden – weil es angeblich ausgrenzt und verwirrt. Basad erläutert die deutsche Grammatik und betont, dass ein Generikum – egal ob maskulin oder feminin – kein Geschlecht meint und damit auch kein Geschlecht ausschließt. Es ist geschlechtsneutral. „Die Kirche als Arbeitgeberin“ ist deshalb grammatikalisch falsch, „die Kirche als Arbeitgeber“ richtig – auch wenn die Städte Hannover und Lübeck in ihren Sprachleitfäden dies genau umgekehrt sehen.

Aber es geht eben gar nicht um grammatikalische Logik, sondern um einen Kampf gegen die „Überrepräsentation des Männlichen“ in der Sprache. Denn die schüchtern angeblich Frauen ein und führt dazu, dass

umgekehrter Rassismus vorgeworfen werden.

Schwarze, die sich negativ über Weiße äußern, und Weiße, die negativ über Schwarze reden – das wird nie das Gleiche sein, nicht in 100 Jahren. Queers dürfen Heteros ablehnen, aber nicht umgekehrt. Frauen dürfen Männer nicht dabei haben wollen, aber nicht umgekehrt. Behinderte Menschen dürfen über Nichtbehinderte lästern, aber nicht umgekehrt. Jüdinnen und Juden dürfen sich über nichtjüdische Deutsche lustig machen – umgekehrt keinesfalls.

Auszug aus dem Kommentar „Falsch bleibt falsch“ von Silke Mertins, Ressortleiterin Meinung bei der „taz“

sie sich die Berufe „Arzt“ oder „Lehrer“ nicht zu ergreifen trauen. Basad verweist darauf, dass der Frauenanteil trotzdem bei den Lehrern 73 % und bei den Ärzten 48 % beträgt. Und dass es zahlreiche Frauen in politischen Spitzenpositionen gab und gibt: Angela Merkel, Ursula von der Leyen, Christine Lagarde. Und dass Länder mit genuslosen Sprachen wie die Türkei oder Ungarn alles andere als ein Vorbild bei der Frauenemanzipation sind. Aber diese Argumente interessieren nicht, weil es gar nicht um Argumente geht.

„Beim Gendern geht es vor allem um eines: sich selbst als den besseren Menschen zu inszenieren“, argwöhnt Basad und schießt damit wohl übers Ziel hinaus, denn meist ist es sicherlich gut gemeint. Bedenklich wird es allerdings, wenn es dazu benutzt wird, alles Männliche abzuwerten. Das passiert häufig, indem „moralisch Gutes“ gegendert und „moralisch Schlechtes“ – wie z. B. ein „Terrorist“ oder ein „Verschwörungstheoretiker“ – nicht gegendert wird. Das signalisiert auch, alles Männliche sei „toxisch“.

Rassen- statt Klassenbewusstsein

Mit ihren Sprachecodes grenzt sich die Social-Justice-Bewegung gegenüber dem Rest der Gesellschaft ab, vor allem gegenüber den unteren

Schichten. Es drängt sich hier der Verdacht auf, dass dies eine Ursache für das Erstarken der Rechten sein könnte. Bei den letzten Bundestagswahlen fiel „Die Linke“ bekanntlich unter die 5%-Hürde, während die AfD mehr als 10 % erreichte. Und in den USA regierte 4 Jahre lang Donald Trump.

Mangelndes „Klassenbewusstsein“ werfen deshalb viele traditionelle Linke der Social-Justice-Bewegung vor. Mangelndes „Rassenbewusstsein“ beklagt Robin DiAngelo. Für sie ist die Hautfarbe der wichtigste Aspekt menschlichen Daseins: Menschen könnten keine „einzigartigen Einzelwesen“ sein, sondern seien

Da sich naturgesetzliche Tatsachen nicht so einfach wegleugnen lassen, wird der subjektive Schmerz zum wichtigsten Kriterium für Wahrheit.

immer durch ihre „Rasse“ und ihr Geschlecht definiert. Individualität sei nur eine Erfindung, eine weiße „Schlüsselideologie“, um „koloniale Unterdrückung“ aufrechtzuerhalten.

Opfer dürfen keine Täter sein

Die klare Einteilung der Welt in „Täter“ und „Opfer“ ist aber realitätsfern. „Opfer“ sind ja nicht immer nur „Opfer“, sondern können genauso gut auch manchmal „Täter“ sein.

Doch das passt nicht ins Social-Justice-Weltbild. Externe Kritiker wie die österreichische Kabarettistin Lisa Eckhart, die sich über solche Ungereimtheiten gerne lustig macht, werden brutal gemobbt und als „rechts“ diffamiert. Intern werden solche Ungereimtheiten schön geredet.

Dabei wird sogar Genitalverstümmelung verteidigt. Europäer würden sie nur deshalb verurteilen, weil sie sich den Afrikanern überlegen fühlen und auf sie herabsehen, behauptet die Geschlechterforscherin Anna-Katharina Meßmer. Auch die Genderforscherin Daniela Hrzán wirbt für Verständnis und verwendet anstelle von „Genitalverstümmelung“ den Begriff „Genitalbeschneidung“ – weil sonst der „soziale Kontext“ ausgeblendet wird und der Eindruck entsteht, Eltern würden ihre Kinder bewusst verletzen. Auf dem 35. Feministischen Jurist*innen Tag durfte sie wegen ihres „kritisch-reflektierten und antirassistischen Umgangs mit dem Thema“ einen Vortrag halten.

In einer extrem polarisierten Gesellschaft, in der alles auf die Kategorien „rassistisch/antirassistisch“, „rechts/links“, „AfD-nah/AfD-konträr“ reduziert wird, ist eine differen-

zierte Betrachtung und Beurteilung der Wirklichkeit kaum mehr möglich. Missstände dürfen nicht an- und ausgesprochen werden. Rechtsstaatliche Prinzipien bleiben auf der Strecke.

Als Selin Gören, damals Bundessprecherin der „Linksjugend“, in der Kölner Silvesternacht 2015/2016 von drei jungen Arabern brutal vergewaltigt wurde, zeigte sie das bei der Polizei nicht an, weil sie befürchtete, es könne „von rechts miss-

ONLINETIPPS

Interview mit Judith Sevinç Basad
Identitätspolitik: Schlechtes Gewissen einer Wohlstandselite
Telepolis, 26.04.2021
www.t1p.de/5c30g

Udo Brandes
Schämst du dich schon oder bist du ein böser Mensch?
NachDenkSeiten, 13.05.2021
www.t1p.de/u65q

Sternstunde Philosophie
Die hypersensible Gesellschaft
SRF, 14.11.2021
www.t1p.de/b6264

Stephan Schleim
Gendersternen: Gerechte Sprache, gerechte Welt?
Telepolis, 07.10.2021
www.t1p.de/otpv

Daniele Dell'Agli
Gendernkorrektiv
Telepolis, 05.09.2021
www.t1p.de/hufsc

Alexander Jungkunz
Generation beleidigt: Die Auswüchse der linken Sprachpolizei
Nordbayern.de, 18.04.2021
www.t1p.de/im7d

Jonas Christopher Höpken
Hat die Linke die Seiten gewechselt?
NachDenkSeiten, 14.04.2021
www.t1p.de/2pyr

Ramon Schack
Wenn das eigene Selbstverständnis spaltet
Deutschlandfunk, 08.04.2021
www.t1p.de/8zhze

Christian Schüle
Ich bin weiß und männlich und kann nichts dafür!
Deutschlandfunk, 18.08.2020
www.t1p.de/0bxpa

braucht werden“. Das mag mancher heroisch finden, aber vor dem Gesetz sollten eigentlich alle Straftäter gleich behandelt werden – und nicht nach Hautfarbe oder Migrationshintergrund unterschiedlich.

Damit tue man den Eingewanderten auch überhaupt keinen Gefallen,

Offensichtlich Absurdes wird umso vehementer verteidigt. Das geschieht am effektivsten, wenn man jeden Kritiker der Menschenverachtung bezichtigt.

meint Basad, die selber in der Berliner Ibn-Rushd-Goethe-Moschee mitarbeitet. Denn die große Mehrheit verhalte sich friedlich und gesetzeskonform. Eine ideologische Gleichmacherei, die aufhört, zwischen den vielen nicht-kriminellen und den wenigen kriminellen zu unterscheiden, liefert der AfD und den Rechtsidentitären erst recht Munition für ihre üble Propaganda.

Ekel als dominantes Grundgefühl

Eine Antwort auf die Frage, warum der Reinheitsgedanke sowohl bei Rechts- als auch bei Linksidentitären auf so große Resonanz stößt, glaubt Basad beim amerikanischen Moralpsychologen Jonathan Haidt gefunden zu haben. Er sieht das Gefühl des Ekels als einen zentralen menschlichen Impuls – auch für politische Einstellungen.

Der ursprüngliche biologische Sinn des Ekels liegt zwar im Schutz der körperlichen Gesundheit – doch dabei muss es nicht bleiben. Wenn dieses Gefühl stark ausgeprägt ist, kann es auch auf andere Lebensbereiche übertragen werden. Bei Rechtsextremisten nimmt es gefährliche Formen an: Andersdenkende und politische Gegner werden als „Krankheitsreger“ und „Parasiten“ bezeichnet.

Ähnlich verhält es sich auch in der Social-Justice-Bewegung: Bereits Wörter und Grammatik werden als „gefährliche Krankheiten“ betrachtet, die es tunlichst zu vermeiden und zu verbannen gilt, erst recht abweichende Gedanken. Die Pandemie-Logik wird auf Gesellschaft und Politik

übertragen. Ein Gespräch mit einer falschen Person genügt, um sich anzustecken. Oder die Verwendung von Wörtern, die eine falsche Per-

Mit ihren Sprachecodes grenzt sich die Social-Justice-Bewegung gegenüber dem Rest der Gesellschaft ab, vor allem gegenüber den unteren Schichten.

son geäußert hat. „Kontaktschuld“ und „Cancel Culture“ sollen unsere Gesellschaft vor einer „Infizierung“ schützen.

Robustheit versus Empfindlichkeit

Am Ende ihres Buchs mutmaßt Basad, es gehe den Social-Justice-Aktivistinnen vielleicht auch nur um das Bedürfnis nach einem „Thrill“, um das eigene Leben aufregender zu machen. Und da es in Deutschland außer massiven und schwer lösbaren sozialen Problemen kaum strukturelle Ungerechtigkeiten mehr gäbe, würde der Fokus auf die Sprache gelegt, unermüdlich nach angeblich Verletzendem gesucht und die Grenze des Zumutbaren stetig verschoben.

Die Grenze zwischen dem Zumutbaren und dem Unzumutbaren – damit spricht Basad am Ende ihres Buchs eine Frage an, über die der

österreichische Philosoph Robert Pfaller und die deutsche Philosophin Svenja Flaßpöhler intensiv nachdenken. Flaßpöhler befürchtet einen „Kippunkt fortschreitender Sensibilisierung“, der unsere Gesellschaft zersplittert, und fordert deshalb weniger Empfindlichkeit und mehr Robustheit. Pfaller kritisiert an den Sprachregelungen, dass Erwachsene wie kleine Kinder behandelt und dadurch systematisch verunsichert werden. Und dass die Sprachregelungen von den wirklich wichtigen Problemen unserer Zeit ablenken und damit deren Lösung verzögern und verhindern.

In die gleiche Richtung zielt auch die Kritik des Journalisten Jan Fleisch-

auer, der als Mitglied der Jury „woke“ zum „Wirtschaftswort des Jahres 2021“ kürte: „Es ist ein unschlagbares Angebot an den Kapitalismus: Man redet einfach ein bisschen anders, gendert, nimmt zwei fremd klingende Namen in den Aufsichtsrat und – bingo! – ist man von allen Nachstellungen freigestellt und muss an den Verhältnissen selber gar nichts ändern.“

Günther Hartmann,

Jahrgang 1965, studierte Architektur und arbeitete nach dem Diplom zunächst in verschiedenen Architektur- und Stadtplanungsbüros. Seit 2008 ist er hauptberuflich als Journalist tätig. In die ÖDP trat er 1998 ein und ist seit 2006 Verantwortlicher Redakteur der ÖkologiePolitik.



www.guenther-hartmann.de

Identität

„Weder das Männliche noch das Weibliche sind toxisch“

Die rechtsidentitäre Bewegung sieht die Hautfarbe als für die menschliche Identität wesentlich an, die linksidentitäre Bewegung Hautfarbe, Geschlecht und sexuelle Orientierung. Wird das dem Menschen gerecht? Gibt es bedeutsamere Aspekte? Was ist für die Persönlichkeitsentwicklung wichtig? Ein Tiefenpsychologe liefert interessante Antworten.

Interview mit Prof. Dr. Eckhard Frick SJ

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Frick, was macht das identitäre Denken so attraktiv?

Prof. Dr. Eckhard Frick SJ: Das identitäre Denken hilft der Selbstvergewisserung. Man grenzt sich gegen das Andere ab, betont das Eigene – und erhält dadurch den Eindruck von Identität. Das ist aber mehr eine Schein-Identität, die auf dem Ausschluss des Fremden beruht.

Meinen Sie da jetzt nur das rechtsidentitäre Denken oder auch das linksidentitäre?

Beide. Da gibt es ja interessante Übergänge, was damit zusammenhängt, dass sich die Extreme durchaus berühren und die Denkweise eine ganz ähnliche ist. Zum identitären Denken gehört, dass ich den anderen in seinem Anders-Sein nicht akzeptiere. Dass ich ihn in eine „Schublade“ einordne, in „meine Schublade“, in meine Kategorien, was normal und nicht normal, gesund und nicht gesund, rechtgläubig und nicht rechtgläubig ist. Es sind „meine Schubladen“, in die ich den anderen einordne, damit er mir besser in den Kram passt.

Was verstehen die Vertreter identitären Denkens unter Identität?

Identität ist dort vornehmlich die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe. Nehmen wir als harmloses Beispiel die Mode: Seit einiger Zeit



gibt es Menschen, die auch im Winter ohne Strümpfe rumlaufen. Weil sie das cool finden und sich dadurch

darum, über bestimmte Merkmale die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe zu signalisieren – und

„Wir müssen lernen, unseren ‚Schatten‘ ernst zu nehmen und wahrzunehmen. Das sollten wir aber unverkrampft und gelassen tun, mit Humor.“

als Teil einer großen coolen Gruppe fühlen. Diese Gruppe definiert sich über eine eher belanglose Äußerlichkeit, andere Gruppen definieren sich über andere Dinge: z. B. über eine bestimmte Haltung oder über sprachliche Codes. Immer geht es

sich gleichzeitig von anderen Gruppen abzugrenzen. Die identitäre Logik will die Komplexität der Welt vereinfachen, indem sie Gruppen und Gruppen-Zugehörigkeiten als das Wesentliche betrachtet und sich darauf konzentriert.

Was blendet dieses Verständnis von Identität aus?

Ausgeblendet wird das Anders-Sein des anderen: Man macht sich ein Bild vom anderen und bildet sich dann ein, man kenne ihn dadurch. Ausgeblendet wird zudem unsere eigene Unsicherheit. Wir können uns ja nie über unser Selbst ganz sicher sein. Unser Unbewusstes entzieht sich oberflächlichem Denken. C. G. Jung sprach von einem „Schatten“, den jeder in sich trägt. Damit meinte er die Persönlichkeitsanteile, die wir nicht frei gewählt haben, die aber dennoch zu uns gehören, die wir verdrängen, weil sie nicht zu unserem eigenen Selbst-Bild passen oder nicht zu dem Bild, das wir nach außen hin sein wollen. Doch unsere Persönlich-

keit besteht nicht nur aus öffentlich zur Schau getragenen politischen, religiösen, ökologischen und sonstigen Überzeugungen, sondern auch aus vielen „urzeitlichen“ Impulsen in unserem Inneren.

„Wir alle haben einen männlichen und einen weiblichen Persönlichkeitsanteil in uns. Beide müssen in eine innere Balance kommen.“

keit besteht nicht nur aus öffentlich zur Schau getragenen politischen, religiösen, ökologischen und sonstigen Überzeugungen, sondern auch aus vielen „urzeitlichen“ Impulsen in unserem Inneren.

Was können wir von C. G. Jung lernen?

Wir können von ihm lernen, dass wir einen „Schatten“ haben und wie wir konstruktiv mit ihm umgehen sollten. Und da erkennen wir dann auch schnell, dass das ganze Identitätsgerede vor allem dazu dient, das Erkennen des eigenen „Schattens“ zu vermeiden. Alles, was mich am anderen stört, was ich an ihm kritisieren möchte, stört mich eigentlich an mir selbst. Ich projiziere meine uneingestanden, mir unangenehmen Persönlichkeitsanteile in den anderen und lehne ihn dann umso entschiedener ab. Wir müssen lernen, dass

die Welt nicht so einfach ist, wie sie in simplen Freund-Feind-Schemata allzu oft dargestellt wird – weder im Politischen noch im Privaten. Wir müssen lernen, unseren Schatten ernst zu nehmen, ihn wahrzunehmen und uns mit dem Unbekannten vertraut zu machen. Das sollten wir aber unverkrampft und gelassen tun, mit Humor.

Fokussiert sich C. G. Jung nicht zu sehr auf das Individuum? Blendet er gesellschaftliche Zusammenhänge nicht zu sehr aus?

Das wurde ihm tatsächlich oft vorgeworfen. Sicher setzt er einen starken Akzent auf die Individuation, doch das heißt für ihn keinesfalls Individualismus oder gar Egoismus – ganz im Gegenteil. Umgekehrt lässt sich das, was Jung über den Einzelnen herausgefunden hat, bis zu einem gewissen Grad auch auf die Dynamik von Gruppen übertragen. Diese ganzen psychosozialen Fragestellungen und Ansätze sind aber sehr komplex. Auf sie näher einzugehen, würde hier wohl zu weit führen.

Bei Linksidentitären ist der „alte weiße Mann“ das erklärte Feindbild. Männlichkeit gilt als toxisch. Welche Wirkung hat das auf die Persönlichkeitsentwicklung?

Das kann man auch wieder von C. G. Jung oder auch von Verena Kast, einer seiner Nachfolgerinnen, lernen: Wir alle haben einen männlichen und einen weiblichen Persönlichkeitsanteil in uns. Jung nennt sie „Animus“ und „Anima“, Kast bezeichnet sie als „Geschwisterpaar“. Beide müssen in eine innere Balance kommen. Das kann in einer heterosexuellen Partnerschaft geschehen, wo jeder



Prof. Dr. Eckhard Frick SJ, Jahrgang 1955, studierte Medizin, Philosophie und Theologie, erhielt 1981 seine Approbation als Arzt und bildete sich in Psychiatrie und Psychotherapie weiter. 1986 trat er dem Jesuitenorden bei und empfing 1992 die Priesterweihe. 2003 wurde er Dozent an der Hochschule für Philosophie München, 2008 Professor für anthropologische Psychologie. Von 2010 bis 2015 war er Professur für Spiritual Care an der Ludwig-Maximilians-Universität, seit 2015 leitet er die Forschungsstelle Spiritual Care an der Technischen Universität München.

www.t1p.de/iad9s

Partner sich auf den anderen einlässt, von ihm lernt und dadurch seine Projektionen zurücknimmt. Das funktioniert aber auch bei Singles – wie wir Ordensmitglieder ja welche sind –, wenn man das eigene Innere sensibel wahrnimmt und erkennt und akzeptiert, dass man sowohl männliche als auch weibliche Persönlichkeitsanteile in sich trägt. In den alten Individuationsgeschichten wie der von Tobit im Alten Testament, der von Parzival im mittelalterlichen Roman oder der von Eisenhans im grimmischen Märchen geht es ja nicht nur um kraftvolle Männlichkeit, sondern auch um verwundete Männlichkeit,

um das Verhältnis zum Weiblichen und um den komplexen Prozess der Selbstfindung. Ein junger Mann muss zuerst lernen, sich von der Mutter zu lösen, muss Abenteuer bestehen und findet dann durch die Begegnung mit dem Weiblichen, meist in Gestalt einer jungen Frau, zu sich

„Je universaler, desto göttlicher“, sagte Ignatius.

Wenn ich Grenzen nicht betone, sondern überwinde, ist das mehr im Sinne Gottes als umgekehrt.“

selbst – und reift so zum Mann. Diese Entwicklung ist mehrstufig und braucht ihre Zeit. Und sie ist heute wohl nicht einfacher als früher, weil die klassischen Bilder, die stereotypen Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit, aufgeweicht und verschwommen sind. Die Persönlichkeitsentwicklung ist auch nicht mit einem bestimmten Alter abgeschlossen, sondern ein dynamischer Prozess, der das ganze Leben dauert. Ein identitäres Erreichen- und Erhaltenwollen der eigenen Identität führt daher eher nicht zur Selbst-Findung, sondern zur Selbst-Entfremdung. An die Stelle einer dynamischen Identitätssuche tritt ein Identitätswiderstand gegen Veränderungen.

Wenn ein Jugendlicher ständig gesagt bekommt, das Männliche sei toxisch, führt das nicht zu Neurosen?

Das kann schon sein. Doch weder das Männliche noch das Weibliche sind toxisch. Toxisch wird es, wenn nicht erkannt und anerkannt wird, dass jeder Mensch männliche und weibliche Persönlichkeitsanteile besitzt. Ein männlicher Mann hat immer auch einen guten Kontakt zu seiner weiblichen Seite. Was nicht heißt, dass er ein „Weichei“ ist, sondern dass er sich seiner selbst gewiss ist. Und weil er sich seiner selbst gewiss ist, hat er es nicht nötig, sich und seiner Umgebung seine Männlich-

keit durch besonders „männliches“ Auftreten – bzw. was er dafür hält – ständig hervorzuheben, zu betonen. Ein liebevoller Vater zu sein, ist überhaupt nicht unmännlich. Toxisch wird Männlichkeit dann, wenn ein Mann seine weibliche Seite nicht annimmt, wenn er sie ständig mit gro-

ßer Kraft durch eine Überbetonung seiner männlichen Seite zu verdrängen versucht. Denn das führt dann eben auch dazu, dass er generell alles Weibliche geringschätzt oder gar verachtet. Das ständige Bemühen, sich selbst und anderen die eigene Männlichkeit zu beweisen, führt oft zu völlig irrationalen Handeln – aber nicht zur Selbstfindung.

Was sagt Ignatius von Loyola über Identität?

Ignatius lebte im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit und war natürlich stark von den klassischen Rollenbildern seiner Zeit geprägt. Für ihn ist Identität stark mit Freiheit verknüpft – und entsteht durch das Anvertrauen, das Übergeben der eigenen Person an einen Herrn, in seinem Fall eben an Jesus Christus. Das mag heute für viele Zeitgenossen eher seltsam klingen, ist aber ein Lebensprogramm, das ich nach wie vor attraktiv finde.

Können wir von Ignatius etwas zur Überwindung des identitären Denkens lernen?

„Je universaler, desto göttlicher“, so drückt es Ignatius aus. Wenn ich Grenzen nicht betone, sondern überwinde, dann ist das mehr im Sinne Gottes als umgekehrt. Das betrifft nicht nur das rechtsidentitäre Denken, sondern auch immer mehr die zunehmende Tendenz im europä-

BUCHTIPPS

Eckhard Frick, Konrad Hilpert (Hrsg.)
Spiritual Care von A bis Z
De Gruyter, November 2020
417 Seiten,
29,95 Euro
978-3-11-065637-4



Brigitte Boothe, Eckhard Frick
Spiritual Care Über das Leben und das Sterben
Orell Füssli, März 2017
192 Seiten, 19,95 Euro
978-3-280-05623-3



Eckhard Frick, Bruno Lautenschlager
Auf Unendliches bezogen
Spirituelle Entdeckungen bei C. G. Jung
Kösel, Februar 2008
208 Seiten,
16,00 Euro
978-3-466-36780-1



schen Selbstverständnis, sich einzugeln und Flüchtlinge als Grenzverletzer zu betrachten, als Eindringliche, als Bedrohung, die es abzuwehren gilt, statt als Menschen, als in Not geratene Nachbarn wahrzunehmen. „Je universaler, desto göttlicher“ ist ein Motto, das auch wir Heutigen uns zu Herzen nehmen sollten. Und dann hat Ignatius uns natürlich mit seinen spirituellen Übungen, seinen „Exerzitien“, ein Instrument gegeben, das Männer und Frauen sehr hilfreich unterstützen kann, nach innen zu schauen, das eigene Innere wahrzunehmen und einen eigenen persönlichen Lebensweg zu finden. Das führt zu größerer Freiheit und der Drang, das Fremde zu bekämpfen, verschwindet.

Herr Prof. Frick, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Sündenböcke

Einer der mächtigsten Impulse

Rechts- und Linksidentitäre arbeiten mit klaren Feindbildern. Macht gerade das sie für viele Menschen so anziehend? Der französische Kulturphilosoph René Girard liefert erhellende Antworten. Er hat sich wie kein anderer mit dem Sündenbock-Mechanismus beschäftigt, hält ihn für ein die Menschheitsgeschichte prägendes Ritual – und für einen großen Schwindel.

von Günther Hartmann

Der Begriff „Sündenbock“ geht auf ein altjüdisches Ritual zurück: Ein Ziegenbock wird vom Hohepriester symbolisch mit den Sünden der Israeliten beladen und in die Wüste gejagt. Später wird das Ritual geändert, der Ziegenbock zu einer Felsklippe geführt und von dort in die Tiefe gestoßen. Aus heutiger Sicht mag das vielleicht als Tierquälerei eingestuft werden, doch aus damaliger Sicht war es ein großer humanitärer Fortschritt. Denn das Ritual war in allen archaischen und antiken Kulturen weit verbreitet, wurde dort jedoch nicht an Tieren, sondern an Menschen ausgeübt.

René Girard sieht in dem Ritual einen Mechanismus, um das Eskalieren von Konflikten innerhalb einer

„nachhaltige“ Lösung gefunden werden. Und als Lösung diente das „Sündenbock“-Ritual. Aber woher kommt überhaupt diese negative Dynamik? Und warum ist sie so stark und omnipräsent?

Mimetisches Begehren

Girard geht davon aus, dass der Mensch zwar angeborene Verhaltensweisen hat, deren ursprünglicher Sinn im Laufe der Evolution bzw. beim Bilden von komplexeren Gemeinschaften aber meist verloren ging. Das Verhalten wird stattdessen erst beim Heranwachsen durch das Nachahmen von Vorbildern im sozialen Umfeld angeeignet. So verhält es sich auch mit dem Begehren: Der orientierungslose Trieb erhält

entstehen. Und auch diese Verhaltensweisen werden unbewusst imitiert. Girard nennt dies „Mimetische Rivalität“. Durch die ständige gegenseitige Nachahmung schaukeln sich die Konflikte hoch, bis ein Spannungsgrad erreicht wird, bei dem ein kleiner Funke genügt, um eine Explosion auszulösen, eine plötzliche Entladung angestauter Aggression in einem Rausch von Gewalt.

Religiöses Denken in archaischen Kulturen ist vor allem ein Suchen nach Antworten, um das zu verhindern oder zumindest in geordnete Bahnen zu lenken. Und es setzt sich

ONLINETIPPS

Interview mit René Girard
Wir reden so viel über Sex, weil wir es nicht wagen, über Neid zu sprechen
 Neue Züricher, 04.08.2019
www.t1p.de/utnw5

Interview mit René Girard
Warum kämpfen wir? Und wie können wir aufhören?
 Neue Züricher, 10.03.2019
www.t1p.de/2rg3

Johannes Kaup
René Girard: Der Anatom der Gewalt
 ORF Science, 05.11.2015
www.t1p.de/qs15

Wenn alle Mitglieder einer Gruppe das Gleiche begehren, werden sie zwangsläufig zu Konkurrenten. Neid, Eifersucht und Missgunst entstehen.

Gemeinschaft einzudämmen. Denn Konflikte entstehen naturgemäß zuerst im Nahbereich: mit denjenigen, mit denen man in engem Kontakt lebt. Es gibt Streit, es entstehen Spannungen, die sich steigern, die immer schwerer zu kontrollieren sind und schließlich in Gewalt münden. Auf dieses Dauerproblem muss eine

erst durch die Nachahmung des Begehrens der anderen seine Objekte. „Mimetisches Begehren“ nennt Girard dies.

Damit beginnt aber ein großes Problem: Wenn alle Mitglieder einer Gruppe das Gleiche begehren, werden sie zwangsläufig zu Konkurrenten. Neid, Eifersucht und Missgunst



Foto: ChiemSeherin/pixabay.com

ein äußerst wirksames Lösungskonzept durch, das aus dem Jeder-gegen-jeden ein Alle-gegen-einen macht. Ein Lösungskonzept, das die interne Spannung und das Gewaltpotenzial künstlich polarisiert und dann kanalisiert: durch einen „Sündenbock“, dem man alle Schuld an der Misere anlastet und dann lyncht. Die Gewaltspirale ist damit fürs Erste unterbrochen, die aggressive Anspannung weicht einer allgemeinen Entspannung und Einmütigkeit, der innere Friede ist wieder hergestellt.

Antike Mythologie

Girard belegt seine Thesen mit zahlreichen Mythen, vor allem aus der europäischen Antike. So schrieb der griechische Schriftsteller Philostratos Ende des 2. Jahrhunderts n. Chr. eine Biografie des berühmten Weisen Apollonius von Tyana. In einer der Geschichten wird dieser in die Stadt Ephesos gerufen, die seit Längerem von einer geheimnisvollen

Epidemie befallen ist. Und er verspricht Abhilfe:

„Seid zuversichtlich! Noch heute werde ich der Seuche ein Ende machen!“ Auf diese Worte hin führte er die ganze Jugend vor das Theater, wo das Standbild des Apotropaïos errichtet worden war. Hier sahen sie einen alten Mann, der zu betteln schien und kunstfertig mit den Augen zu blinzeln verstand. Er trug einen Ranzel mit einem Stück Brot darin, war in Lumpen gehüllt und hatte ein schmutziges Antlitz. Apollonius ließ diesen Mann von den Ephesern umringen und rief: „Hebt Steine in großer Menge auf und bewerft damit den Feind der Götter!“ Die Epheser wunderten sich über diesen Befehl und hielten es für grausam, einen so armseligen Fremdling zu steinigen, der jammerte und um Erbarmen flehte. Apollonius aber ließ nicht locker und feuerte sie an, auf den Mann einzudringen und ihn nicht fliehen zu lassen. Daraufhin begannen ihn

einige aus der Ferne zu beschließen, und als nun der Fremdling, der zuerst nur zu blinzeln schien, auf einmal aufblickte und Augen voll Feuer zeigte, erkannten die Epheser in ihm den bösen Geist und steinigten ihn jetzt so, dass ihn bald ein Hügel von Steinen begrub.“

Als die Bürger ihre anfänglichen Skrupel überwunden haben, reagieren sie sich hemmungslos an dem fremden Bettler ab. Danach ist die vorher vergiftete Atmosphäre plötzlich gereinigt, die geheimnisvolle Epidemie verschwunden. Und deshalb sind sich schließlich alle sicher, richtig gehandelt zu haben. Durch den gemeinsamen Lynchmord ist ihre Stadt vom Übel befreit.

Christliche Evangelien

Auch der Kreuzestod Jesu folgt genau dieser grausamen Logik. Seine Unkonventionalität stempelt ihn zum verdächtigen Außenseiter, zum idealen „Sündenbock“. Der aufgeheizte

Mob verlangt seinen Tod – und bekommt ihn. Handelt es sich bei den Evangelien also im Prinzip wieder um das gleiche uralte Schema? Nicht ganz, denn es gibt einen entscheidenden Unterschied: Sie schildern Jesus nicht als Schuldigen, sondern die Vorgänge aus seiner Perspektive, aus der Perspektive des Opfers, sodass jedem klar werden muss, dass hier ein Unschuldiger hingrichtet wird.

Das ist völlig neu. In den antiken Mythen sind immer die Verfolger im Recht und die Verfolgten im Unrecht. In den Evangelien wird mit dieser Tradition radikal gebrochen, ja die Logik auf den Kopf gestellt. Der Sündenbock-Mechanismus wird durch

Durch die ständige gegenseitige Nachahmung schaukeln sich die Konflikte hoch, bis ein kleiner Funke genügt, um eine Explosion auszulösen.

den detaillierten Hintergrundbericht gnadenlos enttarnt, als verlogener Trick entlarvt. Durch diese Aufklärung büßt er seine Legitimation als Befriedigungsmittel ein.

Dabei werden die Geschehnisse nicht verdreht. Im Gegenteil: die befriedende Wirkung von Jesu Tod wird im Lukasevangelium sogar extra betont: „An diesem Tag wurden Pilatus und Herodes Freunde; zuvor waren sie Feinde gewesen.“ (Lukas 23,12) Der Sinn des Opferrituals wird nicht geleugnet, aber eben auch nicht gutgeheißen und mystifiziert, sondern nüchtern beschrieben – und durch den Kontext entmystifiziert. Was eine mythische Beschreibung als göttliches Wunder stilisieren würde, wird von den Evangelien ganz schlicht als Unmenschlichkeit geschildert.

Das Illusionsprinzip ist für die Wirksamkeit des Opferrituals wesentlich. Die Mythen sind sich ihrer eigenen Gewalt und Ungerechtigkeit nicht bewusst, weil sie ihre Op-

fer immer dämonisieren und grundsätzlich als schuldig darstellen. Die Verfolger dürfen im Opfer nicht den Menschen sehen und müssen sich über ihr eigenes Tun weitgehend im Unklaren bleiben. In diesem Kontext werden Jesus letzte Worte verständlich: „Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.“ (Lukas 23,34)

Schon vorher geht es Jesus in seinem Wirken immer wieder um die Überwindung des Sündenbock-Mechanismus. Bekanntestes Beispiel dafür ist wohl die Erzählung von der Verhinderung einer Steinigung. Jesus rettet die Ehebrecherin vor den Schriftgelehrten, Pharisäern und der

aufgebrachten Menge mit den Worten: „Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein!“ (Johannes, 8,3–11)

Der erste Stein ist das große Problem. Apollonios versucht, die Hemmschwelle davor zu senken. Jesus versucht, sie zu erhöhen. Warum ist der erste Stein so entscheidend? Weil er noch kein Vorbild hat, dem dann

Religiöses Denken in archaischen Kulturen ist vor allem ein Suchen nach Antworten, um das zu verhindern oder in geordnete Bahnen zu lenken.

einfach nachgeeifert werden kann. Wenn dieser Damm bricht, dann gibt es kein Halten mehr. Je mehr Steinwürfe folgen, je mehr Vorbilder es werden, desto schneller wird der Rhythmus der Steinwürfe.

Girard betont immer wieder den unterschiedlichen Umgang mit der Wahrheit bei den Mythen und den

BUCHTIPP

René Girard
Ich sah den Satan vom Himmel fallen wie einen Blitz
Eine kritische Apologie des Christentums
Carl Hanser, 2002
256 Seiten, 21,50 Euro
978-3-446-20230-6



Evangelien: Die Evangelien sind transparenter. Sie beschreiben die Vorgänge sehr präzise und detailliert, um die in ihnen liegende Logik verständlich zu machen. Die Mythen dagegen leben von ihrer Unverständlichkeit, von der Verschleierung des Wesentlichen. Wer die Evangelien liest, lernt etwas über die Mythen. Wer die Mythen liest, lernt nichts über die Evangelien.

Natürlich ist der subversive Perspektivenwechsel der Evangelien aus jüdischer Sicht so neu nicht. Die komplexe Thematik wurde offensichtlich sehr früh durchschaut. Schon bei den Zehn Geboten geht es nicht allein um konkrete Handlungen, sondern ganz klar auch um das rivalisierende Begehren: „Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus. Du sollst nicht begehren deines Näch-

ten Weib, Knecht, Magd, Rind, Esel noch alles, was dein Nächster hat.“ (2. Mose 20,17)

Das jüdische Volk, selbst oft Opfer von Vertreibung und Unterdrückung durch benachbarte Völker, besaß eine ungewöhnliche Hellsichtigkeit für die Logik psychosozialer Prozesse und Opfermechanismen. Und es

besaß die Größe, das Durchschaute nicht zum eigenen Vorteil zu instrumentalisieren, sondern aus Gründen der Wahrheit und Menschlichkeit radikal abzulehnen. Natürlich ist die im Alten Testament geschilderte Welt nicht weniger gewalttätig und grausam wie die der Mythen, aber deren Interpretation ist eben eine ganz andere: eine objektivere.

Altes und Neues Testament nehmen die gleiche ablehnende Haltung gegenüber der mystischen Praxis von Ausstoßung und willkürlicher Gewalt ein. Der Wille der Menge ist nicht automatisch der Wille Gottes – im Gegenteil. Im jüdischen Talmud kann man sogar lesen: „Wenn jedermann einwilligt, einen Angeklagten zu verurteilen, lasst ihn frei, er muss unschuldig sein.“

Allerdings bleiben im Judentum alle revolutionären Erkenntnisse immer auf die eigene Religion und das eigene Volk beschränkt. Eine missio-

Es setzt sich ein wirksames Lösungskonzept durch, das aus dem Jeder-gegen-jeden ein Alle-gegen-einen macht: Ein „Sündenbock“ wird gelyncht.

narische Verbreitung und Bekehrung ist ihm fremd. Ganz anders das Christentum. Seine Ausbreitung führt zum Zerfall der antiken Religiosität und zum Zusammenbruch der darauf beruhenden Weltordnung.

Mittelalter, Neuzeit, Gegenwart

Aber natürlich gibt es dann auch in der Kirchengeschichte zahlreiche Irrungen und Wirrungen, allen voran die Hexenverfolgungen. Hier muss aber angemerkt werden, dass der auslösende Impuls nicht von der Kirche selbst ausgeht, sondern vom Volk, und dass sich dieses Phänomen seltsamerweise auf den deutschen Kulturraum und angrenzende Gebie-

te beschränkt. Die Kirche verurteilt den Hexenwahn zunächst als heidnischen Aberglauben, zwingt ihn dann aber doch in ein juristisches Regelwerk, um das blindwütige Wirken des Mobs in den Griff zu bekommen – ein verhängnisvoller Fehler.

Ab der Renaissance begeistert man sich wieder für die Antike, die jetzt aber völlig verklärt wird. Erst im 19. Jahrhundert arbeitet Friedrich

Die Gewaltspirale ist damit fürs Erste unterbrochen, die aggressive Angespanntheit weicht einer allgemeinen Entspanntheit und Einmütigkeit.

Nietzsche den Unterschied zwischen antikem Mythos und Christentum wieder deutlich heraus: „Dionysos gegen den ‚Gekreuzigten‘: da habt ihr den Gegensatz. Es ist nicht eine Differenz hinsichtlich des Martyriums, – nur hat dasselbe einen ande-

lich ermordet. Und am Ende kann sich keiner erklären, wie es eigentlich dazu kommen konnte.

Was wir von Girard lernen sollten

Von Girard sollten wir lernen, dass die Jagd auf „Sündenböcke“ zwar tief in uns verwurzelt, aber trotzdem falsch ist. Ein großer Betrug. Ein großer Selbstbetrug. Auf Kosten der

„Sündenböcke“. Wenn also mal wieder die Hetzjagd auf einen eröffnet wird, dann müssen sofort die inneren „Alarmglocken“ schrillen. Denn dann droht unsere moderne Kultur mal wieder ins Irrationale abzugleiten. Und Wahrheit und Menschlichkeit bleiben auf der Strecke.

Außerdem sollten wir von Girard lernen, dass es wenige wahre und viele eingebildete Bedürfnisse gibt. Das „mimetische Begehren“ ist derzeit vielleicht so stark wie noch nie. Denn unsere heutige Werbeindustrie lebt davon, Begierden zu erzeugen und zu befeuern. Dem gegenüber stehen die Grenzen des Wachstums. Konkurrenz, Neid und Missgunst nehmen zu. ■

Günther Hartmann,

Jahrgang 1965, studierte Architektur und arbeitete nach dem Diplom zunächst in verschiedenen Architekturbüros. Seit 2008 ist er hauptberuflich als Journalist tätig. In die ÖDP trat er 1998 ein und ist seit 2006 verantwortlicher Redakteur der ÖkologiePolitik.



www.guenther-hartmann.de

Gendersprache

„Ein sperriger Bürokratenjargon“

Einerseits ist eine große Bevölkerungsmehrheit gegen das Gendern – 86 % bei einer Umfrage des Fernsehmagazins „Galileo“. Andererseits wird es mit großer Leidenschaft praktiziert und eingefordert. Hauptargument: Frauen würden sonst in der Sprache unsichtbar bleiben. Ein erfolgreicher Musiker sieht das jedoch etwas anders und hat darüber ein Buch geschrieben.

Interview mit Fabian Payr

ÖkologiePolitik: Herr Payr, sollen Frauen in der Sprache unsichtbar bleiben?

Fabian Payr: Natürlich nicht. Wenn es der sachliche Zusammenhang erfordert, sollten wir natürlich das Geschlecht einer Person sprachlich kennzeichnen. Die deutsche Sprache

Ich halte diese Erzählung für einen Mythos, der auf einer ideologisch motivierten Fehlinterpretation sprachlicher Strukturen beruht. Das generische Maskulinum macht Frauen nicht unsichtbar – es blendet einfach nur den Aspekt des Geschlechtlichen aus.

„Das Gendern lenkt die Aufmerksamkeit auf den Geschlechtsaspekt – der meist nicht relevant ist und von der Kernaussage ablenkt.“

ist hierfür übrigens bestens geeignet. Kaum eine andere europäische Sprache macht so intensiv von dem Mittel der „Movierung“ Gebrauch wie das Deutsche. „Movierung“ nennt man in der Sprachwissenschaft das Anfügen spezieller Endungen an die Grundform, etwa die Silbe „-in“ zur Kennzeichnung des weiblichen Geschlechts. Dadurch wird eine Person eindeutig als weiblich gekennzeichnet. Um Männer sprachlich sichtbar zu machen, müssen sie im Deutschen einen wesentlich größeren Aufwand betreiben, da das Maskulinum spezifisch einen Mann, aber auch generisch eine Person beliebigen Geschlechts bezeichnen kann. Die feministische Sprachkritik behauptet, das traditionelle Deutsch mit seinem generischen Maskulinum würde Frauen in die Unsichtbarkeit drängen.

Bei einem Satz wie „Ärzte sollen sich mehr Zeit für ihre Patienten nehmen“ spielt das Thema Geschlecht keine Rolle. Es geht um Personen, die den Arztberuf ausüben, und ihre Patienten – gleich welchen Geschlechts.

Warum wird gerade im Kulturbereich so viel gegendert?

Das ist eine interessante Frage. Wir können grundsätzlich eine starke Korrelation zwischen politischer Verortung und der Haltung zum Gendern beobachten: Die Befürworter stammen vorwiegend aus dem linken politischen Spektrum, die Kritiker aus dem konservativen. Das zeigt, dass die Einstellung zum Gendern stark ideologisch geprägt ist – beim Pro oder Contra geben nur in den seltensten Fällen sprachwissenschaftliche Überlegungen den Ausschlag. Wenn im Kulturbereich viel



Fabian Payr, Jahrgang 1962, studierte zunächst Germanistik, Romanistik sowie Theater-, Film- und Fernsehwissenschaften, anschließend Musik. Seither ist er als Musiker, Komponist und Autor von musikdidaktischen Lehrbüchern tätig und gründete zusammen mit seiner Frau das Unternehmen „Musica Viva“, das Workshops im Bereich der Erwachsenenbildung ausrichtet.

www.musica-viva.de

gendert wird, dann spricht das dafür, dass die dortigen Akteure eher im linksliberalen Spektrum zu verorten sind. Dort gehört Gendern mittlerweile einfach zum guten Ton. Interessant ist an dieser Stelle auch die symbolische Funktion „gendersensibler“ Ausdrucksweisen. Wer so spricht,

dem geht es auch ums Aussenden von Signalen: Seht, ich verwende diese modernen Sprachformen – etwa den Genderstern – und ordne mich damit dem Lager der Fortschrittlichen zu, das sehr sensibel mit den Themen Diskriminierung und Diversity umgeht. Es ist gleichsam eine Markierung des eigenen politischen Standpunkts. Damit entfernt sich das Sprechen von seiner kommunikativen Kernaufgabe und wird zu einer symbolischen Handlung.

Was hat Sie als Musiker dazu bewogen, ein Buch gegen das Gendern zu schreiben?

Mit meinem Musikersein hat die Entscheidung für dieses Buchprojekt wenig zu tun. Vielleicht ist man als Musiker sensibler für „falsche Töne“ und reagiert deshalb allergischer auf das Herumgebastele an unserer Sprache. Vielleicht spüren Künstler schon auf der ästhetischen Ebene, dass Gendersprache nicht funktioniert und dysfunktional ist. Die ästhetischen Defekte der Gendersprache werden in der Debatte leider viel zu wenig thematisiert. Was uns als gendersensible Sprache angepriesen wird, ist oft nicht mehr als sperriger

zusammenhängt, dass ich mich um eine sehr sachliche und sprachwissenschaftlich fundierte Darstellung bemüht habe. Polemik habe ich mir weitgehend verkniffen, was bei dem Thema nicht immer leicht war. Das Buch wurde auch von der Presse sehr wohlwollend aufgenommen. Positiv bewertet wurde vor allem seine gute Verständlichkeit – mir war es wichtig, sprachwissenschaftlich fundiert zu schreiben, aber niemanden mit Fachjargon abzuschrecken.

Welcher der von Ihnen vorgebrachten 20 Gründe ist Ihnen der wichtigste?

Mit einem komme ich da leider nicht aus, drei bräuchte ich schon: Ich halte Gendersprache an erster Stelle für nutzlos. Sie hat darüber hinaus das Potenzial, die Gesellschaft zu spalten. Außerdem ist sie in kommunikativer Hinsicht dysfunktional, da sie permanent die Aufmerksamkeit auf den Geschlechtsaspekt lenkt – der aber meist gar nicht relevant ist und von der Kernaussage eines Satzes ablenkt.

Wie läuft es eigentlich in anderen Ländern? Wird da auch gegendert?

Es gibt in anderen Ländern vergleichbare Diskussionen, das be-

„Das Sprechen entfernt sich von seiner kommunikativen Kernaufgabe und wird zur symbolischen Handlung.“

Bürokratenjargon, von dem man einfach schon aus stilistischen Gründen die Finger lassen sollte. Es ist eher der Germanist in mir, der bei diesem Buch wieder zum Leben erwacht ist – vor meinem Musikstudium habe ich Germanistik und Romanistik studiert und auch abgeschlossen.

Wie waren die Reaktionen auf Ihr Buch?

Ich habe viele Zuschriften von Lesern erhalten – durch die Bank zustimmender Natur. Ein Shitstorm ist ausgeblieben, was vielleicht damit

trifft vor allem Sprachen mit einem Genusystem wie z. B. das Französische, Spanische und Italienische. Aus diesen Ländern ist mir aber nicht bekannt, dass man sich derart in das Thema verbeißt, wie das in Deutschland der Fall ist. Was die Sache in Deutschland so unerquicklich macht, ist die Kombination aus deutscher Gründlichkeit mit einer gewissen uns eigenen moralischen Eitelkeit. Spannend ist der Blick nach Schweden, ein ausgesprochen emanzipiertes Land. Dort wird das generische Maskuli-

BUCHTIPP

Fabian Payr
Von Menschen und Mensch*innen
20 gute Gründe, mit dem Gendern aufzuhören
Springer, März 2021
172 Seiten, 19,99 Euro
978-3-658-33126-9



num längst nicht so problematisiert wie bei uns, was sicherlich damit zusammenhängt, dass dort movierte Formen wie „Lehrerin“ kaum verwendet werden. Eine schwedische Lehrerin wird darauf bestehen, als „lärare“ – Deutsch: „Lehrer“ – bezeichnet zu werden. Die Bezeichnung „lärarinna“ würde sie in ihrer Berufsehre kränken.

Herr Payr, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

ONLINETIPPS

Interview mit Jürgen von der Lippe
Ich bezeichne mich als Feminist
Augsburger Allgemeine,
14.01.2022
www.t1p.de/xakvf

Karsten Krampitz
Vergesst Genitalien, baut lieber Brücken
Freitag, 17.07.2021
www.t1p.de/ysg2

Wolfgang Kriskche
Die sexualisierte Sprache
FAZ, 21.06.2021
www.t1p.de/ixt5

Alexander Duebbert
Gendergerechte Sprache: Was spricht dafür – was dagegen?
Galileo.tv, 25.03.2021
www.t1p.de/sxzur

Nele Pollatschek
Gendern macht die Diskriminierung nur noch schlimmer
Tagesspiegel, 30.08.2020
www.t1p.de/16ch

Geschlechtergerechtigkeit

Gleichstellung verhindert Gleichberechtigung

Sprachliche Formulierungen können ähnlich sein und trotzdem sehr Unterschiedliches bedeuten. So werden die Begriffe „Gleichberechtigung“ und „Gleichstellung“ oft wie Synonyme gebraucht, doch das sind sie nicht. Ganz im Gegenteil: Bei nüchterner Betrachtung zeigt sich, dass das eine das andere sogar ausschließen kann.

von Dr. Johannes Resch

Unser Grundgesetz definiert den Gleichberechtigungsanspruch in seinem Artikel 3: „(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. ... (3) Niemand darf wegen seines Geschlechts, ... benachteiligt oder bevorzugt werden. ...“ Auf der Internetseite des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird „Gleichstellungspolitik“ definiert: „Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine der zentralen Herausforderungen, um das Leben in unserem Land zukunftsfähig und gerecht zu gestalten. Dafür müssen Frauen und Männer auf dem gesamten Lebensweg die gleichen Chancen erhalten – persönlich, beruflich und familiär.“

Damit wird der Eindruck vermittelt, die „Gleichstellung der Geschlechter“ diene deren Gleichberechtigung. Diese Gleichsetzung der beiden Begriffe bahnt den Weg für handfeste Missverständnisse. Denn bei genauerer Betrachtung haben Gleichstellung und Gleichberechtigung eine recht unterschiedliche und oft sogar gegensätzliche Bedeutung.

Würden Männer und Frauen bei sportlichen Wettkämpfen „gleichgestellt“, dann hätten sie gegeneinander anzutreten. In den meisten

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
Art 3

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Sportarten wären Frauen unterlegen – ein Blick auf die Weltrekorde zeigt dies klar. Eine „Gleichstellung der Geschlechter“ würde im Sport zwangsläufig zu einer deutlichen Benachteiligung der Frauen führen. Denn Frauen und Männer sind biologisch unterschiedlich. Männer haben im Durchschnitt mehr Kraft und sind dadurch bei allen Sportarten, in denen Kraft eine Rolle spielt, im Vorteil. Eine Gleichberechtigung im Sport ist also nur möglich, wenn keine Gleichstellung erfolgt, sondern die biologischen Unterschiede gleichberechtigt berücksichtigt werden.

Wer über Grundkenntnisse in Biologie oder Medizin verfügt, der weiß, dass diese Unterschiede nicht zufällig oder anerzogen oder erworben sind, sondern auf einem genetisch bedingten Hormonhaushalt basieren. Natürlich gibt es auch Frauen, die größer

und kräftiger sind als Männer, aber im Durchschnitt sind sie das nicht.

Die Unterschiede beschränken sich nicht auf Körpergröße und Kraft. Es gibt sie auch im Gefühlsleben, beim Berufswunsch, bei den Freizeitinteressen und in anderen Bereichen. Die gegenwärtige Gleichstellungspolitik missachtet diese Unterschiede. Und deshalb kann sie niemals zu einer Gleichberechtigung der Geschlechter führen, wie das offiziell behauptet wird.

Diskriminierend ist Geringachtung von Erziehungsarbeit

Das Motto „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“ bezieht sich nur auf die Erwerbsarbeit und macht die Vorlieben der Männer zum Maßstab. Die häusliche Erziehungsarbeit, die überwiegend von Frauen geleistet wird,

bleibt völlig unbeachtet – und das ist diskriminierend. Es wird einfach so getan, als wenn beide Geschlechter gleiche Vorlieben und Fähigkeiten hätten. Und die der Männer werden zur Norm erhoben.

Frauen haben aber seit Menschengedenken eine andere Beziehung zur Erwerbsarbeit, weil diese bei ihnen viel stärker mit der Erziehungsarbeit für ihre Kinder konkurriert. Die immer wieder vorgebrachte Behauptung, die Neigung zu unterschiedlichen „Rollen“ sei „anerzogen“ oder „gesellschaftlich geprägt“, ist ebenso abwegig, wie es die Auffassung wäre, die unterschiedlichen Körpergrößen seien dies.

Das Problem lässt sich deshalb auch nicht dadurch lösen, dass die Männer aufgefordert werden, sich dem Verhalten der Frauen anzupassen. Die emotionale Beziehung einer Mutter zu ihrem Kind wird hormonell anders gesteuert als beim Vater. Das verbindet uns Menschen mit fast allen Säugetieren. Eine Kuh z. B. hat zu ihrem Kalb eine andere Beziehung als der Stier – auch wenn dieser Vergleich

Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind nicht anerzogen oder erworben, sondern basieren auf einem genetisch bedingten Hormonhaushalt.

etwas hinkt, weil es bei Rindern keine Familie gibt. Aber der biologisch begründete Unterschied der Geschlechter ist bei Mensch und Tier eben doch viel ähnlicher als derzeit im öffentlichen Bewusstsein verankert.

Daraus folgt, dass die gegenwärtige Gleichstellungspolitik niemals zur Gleichberechtigung der Geschlechter führen kann, sondern in die entgegengesetzte Richtung führt. Eine tatsächliche Gleichberechtigung ist nur vorstellbar, wenn die genetisch und hormonell weitgehend vorgegebenen „Rollen“ als gleichwertig

anerkannt und entsprechend gleich bewertet und behandelt werden. Der Wert der elterlichen Erziehungsarbeit für die Gesellschaft ist ebenso hoch einzuschätzen wie eine Erwerbsarbeit. Und dies unabhängig

Die gegenwärtige Gleichstellungspolitik missachtet die Unterschiede und kann deshalb nicht zu einer Gleichberechtigung der Geschlechter führen.

davon, ob sie nun tatsächlich von einer Frau, einem Mann oder von beiden geleistet wird.

Gleichberechtigung bedeutet auch: Reform des Rentensystems

Alle Regierungen der vergangenen sechs Jahrzehnte haben die Weichen eindeutig gegen eine Gleichberechtigung der Frauen gestellt. Dies zeigt sich besonders deutlich dadurch, dass sie den Rentenanspruch nahezu ausschließlich an die Erwerbsarbeit gebunden haben. Und das, obwohl die Renten im bestehenden Umlage-

wenn die Erziehungsarbeit künftig mehr von Männern geleistet wird.

Unser Umlageverfahren funktioniert nur, wenn ausreichend Kinder geboren und erzogen werden – und später dann als Erwachsene Renten-

beiträge zahlen. Die Erziehung eines Kindes erfordert im Durchschnitt ungefähr den Finanzaufwand wie die Versorgung eines Rentners. Die Versorgung eines Rentners wird also allein durch die Erziehung eines Kindes gesichert – doch die Erziehungsleistung der Eltern wird nur zu etwa einem Viertel über den „Familienlastenausgleich“ entschädigt.

Wenn unser gesetzliches Rentensystem weiterhin auf dem Umlageverfahren beruhen und zur Gleichberechtigung der Geschlechter beitragen soll, muss die elterliche Erziehungsarbeit mit herkömmlicher Erwerbsarbeit finanziell „gleichgestellt“ werden. Erst dann wären die beiden Geschlechter „gleichberechtigt“. Erst dann könnte jeder Elternteil die seiner individuellen Persönlichkeit „gerecht“ werdenden Prioritäten setzen. ■

Dr. Johannes Resch, Jahrgang 1940, studierte Medizin und arbeitete 20 Jahre als leitender Arzt eines Versorgungsamtes.

Von 2008 bis 2010 war er Sprecher der Bundesprogrammkommission der ÖDP. Zurzeit ist er unter anderem Vorsitzender ihres Bundesarbeitskreises „Familie, Soziales und Gesundheit“.



Parteienlandschaft

„Mitte ist die Tugend des Maßes“

In der Politik wird alles, was zwischen Links und Rechts liegt, als „Mitte“ bezeichnet – und bezeichnet sich selbst auch gerne so. Doch welche Positionen sind damit eigentlich gemeint, sind für sie charakteristisch? Bedeutet der Begriff nur „unideologisch“ und „pragmatisch“? Für einen ehemaligen Bundestagsabgeordneten hat die „Mitte“ auch etwas mit bestimmten Werten zu tun.

Interview mit Prof. Dr. Matthias Zimmer

ÖkologiePolitik: Herr Dr. Zimmer, würden Sie sich als ein Vertreter der „Mitte“ bezeichnen?

Dr. Matthias Zimmer: Ja. Ich neige nicht zu Extremen, ordne mich selbst weder als „links“ noch als „rechts“ auf der politischen Skala ein, komme aus der christlich-sozialen Tradition und katholischen Soziallehre. Freilich ist „Mitte“ ein weiter Begriff, der unterschiedlichste inhaltliche Ausfüllungen zulässt: von Liberalen über Christdemokraten und Grünen bis hin zu Sozialdemokraten und manchen Linken. Mitte ist eher eine Selbstbeschreibung, eine Selbsteinordnung – und nicht immer ganz konsistent.

Was bedeutet der Begriff „Mitte“?

Das Schema „rechts – links“ stammt aus der Paulskirche und ist auch im Bundestag noch präsent. Es prägt dadurch auch unsere politischen Anschauungen und Einordnungen. Nicht immer überzeugend, denn „links“ und „rechts“ sind keine Pole, sondern haben bisweilen Berührungspunkte. Wenn ich den Begriff „Mitte“ dagegen im Gegensatz zu „rechts“ und „links“ inhaltlich füllen wollte, würde ich zunächst sagen: „Mitte“ ist die Tugend des Maßes, die Ablehnung des Radikalen, ein Bekenntnis zur Gewaltfreiheit sowie zu Regeln und Normen des demokratischen Rechtsstaates. Dabei unter-

liegt das, was als „Mitte“ verstanden wird, durchaus Veränderungen. Es ist also kein starres Modell, sondern fluid – wie ja auch „rechts“ und „links“. Freilich: Die Einordnungen sind mittlerweile schwierig geworden. Die Lebensstile werden damit nur unzu-

tung verschaffen. Das Gemeinwohl als regulative Idee einer Gesellschaft, als jene Form der Gerechtigkeit, die die bestmögliche Entfaltung aller zulässt. Diese Werte sind nicht neu und gehen weit hinter den modernen Staat zurück, sind aber nach wie vor

„Im Grundgesetz steht etwas über die Würde des Menschen. Das ist eine starke normative Bindung ganz jenseits identitärer Gedanken und Konzepte.“

reichend abgedeckt, sind aber für die politische Verortung heute vermutlich entscheidender.

Ihr neues Buch heißt „Alte Werte in neuer Zeit“. Welche „alten Werten“ meinen Sie?

Die Werte, die unser Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft bestimmen: Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit. Sie sind nicht neu, müssen immer nur neu interpretiert und gelebt werden, weil sich unsere Gesellschaft ändert. Für mich sind auch Grundprinzipien wichtig: Personalität als Ausdruck eines Menschenbilds, das den Menschen als Träger unveräußerlicher Würde denkt, aus der die Menschenrechte entspringen. Solidarität und Subsidiarität als horizontale und vertikale Gestaltungsprinzipien einer Gesellschaft, die dem Prinzip der Personalität Gel-

aktuell. Die Idee des Gemeinwohls ziehe ich der Idee des Klassenkampfes ebenso vor wie der Idee des freien Marktes. Das sind beides Kampfidologien. Wettbewerb ohne Regeln ist ebenso brutal wie Klassenkampf. Solidarität bezieht sich auf alle Menschen, nicht nur diejenigen, die zur richtigen Klasse gehören.

Was meinen Sie mit „neuer Zeit“?

Das fängt schon mit den Möglichkeiten des Digitalen an: von der Kommunikation bis hin zur Unterhaltung. Das ändert natürlich auch Gesellschaft und die Art, wie wir miteinander kommunizieren, wie wir unsere Freizeit gestalten, wie wir arbeiten. Aber sehr viel dramatischer finde ich die Gefahr, die vom Klimawandel ausgeht. Heute können wir Gemeinwohl nicht mehr nur nationalstaatlich denken, sondern müssen es global



Prof. Dr. Matthias Zimmer, Jahrgang 1961, studierte Politikwissenschaft, Neuere Geschichte und Völkerrecht. Er schlug eine akademische Laufbahn ein, wurde promoviert, habilitierte, lehrte an einer kanadischen Universität, hatte in Deutschland verschiedene Lehraufträge inne und ist seit 2013 Honorarprofessor an der Universität zu Köln. Von 2009 bis 2021 war er zudem Abgeordneter im Deutschen Bundestag, von 2009 bis 2021 Mitglied in dessen Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie von 2017 bis 2018 Vorsitzender von dessen Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe.

www.t1p.de/swy2d

interpretieren. Wir brauchen, wie es Hans Jonas einmal ausgedrückt hat, eine „Ethik der Fernverantwortung“, die unser politisches Handeln durchtränkt. Personalität und Menschenrechte enden nicht an den Grenzen des Nationalstaates.

Der Untertitel Ihres Buchs heißt „Christliche Verantwortung und praktische Politik“. Was bedeutet das?

Zunächst einmal: „Christlich“ bedeutet, dass der Wert eines Menschen keine Funktion von Marktmechanismen, von Leistungsideen oder Nützlichkeitsabwägungen ist. Das ist das zugrunde liegende Prinzip. Da-

raus kann ich wunderbar eine theoretische, eine ideale Welt entwerfen. Aber das kann und darf nicht der Anspruch der Politik sein. Hier muss es darum gehen, aus einem solchen christlichen Grundverständnis heraus ganz praktische Lösungen einzufordern – ausgehend von dem, was ist. Das habe ich versucht: nämlich Antworten zu geben, was wir machen können, was wir machen sollten, etwa bei der Frage der Bodenpolitik, der Pflege, dem Klima, dem Umgang mit Arbeitslosen. Der Mensch ist Ausgangspunkt und Ziel allen wirtschaftlichen Handelns. Das ist, wenn man es ernst nimmt, eine Botschaft mit gesellschaftsverändernder Kraft.

Derzeit droht sich unsere Gesellschaft zu spalten. Wie lässt sich diese Entwicklung stoppen?

Das Grundgesetz betont die Würde des Menschen. Sie zu achten und zu schützen, ist die Aufgabe aller staatlichen Gewalt. Nicht nur die Würde des Deutschen, nicht nur die des Menschen weißer Hautfarbe, nicht nur die der Männer, sondern die Würde aller Menschen. Das ist eine starke normative Bindung von Politik ganz jenseits identitärer Gedanken und Konzepte. So wichtig der achtsame Umgang miteinander ist, er darf nicht in neuen Frontstellungen eines normativen Rigorismus erstarren, der Gefahr läuft, sich selbst der Lächerlichkeit preiszugeben.

„Der achtsame Umgang miteinander darf nicht in einem normativen Rigorismus erstarren, der Gefahr läuft, sich der Lächerlichkeit preiszugeben.“

Wir sollten Menschen nicht über ihre Gruppenzugehörigkeit definieren und einzelne Gruppen dann als besonders schützenswert deklarieren, sondern zur Mitte hin integrieren. Eine Gesellschaft, die in voneinander abgegrenzte Gruppen zerfällt, in der

BUCHTIPPS

Matthias Zimmer
Alte Werte in neuer Zeit
Christliche Verantwortung und praktische Politik
Nomen, März 2021
192 Seiten, 15.00 Euro
978-3-939816-76-8



Matthias Zimmer
Person und Ordnung
Einführung in die Soziale Marktwirtschaft
Herder, Februar 2020
352 Seiten, 35.00 Euro
978-3-451-39984-8



jeder gewissermaßen seine eigene Identitätsinsel bewohnt, kann keine gemeinsame Solidarität und keine Gemeinschaft erfahren. Ich halte das für völlig eindimensional. Insofern waren die Verfassungsgeber klug, die Würde des Menschen so stark zu betonen. Das schützt vor der Ansteckung durch Ideologien, die den Menschen über die Leiste von Klasse, Rasse oder Markt bürsten wollen, aber auch vor identitären Verkürzungen. Einen bestimmten Prozentsatz an Populisten, Extremisten und Demokratieverächtern wird es immer geben. Gegenüber diesen müssen

wir Demokraten deutliche Grenzen setzen. Und klar benennen, wenn der Boden unserer Verfassung verlassen wird. Wer sich bei der AfD anbiedert, verrät die Mitte.

Herr Prof. Zimmer, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Studie

Wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann

Durch den Klimawandel stehen die Lebensgrundlagen aller jetzigen und künftigen Menschen auf dem Spiel. Wie dem entgegengewirkt werden kann, ohne die soziale Spaltung zu verschärfen, untersucht eine Studie der interdisziplinären Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ der Deutschen Bischofskonferenz.

von Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher

Die zentrale Einsicht von Papst Franziskus in seiner im Mai 2015 veröffentlichten Enzyklika *Laudato si'*: Die soziale und die ökologische Krise sind eng miteinander verknüpft und wer wirklich nachhaltige Entwicklung und die globalen Nachhaltigkeitsziele erreichen will, kommt an einer sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft nicht länger vorbei. Gleichzeitig ermutigen uns wissenschaftliche Studien, die belegen: Trotz aller Herausforderungen ist der erforderliche Wandel keine unerreichbare Utopie, sondern

unterschiedliche Vorstellungen, Ziele und politische Instrumente verbunden. Vor diesem Hintergrund hat die interdisziplinäre Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ der Deutschen Bischofskonferenz am 16. Juni 2021 in Berlin eine Studie mit dem Titel „Wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann“ vorgelegt, die in dreierlei Hinsicht Orientierung geben will, damit der notwendige Wandel gelingen kann.

Die beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedensten Disziplinen (Ökono-

und Mobilitäts- sowie Agrarwende – identifizieren die Fachleute zweitens grundlegende Hindernisse, die die notwendigen Veränderungen blockieren oder erschweren. Auf dieser Grundlage werden in einem dritten Schritt vier Stellschrauben gelingender Transformation formuliert, die gemeinsam und aufeinander abgestimmt in den Blick zu nehmen und neu zu justieren sind.

Die vier Stellschrauben gemeinsam zu betrachten, ist auch deshalb notwendig, um bei den verschiedenen Einzelreformen, die notwendig sein werden, deren kohärente Abstimmung im Hinblick auf die gemeinsame Zielperspektive nicht aus den Augen zu verlieren und den Wandel wirksam, effizient und gerecht gestalten zu können.

Die motivierende Zielperspektive

Angesichts der höchst unterschiedlichen Vorstellungen über die Veränderungen und der damit verbundenen Verteilungskonflikte ist es den Sachverständigen wichtig, eine ethisch fundierte Zukunftsvision zu formulieren. Aufgezeigt werden sollen attraktive Vorstellungen eines „Wohin“ der Transformation mit gangbaren Wegen, um die Menschen und die Gesellschaft(en) für



die tiefgreifenden Veränderungen motivieren zu können.

Ausgangspunkt dafür ist ein Begriff der menschlichen Freiheit, der die persönliche Freiheit des Einzel-

keiten zu suchen und das Einende ins Zentrum zu stellen. Damit nehmen wir ernst, dass es höchst unterschiedliche Präferenzen, Wertorientierungen und Konzeptionen eines

bar sind, sind Partikularinteressen, so nachvollziehbar sie auch sein mögen, im Konfliktfall dem Gemeinwohl unterzuordnen.

Anhand konkreter Beispiele aus verschiedenen Handlungsfeldern identifiziert die Studie grundlegende Hindernisse und Barrieren, welche den notwendigen Wandel erschweren.

Handlungsfeld Energiewende

Aufgrund ihrer hohen ökonomischen, gesellschaftlichen und ökologischen Bedeutung ist die Energiebranche für die notwendige Transformation zentral. Dies wird vor allem an der Kohleverbrennung deutlich, denn mit mehr als einem Drittel

Ausgangspunkt ist ein Begriff der menschlichen Freiheit, der die persönliche Freiheit und die soziale und ökologische Verantwortung zusammendenkt.

nen und die damit verbundene soziale und ökologische Verantwortung zusammendenkt. Die sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ist von daher kein Selbstzweck, sondern verfolgt das Ziel, dass alle Menschen jetzt und auch zukünftig unter Wahrung der planetaren Grenzen gut leben können. Dazu müssen sie ihre Grundbedürfnisse angemessen befriedigen können, sie brauchen faire Handlungsspielräume und Beteiligungschancen sowie Entscheidungsprozesse, die gerecht und inklusiv sind.

Die in dieser Weise entfaltete Zielperspektive gründet in der Tradition der christlichen Soziallehre, ist weltanschaulich aber offen und anschlussfähig an verschiedene ethische Begründungen, kulturelle Traditionen und Konzepte gelingenden Lebens. Es geht darum, Gemeinsam-

keiten zu suchen und das Einende ins Zentrum zu stellen. Damit nehmen wir ernst, dass es höchst unterschiedliche Präferenzen, Wertorientierungen und Konzeptionen eines guten Lebens (z. B. im Hinblick auf Konsum, Mobilität oder Ernährung) geben kann. Deshalb sollte man es unterlassen, paternalistisch-bevormundend bestimmte Lebensweisen vorzuschreiben oder einzelne kulturell geprägte Zielvorstellungen zu

Dazu brauchen sie faire Handlungsspielräume und Beteiligungschancen sowie Entscheidungsprozesse, die gerecht und inklusiv sind.

bevorzugen. Verbote sind nicht das erste Mittel der Wahl.

Insgesamt stehen allerdings die Lebensgrundlagen aller jetzigen und zukünftigen Menschen auf dem Spiel. Da bestimmte Lebensformen oder Konsumweisen aufgrund ihrer sozialen und ökologischen Folgen offensichtlich nicht verallgemeiner-

der weltweiten Emissionen ist sie die wichtigste Ursache klimaschädlicher Treibhausgase. Dies verweist darauf, wie wichtig ein weltweiter Ausstieg aus der Kohleverbrennung ist. Denn dann käme die Staatengemeinschaft dem in Paris 2015 vereinbarten Ziel, die globale Erderwärmung unter 2 °C zu halten, deutlich näher.

Angesichts der unterschiedlichen Vorstellungen über Veränderungen und Verteilungskonflikte ist eine ethisch fundierte Zukunftsvision wichtig.

eine realistische Zukunftsoption, die neue Entwicklungsperspektiven und Chancen für ein umfassenderes Verständnis von Wohlstand bieten.

Der Begriff der sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft stammt ursprünglich aus dem eher linken politischen Spektrum, ist inzwischen aber weit verbreitet und in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Bei näherer Betrachtung werden damit aber ganz

mie, Politik- und Klimawissenschaften, Philosophie und Theologie) legen erstens eine ethisch begründete Zielperspektive vor, die motivierende und orientierende Kraft für den Wandel entfalten, Chancen aufzeigen und somit einzelne Menschen und ganze Gesellschaften zu den notwendigen Veränderungen ermutigen kann. Anhand von drei für die Transformation zentralen Handlungsfeldern – Energie-, Konsum-

Doch obwohl ein zügiger weltweiter Kohleausstieg klimapolitisch notwendig, wirtschaftlich sinnvoll und technisch vergleichsweise einfach möglich wäre, halten viele Länder an dieser Energiequelle fest oder bauen diesen Energiepfad noch weiter aus, wie China im Rahmen seiner Corona-bedingten Konjunkturprogramme. Dies gilt leider auch für ärmere Länder in Afrika, wo hohe Finanzierungskosten den Ausbau erneuerbarer Energien gerade dort erschweren, wo dieser besonders notwendig und effektiv wäre.

So werden durch unzureichende internationale Zusammenarbeit und mangelnde Finanz- und Technologiehilfen in vielen ärmeren Ländern langfristige Pfadabhängigkeiten geschaffen und die hohen Folgekosten von Kohleförderung und -verbrennung weiter auf unbeteiligte Dritte abgewälzt.

Handlungsfeld Konsum- und Mobilitätswende

Auch bei der viel diskutierten Mobilitätswende sind falsche Anreizstrukturen, die zur Verlagerung der ökologischen und sozialen Folgekosten führen, ein zentrales Hindernis für

schädigende Produktionsweisen sowie unfaire Arbeits- und Handelsbedingungen.

Deshalb muss eine echte Mobilitätswende deutlich über alternative Antriebstechnologien hinausgehen. Sie kann nur dann gelingen, wenn sie auch mit einer Konsum- und Mentalitätswende einhergeht, die das überkommene Leitbild des „Immer mehr und schneller“ verändert. Effizientere Technologien müssen mit einer Kultur des rechten Maßes (Suffizienz) verbunden werden, um wirksame Anreize für eine größere Vielfalt an Mobilitätsdienstleistungen, längere Produktlebenszeiten und eine umfassende Wiederverwertung der eingesetzten Ressourcen zu geben.

Handlungsfeld Agrarwende

Im Agrarbereich verweist beispielsweise ein zu hoher Fleischkonsum, häufig gekoppelt mit niedriger Qualität und erheblicher Lebensmittelverschwendung, auf die unheilvolle Verbindung von problematischen Anreizstrukturen (z. B. hinsichtlich der Agrarförderungspolitik), nicht nachhaltigen individuellen Verhaltensroutinen und ungesunden Ernährungsgewohnheiten. Viel zu häufig wird

verändert – gerade dann, wenn sie durch sozio-kulturelle Normen und mangelnde nationale wie internationale Kooperation und Solidarität gestützt werden, wie das erneute Scheitern der dringend notwendigen Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU wieder gezeigt hat.

Anhand der genannten Handlungsfelder identifiziert die Studie also vier grundsätzliche Probleme bzw. Barrieren des Wandels:

- Schwache Institutionen und unzureichende Ordnungspolitik (bzw. eine Verbindung von Markt- und Staatsversagen), die weiter eine Verlagerung der wahren Kosten auf unbeteiligte Dritte (v.a. die weltweit Verwundbarsten und zukünftige Generationen) zulassen
- Ungelöste Verteilungskonflikte und ungleiche Machtverhältnisse, die den Wandel erschweren, um den Status quo zu erhalten
- Mangelnder Mut zur politischen Gestaltung und Kommunikation
- Falsche Leitbilder und die Vernachlässigung der kulturellen Dimension

Vier gemeinsam zu betätigende Stellschrauben

Auf dieser Basis identifiziert die Studie dann, wie schon erwähnt, vier zentrale Stellschrauben, die in ihren wechselseitigen Bezügen gemeinsam zu adressieren und im Hinblick auf das Ziel, dass alle gut leben können sollen, neu zu justieren sind. Diese entwickeln auch eine zentrale Grundüberzeugung der Vorgängerstudie „Raus aus der Wachstumsgesellschaft?“ von 2018 weiter, in der die Sachverständigenkommission die Rolle von Wirtschaftswachstum für eine nachhaltige Entwicklung analysierte und zu dem Ergebnis kam: Es geht nicht darum, Wachstum grundsätzlich abzulehnen, sondern dafür zu sorgen, dass die ökologischen und sozialen Kosten von den Verursa-

chern getragen und nicht weiter auf unbeteiligte Dritte abgewälzt werden.

Dies muss mit sozialem Ausgleich verbunden und in internationaler Abstimmung erfolgen. Notwendige Einzelschritte wie eine verursachergerechte CO₂-Bepreisung und der

Es geht darum, Gemeinsamkeiten zu suchen und das Einende ins Zentrum zu stellen.

angemessene soziale Ausgleich werden viel zu häufig gegeneinander ausgespielt, statt sie als zusammengehörige Teile eines Gesamtprojekts zu verstehen. Technische und wirtschaftliche Effizienzsteigerungen sind dafür genauso wichtig wie eine Kultur der Suffizienz, der Solidarität und der internationalen Zusammenarbeit.

Stellschraube 1: Ordnungsrahmen für Innovationen und Gemeinwohl schaffen

Die von der Studie skizzierte sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ist ein wertebasiertes Modernisierungskonzept, das einen Ordnungsrahmen braucht, der technologische und soziale Innovationen im Dienst des Gemeinwohls

Man sollte es unterlassen, paternalistisch-bevormundend bestimmte Lebensweisen vorzuschreiben oder einzelne Zielvorstellungen zu bevorzugen.

befördert und beschleunigt. Das verlangt nichts anderes, als die soziale Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft in enger internationaler Abstimmung weiterzuentwickeln und in der Tradition der Väter der sozialen Marktwirtschaft mit einer wertebasierten Zielperspektive zu verbinden („Vitalpolitik“ nach Alexander Rüstow).

Erforderlich dafür sind Politikinstrumente und Rahmenbedingungen, die Markt und Wettbewerb in Richtung gemeinwohlförderlicher Innovationen lenken, angemessene Mitwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft schaffen und mehr internationale

Kooperation und Solidarität fördern. Gleichzeitig sind mutige Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu tätigen, um z. B. Infrastruktur für alternative Formen der Mobilität oder verändertes Ernährungsverhalten zu fördern.

Zukunftsfähige Technologien und Anreizstrukturen zu etablieren, bedarf meist längerer Anlaufzeit und guter Koordination, bis sie auf nationaler sowie internationaler Ebene effektiv zusammenwirken. Dies wird am Beispiel der Bepreisung von klimaschädlichen Emissionen deutlich: Nach der Einführung des EU-Emissionszertifikationshandels ist es für die Weiterentwicklung nun wichtig, Mengen und wo möglich auch Preise zügig anhand wissenschaftlicher Da-

finanzierungshilfen von Regierungen, Unternehmen und Finanzinstitutionen wohlhabender Länder, um nachhaltige Technologien auch in ärmeren Ländern flächendeckend zu etablieren.

Stellschraube 2: Zumutungen und neue Handlungschancen fair verteilen

Wer die Transformation gestalten will, muss auch die damit verbundenen Machtfragen klar benennen, um Barrieren und Gegenkräfte erfolgreich identifizieren und überwinden zu können. Um dabei von den unvermeidlichen Verteilungskonflikten nicht gelähmt zu werden, ist es hilfreich, die betroffenen Interessensgruppen in angemessener Weise in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen und ihnen zu vermitteln, dass die Einschränkungen unter den richtigen Voraussetzungen und mit einem angemessenen sozialen Aus-

ONLINETIPPS

Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.)

Wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann

Studien der Sachverständigenkommission „Weltwirtschaft und Sozialethik“, Bd. 22

Juni 2021

www.t1p.de/eg59

Hochschule für Philosophie München – Zentrum für Globale Fragen

DigiLog

Digitale Dialogplattform zur sozial-ökologischen Transformation

www.digi-log.org

Papst Franziskus

Enzyklika Laudato si'

Über die Sorge für das gemeinsame Haus
Mai 2015

www.t1p.de/opbfk

Die sozial-ökologische Transformation verfolgt das Ziel, dass alle Menschen unter Wahrung der planetaren Grenzen gut leben können.

einen nachhaltigen Wandel. Solange gerade im Verkehrsbereich die wahren Kosten der Treibhausgasemissionen, aber auch der Arbeits- und Handelsbedingungen für Rohstoffe (z. B. Lithium- und Graphit-Gewinnung für Elektrobatterien) nicht von den Verursachern getragen werden, fördert dies weiter den Bau übermotorisierter und hoch gewichtiger Pkws, einen verschwenderischen Umgang mit knappen Ressourcen, umwelt-

hier der Wettbewerb zulasten der Schwächsten, besonders der Natur, des Tierwohls, der menschlichen Gesundheit oder von prekär Beschäftigten ausgetragen – was während der Corona-Pandemie am Beispiel der höchst problematischen Arbeitsbedingungen in der großindustriellen Fleischverarbeitung stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt ist.

Die vorherrschenden Strukturen und Routinen sind nicht leicht zu

gleich nicht nur verkraftbar sind, sondern neue, fair zu verteilende Perspektiven eröffnen. Ehrliche Transformationspolitik ist also immer auch eine Politik der fairen Verteilung von Zumutungen und neuen Handlungschancen.

Eine zunehmend wichtige Rolle spielen dabei die sogenannten „stranded assets“. Wer z. B. seinen Wohlstand dem Besitz fossiler Res-

ourcen, die diesen Vertrauensverlust zum eigenen Vorteil verstärken und kein Interesse an konstruktiven Lösungen haben, zu entlarven.

Deshalb müssen die widersprüchlichen Haltungen des Rechtspopulismus in Bezug auf den Klimawandel offengelegt und konkrete Transformationsvorhaben möglichst partizipativ gestaltet werden. Mehr „Bildung für nachhaltige Entwicklung“,

sum, und entsprechend andere Indikatoren für Wohlstand.

Spezifischer Beitrag der Kirche für sozial-ökologische Transformation

Die Studie thematisiert abschließend auch den wichtigen Beitrag von Religionsgemeinschaften und Kirchen zu einem gesamtgesellschaftlichen Kulturwandel – einen Beitrag, den diese freilich nur dann leisten können, wenn sie sich, wie in der Studie beschrieben, zunächst um glaubwürdiges Verhalten und notwendige Reformen im eigenen Verantwortungsbereich bemühen. Angesichts der gegenwärtigen Krise und des massiven Verlusts an Glaubwürdigkeit gilt das für die katholische Kirche umso mehr.

Als weltweite Gemeinschaft und globaler Akteur, der zugleich in sehr unterschiedlichen Kulturen verankert ist, hat die katholische Kirche vielfältiges Potenzial, Anwältin für grenzüberschreitende globale Gerechtigkeit, universelle Menschenrechte und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu sein.

Das Wissen um die genannten Stellschrauben gelingenden Wandels muss aber innerhalb des gesamten kirchlichen Einfluss- und Verantwortungsbereichs verstärkt zur Anwendung kommen – durch die Minderung des eigenen ökologischen Fußabdrucks, einer konsequenten Ausrichtung des kirchlichen Beschaffungswesens an sozial-ökologischen Kriterien, einem nachhaltigen Management von Gebäuden, Liegenschaften und Agrar- und Forstland sowie ethisch-nachhaltigen Geldanlagen.

Wenn dies gelingt, kann die katholische Kirche als Weltkirche nicht nur ihr materielles und strukturelles Vermögen, sondern auch ihr spezifisches Potenzial als Glaubensgemeinschaft in den gesamtgesellschaftli-

chen Wandlungsprozess einbringen: ihr Eintreten für die Verwundbaren und Marginalisierten, Traditionen des rechten Maßes und universaler Gerechtigkeit, ein holistisches Verständnis von Lebensqualität sowie eine Spiritualität, die durch Durstrecken trägt, Gemeinsamkeiten sucht und Hoffnung vermittelt.

Stellschraube 4: Transformation als kulturelle Aufgabe ernst nehmen

Populisten erwecken zwar gerne den Eindruck, kulturelle oder religiöse Traditionen zu bewahren, faktisch verraten sie aber häufig die Werte, die diesen Traditionen zugrunde liegen. Wer die sozial-ökologische Transformation voranbringen will, muss das „kulturelle Bedeutungsgewebe“ wertschätzen, das sich häufig nur langsam verändert und somit träge, aber auch tragfähig ist.

Häufig verändern sich Lebens- und Konsumstile zunächst in „Nischen“; es gilt, sie sensibel wahrzunehmen und ihre weitere Verbreitung zu fördern – durch Bewusstseinsbildung, entsprechende Dialogformate oder Förderung geeigneter Infrastruktur. Dies ist auch wichtig, um Leitbilder so zu verändern, dass sie Nachhaltigkeit befördern, wie etwa ein verändertes Verständnis von Wohlstand als Lebensqualität, die mehr umfasst als materielles Einkommen oder Kon-

sum, und entsprechend andere Indikatoren für Wohlstand.

Die Sachverständigen betonen zudem die Chance und Verantwortung der katholischen Kirche, Orientierung für eine verantwortliche Bevölkerungspolitik zu geben, welche im Hinblick auf die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele immer bedeutsamer wird. Die Studie formuliert mit dem Schutz des Lebens, der Ablehnung staatlicher Zwangsmaßnahmen, aber auch der reproduktiven Selbstbestimmung von Familien, die den Zugang zu verlässlichen Verhütungsmitteln umfasst, dafür zentrale Maßstäbe.

Um tatsächlich beide Elternteile gleichermaßen zu verantwortungsvollen Gewissensentscheidungen ermächtigen zu können, ist es unerlässlich, Frauen weltweit einen besseren Zugang zu Bildung zu verschaffen und ihre Beschäftigungschancen zu

Studie als Impuls für breiten Diskussionsprozess

Die Sachverständigengruppe sieht die Studie als Impuls, der die Debatte um den anstehenden Wandel innerkirchlich wie in der breiteren Gesellschaft anregen und bereichern möchte. Dazu wurde die bei der Deutschen Kommission Justitia et Pax angesiedelte Resonanzgruppe unter Leitung von Pirmin Spiegel, Hauptgeschäftsführer des Bischöflichen Hilfswerks Misereor, eingerichtet, der Vertreterinnen und Vertreter kirchlicher Verbände und Organisationen, aber auch wichtige gesellschaftliche Akteure angehören.

Schon bei der Erarbeitung der Studie hat diese Resonanzgruppe vielfältige Expertise aus den jeweils unterschiedlichen Praxis-Hintergründen eingebracht. Dieser fruchtbare Theorie-Praxis-Dialog wurde bei einem Workshop im Haus der Wirtschaft in Berlin, der in einem hybriden Format eine breite Beteiligung hochkarätiger Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft ermöglichte, gleich im Anschluss an die Vorstellung der Studie am 16. Juni 2021 fortgeführt.

Ein Format dafür ist die digitale Dialogplattform DigiLog, die vom Zentrum für Globale Fragen der Hochschule für Philosophie München eingerichtet und zeitgleich mit der Vorstellung der Studie freigeschaltet wurde. Interessierte können hier mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Disziplinen über deren konkrete Forschungsprojekte zur Transformation ins Gespräch kommen.

Die von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) geförderte Plattform dient dem barrierearmen Wissenschaftsdialog rund um die Frage, wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann. Die Nutzerinnen und Nutzer können dabei auch darüber debattieren, welchen spezifischen Beitrag Politik, Wirtschaft, Kirchen und Zivilgesellschaft leisten können, um eine lebenswerte Zukunft für alle und den dafür notwendigen Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft zu gestalten. ■

Dieser Artikel erschien erstmals im August 2021 in der Jesuiten-Zeitschrift „Stimmen der Zeit“ und wurde für die Zweitveröffentlichung in der ÖkologiePolitik redaktionell bearbeitet.

Es ist dafür zu sorgen, dass die ökologischen und sozialen Kosten von den Verursachern getragen und nicht auf unbeteiligte Dritte abgewälzt werden.

ourcen oder der Nutzung nicht mehr zeitgemäßer Technologien verdankt, kann Einschränkungen in seinem bisherigen Geschäftsmodell nicht einfach als „kalte Enteignung“ ablehnen, sondern steht in besonderer Verantwortung, sich konstruktiv an gemeinwohlförderlichen Innovationen und Reformen zu beteiligen. Die Politik ist dazu aufgerufen, die dafür dringend notwendige Planungssicherheit zu schaffen.

Stellschraube 3: Akzeptanz durch Transparenz und Teilhabe fördern

Der politische Populismus profitiert von materiellen und ideellen Verlustängsten. Er verstärkt sie deshalb gezielt, indem er die Verantwortung für komplexe Probleme und damit auch die Eigenverantwortung des Einzelnen an globale Feindbilder abschiebt. Damit bietet der politische Populismus verlockend einfache, gern nationalistisch geprägte Antworten an.

Die Antwort auf diesen Vertrauensverlust sieht die Studie in mehreren Schritten: zunächst diese Erschütterung anzuerkennen, sodann Informations-, Mitsprache- und Teilhabemöglichkeiten zu verbessern, aber auch populistische Instrumentalisie-

Der politische Populismus profitiert von materiellen und ideellen Verlustängsten. Er verstärkt sie und bietet verlockend einfache Antworten an.

verbessern. Dann können sie sich eigenständige Einkommenschancen und damit gleichwertige Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten erschließen. Diese zeitgemäßen Mitbestimmungsmöglichkeiten müssen selbstverständlich nicht nur in Staat und Gesellschaft eingefordert, sondern auch innerkirchlich konsequent weiterentwickelt werden, sodass aus dem „brüderlichen Umgang“ endlich ein zukunftsfähiges „geschwislerliches Miteinander“ wird.

Der Grundtenor der Debatte war, dass eine neue Bundesregierung den Auftrag habe, die sozial-ökologische Transformation unverzüglich, in der Breite und mit neuen Akteurs-Allianzen so zu gestalten, dass die damit verbundenen Chancen auch genutzt werden könnten. Gleichzeitig wurde deutlich, dass viele Akteure in Kirche und Gesellschaft bereit sind, ihren jeweils eigenen Beitrag zu leisten und die Debatte gemeinsam weiterzuführen.

Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher, Jahrgang 1966, studierte Wirtschaftsingenieurwesen und Philosophie, promovierte in beiden Fächern, ist seit

2006 Professor für Sozialwissenschaften und Wirtschaftsethik an der Hochschule für Philosophie München und seit 2011 auch deren Präsident. Er ist Mitglied in zahlreichen Kommissionen, seit 2002 in der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“, seit 2006 als deren Vorsitzender.



Foto: HfPH-Birkenholz

johannes.wallacher@hfph.de

Resolution des ÖDP-Bundesvorstands zum Ukraine-Krieg

Es herrscht Krieg in Europa. Ein Angriffskrieg, wie Putin ihn führt, ist ein eklatanter Bruch des Völkerrechts. Der gezielte Angriff der Zivilbevölkerung und der Einsatz verbotener Waffen sind klare Kriegsverbrechen. Unsere Solidarität gilt den Menschen in und aus der Ukraine.

Länder, die angegriffen werden, haben das Recht, sich zu verteidigen. Die ÖDP ist für eine strikte Reduktion von Rüstungsexporten. Diese dürfen allenfalls an EU- und NATO-Partner erfolgen. Die ÖDP bekennt sich zum Grundsatz, keine Waffen in Krisenregionen zu liefern. Jedoch kann es eine moralische Pflicht geben, einem völkerrechtswidrig angegriffenen Land auch durch Waffenlieferungen zur Seite zu stehen. Dies ist aktuell der Fall.

Kriege verursachen immer unendliches Leid. Deswegen fordern wir zu schnellen, ernsthaften Verhandlungen auf, um diesen Krieg zu beenden. Die ÖDP unterstützt und fordert harte Sanktionen gegen den Aggressor. Auch Unschuldige leiden unter Sanktionen. Diese Sanktionen erscheinen aber nötig. Denn sie erzeugen den nötigen Druck zur Verhandlungsbereitschaft. Die ÖDP sieht besonders die EU und die USA, aber auch China in der Pflicht, beide Parteien zu Verhandlungen aufzufordern, auch um eine Eskalationsspirale zu verhindern, die das Ende der Menschheit bedeuten könnte. Auch die Vereinten Nationen müssen ihrer Verantwortung für den Weltfrieden gerecht werden.

Der Konflikt mit Russland hat eine lange Vorgeschichte. Wir als Westen haben es teilweise versäumt, die russische Perspektive besser zu verstehen und zu berücksichtigen. Doch all das gibt dem russischen Regime nicht das Recht, ein friedliches und souveränes Nachbarland zu überfallen. Sicherheit und Frieden in Europa wird es aber auf Dauer nur mit Russland geben. Eine Neuaufgabe des OSZE-Prozesses ist nötig. Gemeinsam mit Russland

müssen wir an einer neuen Sicherheitsarchitektur bauen.

Der Angriff auf die Ukraine wird nicht nur mit Waffen geführt, sondern auch im Internet. Hier ist als Erstes die Desinformation, nicht nur in den Kriegsgebieten, sondern weltweit zu nennen. Dagegen hilft nur eine offene, unabhängige Berichterstattung freier Medien. Das aktuelle Verbot von russischen Staatsmedien während des Krieges in der EU (z. B. RT) ist durch europäisches Recht gedeckt und wird von der ÖDP mitgetragen. Der Abwehr von Cyberangriffen auf die Infrastruktur in Deutschland, EU und NATO bzw. im Westen muss höchste Priorität eingeräumt und sie mit allen technischen Mitteln unterstützt werden. Cyberangriffe gegen russische Infrastruktur durch Deutschland, EU oder NATO werden abgelehnt. Für Cyberangriffe durch Hackergruppen gilt das Gleiche.

Die Menschen aus der Ukraine haben unsere volle Solidarität verdient. Derzeit flüchten täglich Menschen, vor

Sicherheit und Frieden in Europa wird es auf Dauer nur mit Russland geben.

allem Frauen und Kinder, aus dem Land. Es gibt überall eine Welle der Solidarität. Wenn aber die Flüchtlingszahlen weiter steigen, sind alle gefragt, auch Deutschland muss einen sicheren Hafen bieten. Von daher sollten auch deutsche Kommunen hier aktiv unterstützen und ihre Möglichkeiten ausloten. Die Hilfe läuft inzwischen auf vielfältigen Wegen. Die EU und ihre Mitgliedsländer



Einmarsch in die Ukraine bricht Völkerrecht!

#StandWithUkraine

müssen aber auch Einwohnerinnen und Einwohner der Ukraine mit ausländischem Pass an den Grenzen gleichermaßen fair behandeln und ausreisen lassen. Ferner müssen die Sicherheits- und Polizeikräfte in den EU-Ländern dubiose und kriminelle Hilfsangebote bekämpfen. Die Verantwortung für den Krieg trägt die russische Führung, nicht das Volk. Beschimpfungen, Diskriminierungen und Mobbing russischer Mitbürgerinnen und Mitbürger verurteilen wir entschieden.

Die Ukraine ist einer der weltweit wichtigsten Exporteure für Weizen, Mais und Pflanzenöle. Allein beim Getreide entfallen 11 % der weltweiten Produktion auf die Ukraine. Nun aber sind bedeutende Transportverbindungen gekappt, entsprechende Lager sind von Zerstörung bedroht und die landwirtschaftliche Produktion kommt zum Erliegen. Wenn der Krieg nicht schnell beendet wird, fällt die Ukraine als Lieferant auf Jahre aus. Laut Experten drohen dadurch nicht nur in der Ukraine, sondern auch im Nahen Osten und in vielen afrikanischen Ländern Hungersnöte. Hinzu kommen entsprechende Preissteigerungen, die vor allem die ärmeren Länder treffen werden und die ebenfalls zu Lebensmittelknappheit führen. Daher müssen wir den Futtermittelverbrauch in der Massentierhaltung zugunsten der Nahrungslieferungen vor allem für die Entwicklungsländer zurückfahren, auch wenn wir dadurch weniger Fleisch konsumieren können. Das Welternährungsprogramm der UN muss außerdem darauf reagieren und rechtzeitig Hilfen bereitstellen.

Die westliche Welt ist sich weitgehend einig in der Verhängung von Sanktionen mit dem Ziel, die russische Wirtschaft zu schwächen. Doch die bisherigen Maßnahmen bleiben inkonsequent, wenn die wichtigste Devisen-Einnahmequelle für Russland weiter geöffnet bleibt und große russische Banken von der SWIFT-Sanktion ausgenommen sind. Mit der Weigerung der Bundesregierung,

hier konsequente Maßnahmen zu ergreifen, finanzieren wir letztlich die russische Invasion. Die ÖDP fordert daher, dem Beispiel von Kanada und USA zu folgen und einen EU-weiten Importstopp für russische Energie zu verhängen, welcher Öl, Kohle und Gas betrifft. Für die ÖDP hat die Unterstützung der ukrainischen Bevölkerung absoluten Vorrang, auch wenn ein Energie-Importstopp mit einschneidenden Wohlstandsverlusten in Deutschland und

Wir müssen den Futtermittelverbrauch in der Massentierhaltung zugunsten der Nahrungslieferungen vor allem für die Entwicklungsländer zurückfahren.

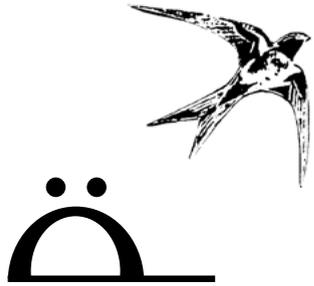
in der EU verbunden ist. Dieser Wohlstandsverlust ist für Deutschland und die EU zu verkraften, wenn er sozial- und verteilungspolitisch aufgefangen wird. Der Importstopp muss daher begleitet werden von einem Energie- bzw. Klimageld, das als Pro-Kopf-Zahlung bereitzustellen ist. Parallel dazu sind die Programme für erneuerbare Energien jetzt endlich beschleunigt umzusetzen. Einen raschen Umbau auf erneuerbare Energien brauchen wir aber auch aus Gründen des Klimaschutzes sowie der nationalen Sicherheit. Wir müssen die Abhängigkeiten reduzieren.

Es herrscht Krieg in Europa – aber nicht nur hier. Wir dürfen die vielen Kriege und ihre Opfer nicht vergessen, etwa in Syrien oder dem Jemen, mit Hunderttausenden Toten. Wollen wir nicht heucheln, müssen wir uns weltweit für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen. Die Devise „Öl für Blut“ muss überall ein Ende haben. ■

Beschlossen vom ÖDP-Bundesvorstand am 13.03.2022

ÖDP feiert 40. Jubiläum

Haben Sie Fotos von der Gründung der ÖDP?



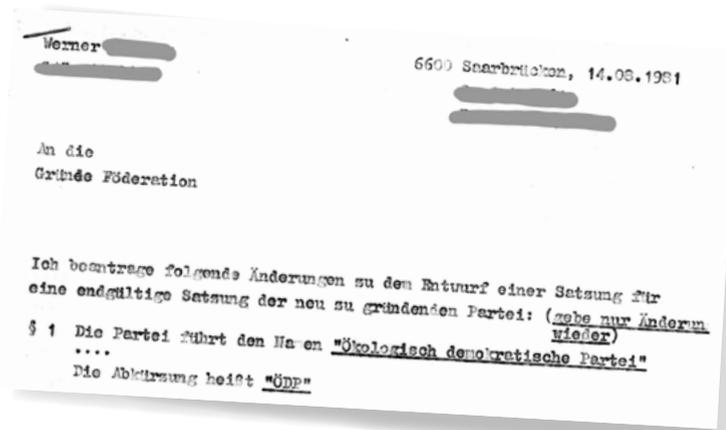
Politik, die aufgeht. ödp.

ödp

2021 und 2022 sind Jubiläumsjahre für die ÖDP: Vor 40 Jahren wurde die Ökologisch-Demokratische Partei gegründet. An dem Wochenende 6./7. März 1982 fand mit dem ersten öffentlichen Bundesparteitag in Bad Honnef ein wichtiger Meilenstein der Parteigründung statt. Auf diesem denkwürdigen Parteitag, über den sogar die „Tagesschau“ berichtete, wurde auch der erste ÖDP-Bundesvorstand gewählt.

Leider existiert von diesen besonderen Ereignissen kaum Bildmaterial. Darum wenden wir uns nun an Sie, liebe Leserin und lieber Leser: Waren Sie vielleicht an dem ersten ÖDP-Bundesparteitag vor Ort und haben die Gründungsereignisse fotografisch festgehalten? Oder kennen Sie jemanden, der dabei war und über historische Aufnahmen in einem Fotoalbum verfügt?

Über jedes Foto und jeden Hinweis würden wir uns sehr freuen. Auch andere historisch interessante Unterlagen aus der Gründungszeit und den Anfangsjahren der ÖDP können Sie uns gerne zukommen lassen. Schreiben Sie uns bitte unter dem Stichwort „Partei-Jubiläum“ entweder per E-Mail an info@oedp.de oder per Post an: ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommerngasse 1, 97070 Würzburg. ■



Bundesgeschäftsstelle

Auf Wiedersehen, Carolin!

Gut ein Jahr lang hat Carolin Rinke die ÖDP-Mitarbeiterinnen in der Bundesgeschäftsstelle Würzburg tatkräftig und mit großer Motivation und Sorgfalt unterstützt. Aus Gründen, die nicht mit ihr zu tun haben, endete Carolins Beschäftigung Ende März 2022. Wir danken der gebürtigen Würzburgerin herzlich für ihren Einsatz zum Wohle der ÖDP und wünschen ihr für den weiteren Lebensweg alles erdenklich Gute.



Foto: Carolin Rinke

Neues Schulungsangebot:

Bei Streitfragen kompetent argumentieren

Wer überzeugen will, muss gut argumentieren. Das gilt nicht nur im Privatleben oder im Beruf, sondern in besonderem Maße auch in der Politik. Aber politische Sachverhalte sind oft komplex. Geht es auch Ihnen so, dass Sie bei vielen Streitfragen das Gefühl haben, nicht mitreden zu können, weil Ihnen das nötige Wissen fehlt? Möchten auch Sie gerne respektvoll und souverän auf eine(n) anders denkende(n) Gesprächspartner(in) eingehen können? Und möchten auch Sie das ÖDP-Programm gerne besser verstehen, überzeugend vermitteln und bei Bedarf sachkundig verbessern?

Dann sind Sie eingeladen, an dem neuen Schulungsangebot „Bei Streitfragen kompetent argumentieren“ teilzunehmen. Zu ausgewählten Streitfragen wird es je eine zweistündige Videokonferenz geben. In der ersten Stunde wird strukturiert das nötige Wissen vermittelt und es werden verschiedene Argumentationen vorgestellt und beleuchtet. In der zweiten Stunde wird das ÖDP-Programm analysiert. Es wird darum gehen, Programmaus-

sagen politisch einzuordnen, inhaltlich auszuwerten und Verbesserungsmöglichkeiten auszuloten.

Jede Videokonferenz wird von Matthias Dietrich, der als Regionalbeauftragter der ÖDP Baden-Württemberg ständig mit inhaltlichen Streitfragen und der Notwendigkeit guter Argumentation konfrontiert wird, intensiv vorbereitet. Zum einen gilt es, die Sachkenntnis der Mitglieder und bereits vorliegende Parteimaterialien heranzuziehen. Darüber hinaus werden aber in erheblichem Maße auch die Ergebnisse einer außerparteilichen und unparteiischen Recherche einfließen. Die Ergebnisse der Recherche werden auf einer gänzlich unparteilichen Webpräsenz veröffentlicht. Werfen Sie doch mal einen Blick auf die Webseite www.gut-argumentieren.de.

Für 2022 sind Videokonferenzen zu folgenden Streitfragen geplant:

- Tierversuche verbieten?
- Geschlechtergerechte Sprache verwenden?
- Bundesweite Volksentscheide einführen?
- Kohlendioxid: entscheidender Klimakiller? (Diese Streitfrage ist Grundlage für weitere Streitfragen zum Klimaschutz.)

Bitte schreiben Sie an matthias.dietrich@oedp-bw.de, wenn Sie zu den Videokonferenzen eingeladen werden wollen. Bitte schreiben Sie auch, wenn Sie bezüglich einer Streitfrage über besondere Sachkenntnis oder praktische Erfahrung verfügen. ■



Foto: pixabay.com/lumis

Aus dem Europaparlament von Manuela Ripa

EU-Taxonomie: Brüsseler Nackenschlag für die Klimawende

Die EU-Kommission hat Anfang Februar ihren Rechtsakt vorgestellt, mit dem Atomkraft sowie fossiles Gas in Zukunft als „klimaneutrale Energiequellen“ definiert werden sollen. Mit der sogenannten „Taxonomie“ würde diesen sehr problematischen Energieträgern von der Kommission ein grünes Label angeheftet werden.

Dabei ist die Idee der Taxonomie eigentlich begrüßenswert. Denn mit ihr wollte die Europäische Union ursprünglich festlegen, welche wirtschaftlichen Investitionen klima- und umweltfreundlich sind. Ein solches Klassifizierungssystem ist weltweit einmalig und sollte das sogenannte „Greenwashing“ verhindern.

Mit der nun vorgestellten Ausgestaltung ist vom ursprünglichen Ziel jedoch nicht mehr viel übrig. Denn Atomkraft ist weder grün noch nachhaltig und sie kann den Klimawandel

nicht stoppen. Derzeit sind weltweit gut 400 Reaktoren in Betrieb. Um 30% der weltweit nötigen Energie mit Atomkraft herzustellen, müssten 5.000 Kernkraftwerke zusätzlich gebaut werden. Selbst wenn man diese wahnwitzige Unternehmung wagen würde, wäre der Kampf ums Klima bis zur Fertigstellung der Reaktoren längst verloren.

Durch den Einfluss der Atomlobby wird das Narrativ des CO₂-freien Atomstroms noch immer verbreitet. Aber diese Erzählung entspricht nicht den Realitäten. Vielmehr ist es erforderlich, den gesamten Prozess der Energiegewinnung aus atomarem Material zu betrachten. Bereits beim Abbau von Uran werden Treibhausgase freigesetzt, ebenso bei seiner energieintensiven Anreicherung. Deshalb ist es Augenwischerei, Atomkraftwerke (AKWs) nur nach



Foto: Manuela Ripa

ihren Emissionen während des Betriebs zu klassifizieren. Des Weiteren werden Mensch und Natur beim Abbau von Uran erheblichen Belastungen ausgesetzt. Denn durch den Uranbergbau entstehen neben Treibhausgasen auch hohe Flächenschäden in den betroffenen Gebieten.

Was die Endlagerproblematik angeht, so kann die Menschheit bis heute keine klaren und belastbaren Aussagen über die Folgen treffen. Kein Land hat es bisher geschafft, ein sicheres Endlager für hochradioaktive Abfälle einzurichten. Es wäre fatal, sich neben der Klimakrise ein neues Problem ans Bein zu binden, nämlich eine Verstrahlung durch hochradioaktiven Abfall.

Im Energiemix hin zur Klimaneutralität könnten bestehende Atommeiler weiter betrieben werden – möglichst kurz und durch klare Regelungen zeitlich begrenzt. Wir brauchen aber keine Renaissance der Atomenergie. Statt dem Ruf der Atomlobby zu folgen, müssen die Milliardeninvestitionen für neue AKWs in Erneuerbare Energien investiert werden. Diese können unendlich saubere Energie liefern und sind damit die einzig nachhaltige Möglichkeit, die Erderwärmung auf ein erträgliches Maß zu begrenzen.

Auch fossiles Gas ist nicht nachhaltig. Deshalb kann es sich bei des-

sen Verwertung nur um eine klar geregelte und ebenfalls zeitlich eng begrenzte Übergangstechnologie handeln, mit schneller Umstellung auf Erneuerbare Energien und einer Reduktion der Emissionen im Energiesektor. Erneuerbare Energien dürfen nicht durch fossiles Gas verdrängt werden und wir müssen sicherstellen, dass rechtzeitig auf grünen Wasserstoff umgestellt wird, was entscheidend sein wird für die Dekarbonisierung der Industrie.

Atomkraft und fossiles Gas hätten aus diesen Gründen niemals in die EU-Taxonomie aufgenommen werden dürfen. Leider hat die EU-Kommission bei der Ausarbeitung der Taxonomie vor den Lobbyisten von Atom und Gas kapituliert. Für die Aufnahme der Atomkraft hat sich vor allem Frankreich eingesetzt. Präsident Macron hofft so, an den Kapitalmärkten einfacher an die benötigten Milliarden zu kommen, um Frankreichs marode Atomkraftwerke zu modernisieren und um neue zu bauen. Das ist eine kurzsichtige und falsche Politik.

Gas hat seine Fans vor allem in den osteuropäischen Ländern. Aber auch Deutschland, inklusive der Ampel-Regierung, setzt immer noch stark auf diesen fossilen Brennstoff, wie man nicht zuletzt am Festhalten an der – auch außenpolitisch heiklen – Ostsee-Pipeline Nordstream 2 sieht.

Es wird kaum gelingen, die 20 Mitgliedsstaaten zu finden, die notwendig wären, um den delegierten Rechtsakt zu stoppen. Deshalb werde ich alles daransetzen, gemeinsam mit meiner Fraktion eine Blockademehrheit im EU-Parlament zu organisieren. ■

<https://manuela-ripa.eu/>
 Facebook: @ripamanuela
 Twitter: @RipaManuela
 Instagram: @manuela.ripa

Sie möchten uns etwas mitteilen?

- Ich möchte eine E-Mail-Adresse von der ÖDP erhalten.
- Ich möchte alle Rundschreiben der ÖDP per E-Mail erhalten.
- Ich möchte alle Pressemitteilungen der ÖDP per E-Mail erhalten.
- Bitte senden Sie E-Mails zukünftig an diese Adresse:

Ich möchte einen Zugang zur **ÖDP-Mitgliederplattform „orangeaktiv“** erhalten.

Ich möchte die **ÖkologiePolitik** in digitaler Form bestellen.

Ich brauche Unterstützung, und zwar:

Meine **Kontakt**daten haben sich geändert:

Vorname, Name

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Meine **Bank**verbindung hat sich geändert:

IBAN

BIC

Name der Bank

Kontoinhaber

Ort, Datum

Unterschrift

Hinweis: Sie haben ein Recht auf Auskunft und Löschung und können einer weiteren Nutzung Ihrer Daten jederzeit an datenschutz@oedp.de widersprechen.



Bitte ausschneiden und senden an die
 ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommersgasse 1, 97070 Würzburg



Das französische Atomkraftwerk Cattenom im Grenzgebiet zu Luxemburg und Deutschland

Sprout 2.0 steht in den Startlöchern!

Stell dir vor, du sitzt auf einer Wiese. Die Sonne strahlt. Du blickst auf einen See. Hinter dem See befindet sich ein Wald. Um dich herum sitzen viele junge Menschen. Du fühlst dich gut. Genau hier bist du richtig.

Du stehst auf, läufst los und springst in den See. Nach einer kurzen Runde Schwimmen steigst du aus dem Wasser und trocknest dich ab. Jetzt geht es zum Workshop „Eine ökologische und soziale Gesellschaft für alle“. Nach dem Workshop genießt du ein schmackhaftes veganes Essen mit gleichgesinnten Menschen. Am Abend nach dem Vortrag „Wie wir eine bessere Welt bauen“ wechselst du zwischen einem Konzert am Lagerfeuer, einer Runde Wikingerschach und guten Gesprächen mit (neuen) Freunden.

Diese Vorstellung kann für dich diesen Sommer Wirklichkeit werden. Nach dem ersten Sprout Zukunftsfestival im letzten Jahr findet diesen Sommer Sprout 2.0 statt. Neuer Ort, neue Referent:innen, aber mindestens genauso viel Spaß und Horizontenerweiterung.

Halte dir also schon mal den 14.–17. Juli frei. Für die Durchführung freuen wir uns über Spenden (s. Kasten) und Anmeldung zum Newsletter unter <https://www.sprout-zukunftsfestival.de/>

ÖDP – Bank für Sozialwirtschaft
Verwendungszweck: **Sprout 2.0**
IBAN: DE12700205000009815240
BIC: BFSWDE33MUE

Keine gemeinsame Sache mit Rechten und Querdenkern!

Wir als JÖ machen uns Sorgen über die aktuellen Entwicklungen in der

Partei. In der ÖDP wird lange und intensiv über den Umgang mit Corona diskutiert. Dieser Diskussionsprozess hat einen Nachteil: Die Außenwahrnehmung der Partei könnte gerade nicht schlechter sein. Auf der Straße

Strategie gegen Corona. Dieses Misstrauen wird von rechten Rattenfängern ausgenutzt, um den Staat zu delegitimieren und die Demokratie auszuhöhlen. Die Lösung ist jedoch nicht das Infragestellen des demo-



wird man erneut auf längst Vergessenes angesprochen: die Nähe zum rechten Spektrum.

Gerade dieses rechte Spektrum ist eine der größten Bedrohungen für die Demokratie. Bei Querdenken, „Spaziergehen“ und Co. gehen unter anderem Rechte, Verschwörungstheoretiker und Esoteriker

kratischen Systems an sich! Gerade die junge Generation muss nun für demokratische Werte eintreten und sie sogar noch weiterentwickeln.

Einzelne Corona-Maßnahmen als überholt oder überflüssig darzustellen, ist legitim. Eine Demonstration privat abzuhalten oder daran teilzunehmen, ist vom Grundgesetz inner-

Wir halten es für völlig unerträglich, wenn sich ÖDP-Mitglieder, vor allem mit Blick auf die Geschichte der Partei, öffentlich anti-demokratisch äußern und damit bewusst das Ansehen der Partei gefährden.

auf die Straße und demonstrieren öffentlich und bedauerlicherweise meist ohne Einhaltung der geltenden Vorschriften. Dabei findet eine gemeinsame Radikalisierung statt, die durch gemeinsame Ideale und Verharmlosung bei diesen Spaziergängen zunimmt. Was alle vereint: ein Misstrauen gegenüber dem Staat, seinen Institutionen und der

halb bestimmter Grenzen geschützt. Sachliche Kritik ist ebenfalls wichtig.

Wir halten es für völlig unerträglich, wenn sich ÖDP-Mitglieder, vor allem mit Blick auf die Geschichte der Partei, öffentlich anti-demokratisch äußern und damit bewusst das Ansehen der Partei gefährden. Dabei hat die ÖDP die rechten Tendenzen in ihren Anfängen aufgearbeitet. Eindeu-

tige Rechtsabgrenzungsbeschlüsse und intensive Bemühungen haben es nach Jahrzehnten geschafft, dass wir auch in den Medien richtig dargestellt werden. Dieser Fortschritt

ÖDP klar gegen diese Bewegungen stellt. Beide Beschlüsse, der Rechtsabgrenzungsbeschluss sowie der Anti-Querdenkerbeschluss sind wichtige Grundlagen, auf die wir uns als

gessenes wieder aktuell und die Presse berichtet über die ÖDP, als zeigte die Partei insgesamt eine Nähe zum rechten Spektrum.

Als JÖ bitten wir euch, problematische Aktionen und Auftritte zu unterlassen, andere davon abzuhalten und öffentliche Falschaussagen zu korrigieren. Das Handeln Einzelner verursacht einen Schaden und das nicht nur bei der ÖDP, sondern vor allem bei der JÖ, in der die nächste Generation der Partei heranwächst. Wir wollen nicht noch mehr Mitglieder verlieren!

Kontakt: JÖ – jung.ökologisch
Emilia Kirner und Tim-Oliver Kray,
Bundesvorsitzende
E-Mail: info@jungeoekologen.de
www.j-oe.de

Als JÖ bitten wir euch, problematische Aktionen und Auftritte zu unterlassen, andere davon abzuhalten und öffentliche Falschaussagen zu korrigieren.

droht verloren zu gehen. Einzelne Mitglieder demonstrieren prominent bei Querdenker-Veranstaltungen und äußern ihre Meinung online, und das laut, direkt und unter ÖDP-Flagge. Dies geschieht ganz zum Trotz eines sehr wichtigen Bundesparteitagsbeschlusses. Dieser stellt unmissverständlich fest, dass sich die

gesamte Partei geeinigt haben. Nun müssen wir sie auch ernst nehmen!

Wir stellen klar, dass es sich hierbei meist um Einzelpersonen handelt. Allerdings schadet das Verhalten Einzelner dem Ansehen der Partei. Vor allem, wenn es sich um Mitglieder in Verantwortungspositionen handelt. Damit wird längst Ver-



Das erste Sprout Zukunftsfestival im Sommer 2021 begeisterte viele junge Leute. Für die nächste Auflage am besten gleich den 14.–17. Juli freihalten

Baden-Württemberg

Landesarbeitskreis Kommunalpolitik in Aktion getreten

Die Kommunalwahl 2024 will gut vorbereitet sein. Daher hat der Landesarbeitskreis Kommunalpolitik seine Arbeit aufgenommen und unter der Leitung des erfahrenen Bad Rappenauer Gemeinde- und Kreisrats Klaus Ries-Müller die ersten Videokonferenzen durchgeführt. Dabei wurden wegweisende kommunalpolitische Anträge besprochen und Tipps für die Kandidatenfindung gegeben. Wichtig ist, dass Ortsverbände oder Fraktionen in den örtlichen, amtlichen Mitteilungsblättern ein Veröffentlichungsrecht haben. In der Regel kann die Satzung der Amtsblätter im Internet eingesehen werden.

Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit

Der Landesvorstand arbeitet derzeit an einem Konzept, wie die Öffentlichkeitsarbeit professioneller gestaltet werden kann. Dazu bedarf es ausreichender Sachkenntnisse, sorgfältiger Zeitplanung, rechtzeitiger Vorbereitung von Veröffentlichungen und schneller Abläufe zum Zeitpunkt der Veröffentlichung. Nur so wird es uns gelingen, uns mehr Gehör zu verschaffen. Nach Möglichkeit wollen wir mit den Veröffentlichungen passende Aktionen verbinden.

Mitglieder für den Landesvorstand gesucht

Die Arbeit im Landesvorstand macht Spaß. Man kann gestalten und sich in Teamarbeit üben. Dabei ist der Blick auf die Parteiarbeit im ganzen Bundesland bereichernd. In den vergangenen Jahren ist die Arbeit im Landesvorstand zumeist harmonisch gewesen und unterschiedliche Meinungen wurden sachlich ausdiskutiert. Auf dem nächsten Landesparteitag vom 14.–15. Mai im Bildungshaus St. Bernhard in Rastatt wird der Landesvorstand neu gewählt. Dafür suchen wir noch Kandidatinnen und Kandidaten, speziell für das Schatzmeisteramt und für den stellvertretenden Vorsitz. Erfahrungen aus der politischen Arbeit vor Ort wären wünschenswert. Melden Sie sich bitte bei dem Landesgeschäftsführer Uli Stein, wenn Sie kandidieren möchten.

Kontakt: ÖDP Baden-Württemberg
Uli Stein, Landesgeschäftsführer
Tel.: (07 11) 63 64 64 4, info@oedp-bw.de

Matthias Dietrich, Regionalbeauftragter
Tel.: (071 21) 88 01 04, matthias.dietrich@oedp-bw.de

Bayern

Kurzfilm statt Aschermittwochkundgebung

Zum zweiten Mal in Folge hat die ÖDP Bayern pandemiebedingt auf eine Kundgebung am Politischen Aschermittwoch verzichtet und stattdessen einen Kurzfilm produziert, der den politischen Wettstreit komödiantisch verpackt: Exakt 50 Jahre nach dem Ersterscheinen des Öko-Klassikers „Die Grenzen des Wachstums“ von Dennis Meadows hat das „Königlich Bayerische Amtsgericht“ versucht herauszufinden, warum fast kein Politiker dieses weltweit bekannte Buch gelesen hat, obwohl doch alle vom Klimaschutz reden. Wegen der schrecklichen Ereignis-



Aschermittwoch 2022 – Der Film

Mitwirkende: ÖDP: Klaus Mrasek, Agnes Becker, Bernhard Suttner, Tobias Ruff, Barbara Engleder und Urban Mangold; Markus Rohmann als Amtsgerichtsrat und Marco Eschrich als Wachtmeister

Drehort: Altes Bräuhaus, Passau
Idee/Drehbuch/Regie: Urban Mangold
Produktion: Mito Media GmbH; **Dauer:** ca. 9 Min.

nisse in der Ukraine haben sich alle Parteien entschlossen, ihre Aschermittwochsaktivitäten abzusagen. Der Film wird also erst zu einem späteren Zeitpunkt zu sehen sein auf www.oedp-bayern.de.

Als wäre eine Zeitmaschine im Spiel: Das Königlich Bayerische Amtsgericht, zuletzt gesehen in der beliebten Fernsehserie des Bayerischen Rundfunks, findet sich in dem ÖDP-Film plötzlich in der Gegenwart und in der Regierungszeit von Franz Josef Strauß. Das Gericht hat einen außergewöhnlichen Fall zu verhandeln. Am Ende gibt es im Streit um die Wachstumspolitik ein sensationelles Urteil, mit dem niemand rechnen konnte – außer der ÖDP.

Die zentrale Botschaft des US-Forschers Prof. Dr. Dennis Meadows in der vom Club of Rome beauftragten Studie ist unmissverständlich: Auf einem begrenzten Planeten kann es kein unbegrenztes Wirtschaftswachstum geben. „Das ist die politische DNA der ÖDP. Wir müssen unsere Ansprüche an den Planeten reduzieren. Das zeigen Klimaüberhitzung, Fluten, Sturzregen und Stürme immer deutlicher. Diese Wahrheit hat für viele eine gewisse Härte. Wir wollen sie am Aschermittwoch trotzdem komödiantisch verpacken“, sagt „Drehbuchautor“ und ÖDP-Bezirksrat Urban Mangold.

Kontakt: ÖDP Bayern, Urban Mangold
Presseanfragen/Mandatsträgerbetreuung
Tel.: (08 51) 93 11 31, urban.mangold@oedp-bayern.de
www.oedp-bayern.de

Lieselotte Ahammer wird 100

Im Rückblick auf ihr Leben, das sie seit 1949 in Töging verbringt, spricht unsere Jubilarin von vier Phasen, die für sie bestimmend waren. In der ersten Phase widmete sie sich vor allem der Erziehung ihrer Töchter und entdeckte die Wichtigkeit des Vorlebens und Überzeugens in der Erziehung. Danach machte sie eine Ausbildung zur Yogalehrerin und gab in der Volkshochschule Kurse in Yoga und Ernährungslehre. In der nächsten Phase gründete sie eine Bürgerinitiative „Gesundheitsfürsorge beim Mobilfunk“. Im Jahre 1995 schließlich entdeckte sie die ÖDP, in deren Programm sie die Werte und Ideale fand, für die sie sich schon vorher engagiert hatte.

In unserem Kreisverband ist Lilo Seele und treibende Kraft zugleich. Unermüdlich entwickelt sie Ideen, macht Vorschläge, schreibt zahlreiche Leserbriefe. Von Rückschlägen und Unverständnis lässt sie sich nicht entmutigen, macht einfach weiter.

Zum Glück fand Lilo in Töging eine kongeniale Mitstreiterin, Sonja Schmidt, die schon seit 1978 in der ÖDP

Berlin

Neue Geschäftsstelle der ÖDP in Berlin

Als der Bundesvorstand 2020 beschloss, die Bundespresstelle aus Berlin abziehen, stand die Berliner ÖDP lange Zeit ohne Geschäftsstelle da – und das ausgerechnet in einem Jahr, in dem in Berlin drei wichtige Wahlen stattfanden. Doch im Dezember 2021 konnte unser Landesverband nun ein attraktives Büro im Stadtteil Prenzlauer Berg mieten und hat damit endlich wieder eine zentrale Basis für seine Aktivitäten.

Das Ladenbüro befindet sich in einer schönen Wohnstraße ganz in der Nähe der Greifswalder Straße mit ihren vielfältigen Einkaufsmöglichkeiten und ist sehr gut mit dem ÖPNV erreichbar. Die Räumlichkeiten sind so großzügig geschnitten, dass dort Versammlungen mit bis zu 30 Personen abgehalten werden können. Es gibt ein großes Schaufenster, einen riesigen Einbauschränk für Akten und im Kellergeschoss viel Stauraum für Wahlplakate und Infostand-Materialien.

Der Landesvorstand freut sich sehr über diese Entwicklung und möchte die Geschäftsstelle zu einem wichtigen Element des Neuaufbaus der ÖDP in Berlin machen. Nach innen, für die Mitglieder, bietet sie einen attraktiven Ort für Treffen von Projektgruppen, Workshops oder die Vorstandsarbeit; nach außen erhöht sie unsere Sichtbarkeit in der Bundeshauptstadt.

ist. Beide kommen aus Schlesien und engagieren sich in der evangelischen Kirchengemeinde.

Lilo Ahammer führt noch heute ein selbstständiges Leben in einem schönen Haus mit großem Garten. Täglich macht sie eine halbe Stunde ihrem Alter angepasste Yogaübungen. Auch regelmäßiges Spazieren gehört zu ihrem Fitnessprogramm und nicht zuletzt gesunde Ernährung mithilfe der „Grünen Kiste“.

Ihren Hundertsten kann sie zusammen mit ihren beiden Töchtern feiern, die sich rührend um sie kümmern; dazu gesellen sich sieben Enkel und acht Urenkel und viele, viele andere ...

Herzlichen Glückwunsch, liebe Lilo!

Wilfried Rahe, KV Altötting



Foto: Lieselotte Ahammer



Die neue Landesgeschäftsstelle der ÖDP Berlin im Stadtteil Prenzlauer Berg. Bis zu 30 Personen können hier unterkommen.

Obwohl die Miete für Berliner Verhältnisse sehr günstig ist, war es für unseren kleinen Landesverband eine schwierige Entscheidung, ob wir uns diese Fixkosten leisten können. Aber dank engagierter Mitglieder, die uns in Form von langfristig angelegten „Büropatenschaften“ unterstützen, ist es gelungen, dieses Projekt auf solide finanzielle Füße zu stellen. Wir freuen uns auch darüber, dass der Bundesverband als Untermieter die Räumlichkeiten für seine Presse- und Verbändekontakte nutzen möchte und somit ebenfalls an deren Finanzierung beteiligt sein wird.

Die neue Landesgeschäftsstelle ist inzwischen eingerichtet und auch schon durch erste Treffen von Projektgruppen und Landesvorstand „eingeweiht“ worden. Im Sommer wollen wir dann ein schönes Straßen-Sommerfest vor unserer Tür feiern, um uns auch bei den Nachbarn bekannt zu machen.

Auf jeden Fall starten wir mit frischem Schwung in das Jahr 2022 und sehen mit Optimismus unserem Landesparteitag Ende Februar entgegen, auf dem unter anderem die Neuwahlen zum Landesvorstand anstehen.

Kontakt: ÖDP Berlin

Dr. Andrea Brieger, Landesvorsitzende (komm.)

E-Mail: info@oedp-berlin.de, www.oedp-berlin.de

Brandenburg

Erbauliches und weniger Erbauliches in Brandenburg

Das vergangene Jahr war einerseits das erfolgreichste in der Entwicklung des Landesverbands Brandenburg mit 24 neuen Mitgliedern, aber in einem durch Corona beein-



Fotos: Dr. Björn Benken

trächtigten Bundestagswahlkampf konnten wir wirklich nur wenig öffentlich präsent sein und keine Mitgliederwerbekampagne starten, wie ursprünglich angedacht. Trotzdem gab es zahlreiche wahrgenommene Presse Termine unserer sieben Direktkandidaten und TV-Interviews. Wobei 44 erstellte Pressemeldungen zu einem Echo von fast 300 ÖDP-Zitierungen führten, die allesamt auf unserer Webseite im neu erstellten Medienspiegel verlinkt sind. Derart gut begann auch das Jahr 2022 mit einem Auftritt im ZDF-Politmagazin „Frontal“, welches weit nach 21 Uhr 9 % aller Fernsehzuschauer sahen. Natürlich ging es mal wieder um das leidige Thema Tesla und die mittlerweile in der Öffentlichkeit ankommende Erkenntnis, dass Trinkwasser als wichtigstes Nahrungsgut eine endliche Ressource ist, sich gerade im niederschlagsarmen Brandenburg nicht automatisch als Grundwasser neu bildet und damit auch nicht uneingeschränkt weiteren Industrieansiedlungen bereitgestellt werden kann. So musste kürzlich in Neuenhagen bei Berlin dem von der Kommune angedachten Google-Rechenzentrum mangels ausreichender Wasserbereitstellungsquoten des Wasserversorgers eine endgültige Absage des Baus erteilt werden. Dies hätte für den jetzigen Bauplatz Teslas ebenso gelten müssen.

Denn laut Risikoanalyse des Bundesumweltamts wird die Region östlich Berlins zu einer der heißesten Deutschlands werden – mit vermehrter Dürre, aber auch überraschenden Starkregenereignissen übers Jahr. 2018 fielen etwa innerhalb zweier Tage 30 % des Jahresniederschlags vom Himmel, was trotz märkischen Sandbodens zu gravierenden Überschwemmungen in Berlin und Brandenburg führte. In weiten Teilen Brandenburgs ist in den vergangenen Jahrzehnten der Grundwasserspiegel gesunken und damit auch der Wasserstand von Seen. Ein

wesentlicher Grund für den Wassermangel ist die Klimaerwärmung, aber nicht zuletzt auch die zunehmende Bevölkerungsdichte im jeweiligen Verbandsgebiet. Ob der Straussee in Märkisch-Oderland oder der Peetschsee in Oberhavel – bei zahlreichen Seen in Brandenburg ist in den vergangenen Jahrzehnten der Wasserstand stark gesunken. Das zeigen Daten des Landesamts für Umwelt (LfU). Der Wasserstand des Peetschsees ging seit 1958

Die Spree floss in den Sommermonaten schon mehrfach in die entgegengesetzte Richtung.

um rund 90 Zentimeter zurück. Der Seddiner See trocknet allmählich ebenso aus, hat sich die Seefläche doch schon um ein Drittel verringert. Der Wasserstand ist bereits um 1,5 Meter gesunken, der vom Straussee innerhalb von fünf Jahren um mehr als einen Meter. Dem Brandenburger Umweltministerium zufolge fiel zudem in den letzten

Konzepte gab es hierzulande in den vergangenen 30 Jahren schon zuhauf, passiert ist aber nur wenig. Und das trotz der Bedeutsamkeit der Ressource Wasser für Mensch und Natur. Es geht hier nicht um ein Luxusproblem wie den Sommerbadespaß im kühlen Nass. Es geht um die Grundlagen unserer Existenz.

Was geschah rückblickend hingegen Erbauliches im Brandenburger Landesverband? Am 24.10.2021 fand etwa bei herrlich sonnigem Herbstwetter unser landchaftskundlicher Exkurs in den Pappelmuttergarten im Sauener Wald (Landkreis Oder-Spree, siehe auch <https://stiftung-august-bier.de/sauener-wald>) zusammen mit der ÖDP Berlin statt. Der ortskundige ÖDPler und Gehölkundler Norman Heß lud zu einer Führung ein, zu der sich etliche ÖDP-Mitglieder und Interessenten einfanden und sich so über den Dauerwald-Gedanken des Waldbau-Pioniers August Bier sowie die seltenen Gehölzarten im verwilderten Gehölzschaugarten anschaulich informieren und zugleich untereinander ungezwungen kennenlernen wie vernetzen konnten. In diesem Jahr finden zusammen mit der ÖDP Berlin die nächsten Exkurse in



ZDF-Politmagazin-„Frontal“-Dreh am 08.01.2022

zehn Winterhalbjahren rund 14 % weniger Niederschlag als zuvor üblich, floss die Spree in Sommermonaten gar schon mehrfach in die entgegengesetzte Richtung.

Grundwasser bildet sich vor allem im kühlen Herbst und Winter, wenn wenig Wasser verdunstet und die Pflanzen ruhen – und besonders viel, wenn Schnee ganz langsam taut und versickert. Wird es im Frühling allerdings früher warm, fließt das Schmelzwasser über noch gefrorene Böden oberirdisch weg in Richtung Fluss und Meer und ist für das Grundwasser weitgehend verloren.

das Erpetal bei Berlin-Friedrichshagen, in den Volkspark Mariendorf und in den Nationalpark „Unteres Odertal“ statt. Termininformationen dazu folgen auf unserer Verbandswebseite.

Am 26. März werden wir voraussichtlich zum dritten Mal als ÖDP-Landesverband mit 8–10 Personen beim vom Ehrenamtszentrum Beeskow organisierten Müllsammel teilnehmen. Zuletzt hatten besonders auch teilnehmende Kinder großen Spaß daran und waren voller Eifer am Werk. Beim letzten Mal waren es gar Fundstücke für



Foto: ÖDP Brandenburg

Traueranzeige auf einer Brücke vor dem Tesla-Gelände: Am 13.02.2020 begannen die Baumrodungen.

mehr als 40 große gefüllte Müllsäcke, die die insgesamt 80 teilnehmenden Helfer der Aktion „Beeskow räumt auf“ aus unzugänglichen Gebüsch und Waldändern zogen. Hinzu kamen Unmengen an Plastikverpackungen, Sperrmüll und auch weggeworfene Überbleibsel von Einbrüchen, die im Anschluss für die Polizei Arbeit bedeuteten.

Den Umweltverbänden muss allmählich klar sein, dass Widersprüche gegen drohenden Flächenfraß und Verlust an Naturschutzgebieten immer schwieriger werden, Umweltrechte massiv beschnitten, aber auch den Einwohnern Brandenburgs immer mehr deren Bürgerrechte und Mitspracherechte entzogen werden sollen. Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) hatte sich bereits im Juli 2021 dafür ausgesprochen, das Planungsrecht in Deutschland zu reformieren. Das Thema betreffe nicht nur Tesla, sondern auch den Ausbau und die Modernisierung der Übertragungsnetze im Strombereich. Aber auch die Mobilfunkanbieter wollen von jenen Sonderregelungen ohne große Einspruchsmöglichkeiten während der Bauphase profitieren. Künftig sollen die Verfahren schneller abgeschlossen werden. Die Ampelkoalition hat bundesweit erste Vorstellungen für schnellere Genehmigungsverfahren skizziert. Nach Angaben der SPD sollen künftig wiederholte Auslegungs-, Einwendungs- und Erwidlungsschleifen vermieden werden. Im Koalitionsvertrag

ist vorgesehen, dass Bürgerbeteiligungsverfahren nach Planänderungen in einem laufenden Genehmigungsverfahren nicht mehr vollständig wiederholt werden sollen. Stattdessen soll ein pragmatischer Ansatz verfolgt werden, indem nur noch neu Betroffene zu beteiligen und Einwendungen nur noch gegen Planänderungen zulässig sind. Diese Planungsbeschleunigung favorisieren auch die Grünen als eines der zentralen Vorhaben der neuen Bundesregierung.

Die FDP ist wiederum für alles zu haben, was die Verfahren beschleunigt, vereinfacht und nicht zulasten Dritter geht. Auch während des Verfahrens und des Baus sollen agile Verfahren eingesetzt werden, mit denen unbürokratisch im Sinne des Antragstellers auf sich verändernde Planungen oder Rahmenbedingungen reagiert werden kann. Zudem müssten formale Fehler besser im laufenden Verfahren heilbar sein. Hintergrund der Überlegungen sind die Verzögerungen beim Produktionsstart der Tesla-Fabrik. So hatte nach ständigen umfangreichen Planänderungen nach den in den USA üblichen Gegebenheiten im vergangenen Jahr ein zweites Konsultationsverfahren, sprich vorgeschriebenes Bürgerbeteiligungsverfahren, starten müssen. Die aktuelle Verzögerung rührt u. a. daher, dass die Behörden nach zwei Jahren immer noch Sicherheitsvorkehrungen der Fabrik prüfen müs-

sen, die andernorts bei jedem anderen Bauträger schon vorab hätten auf dem Tisch liegen müssen.

Tesla hat trotz 20 Vorabbaugenehmigungen nach § 8a BImSchG immer wieder Mengenangaben für giftige Chemikalien geändert, die bei Unfällen in das sensible Trinkwasserschutzgebiet und angrenzende, vom EU-Recht geschützte Flora-Fauna-Habitat-Gebiete auslaufen könnten. Viele Details wurden als Betriebsgeheimnis deklariert und in den Akten geschwärzt und noch nicht einmal den Behörden oder den Anwälten der Gegenseite zur Beurteilung offengelegt. So sieht kein transparentes und vertrauenswürdigen Unternehmen aus, dem man ein Bauen auf eigenes Risiko vielleicht hätte zugestehen dürfen. Auch die Pläne zur Reinigung von Abwässern müssten noch näher untersucht werden, da evtl. die öffentliche Hand ein zusätzliches Klärwerk zu finanzieren und bereitzustellen hätte. Nach der zur erwartenden Baugenehmigung werden wohl die Gerichte über die verschiedenen Fehlleistungen Teslas und über die von Eile angetriebenen Genehmigungsschritte des LfU zu urteilen haben. Möglicherweise könnte dies gar vorgezogene Landtagsneuwahlen auslösen.

*Kontakt: ÖDP Brandenburg
Thomas Löb, Landesvorsitzender
Tel.: (01 75) 996 67 01
info@oedp-brandenburg.de
www.oedp-brandenburg.de*

Sachsen

ÖDP-Sachsen wählt neuen LaVo

Die ÖDP-Sachsen hat auf ihrem Landesparteitag einen neuen Landesvorstand (LaVo) gewählt. Der Waldenburger Jens Gagelmann wird als neuer Vorsitzender die Geschicke des Landesverbands leiten. An seiner Seite sind Rahel Wehemeyer-Blum (stellvertretende Vorsitzende) und Sebastian Högen (Schatzmeister), die den geschäftsführenden Vorstand vervollständigen.

Mit den vier Beisitzern Dirk Zimmermann (Bannewitz), Markus Taubert (Dresden), Steffen Förster (Meißen) und Marcus Lieder (Dresden) ist der LaVo so groß wie noch nie. Durch die Vergrößerung des LaVo konnte auch eine breitere geografische Streuung der Vorstandsmitglieder erreicht werden, sodass nun viele Landkreise mit einem Vorstandsmitglied versehen sind und dadurch die Interessen vor Ort besser im Vorstand berücksichtigt werden können.

Dirk Zimmermann nicht mehr Vorsitzender in Sachsen

Das Reaktivierungsmitglied – unser jahrelanger Vorsitzender des LV Sachsen, Dirk Zimmermann – hat den Stafelstab des Vorsitzes weitergegeben, um politisch etwas kürzer zu treten. In einer Danksagung von Manuela Ripa (MdEP) und Charlotte Schmid (BuVo-Beisitzerin) per Videobotschaft wurden seine Arbeit und Bemühungen für



Foto: ÖDP Sachsen

Den neuen sächsischen Landesvorstand bilden (vorne) Rahel Wehemeyer-Blum und Jens Gagelmann sowie (hinten, v. l. n. r.) Markus Taubert, Sebastian Högen, Dirk Zimmermann, Steffen Förster und Marcus Lieder.

den Landesverband (LV) Sachsen und die ÖDP gewürdigt. Leider konnte aufgrund der Corona-Situation kein Bundesvorstandsmitglied persönlich anwesend sein. Dennoch war Dirk sichtlich gerührt von den Grußworten.

Sechs Jahre leitete der gebürtige Bamberger die Geschicke in Sachsen. Unter seiner Mitwirkung nahm die ÖDP Sachsen das erste Mal an der Landtagswahl in Sachsen teil. Unter seinem Vorsitz errang der LV bei der letzten EU-Wahl zudem mit 0,7% das drittbeste Ergebnis aller Landesverbände. Auch wenn Dirk sich nun mehr um seine Familie, den Garten und seine Hobbys kümmern möchte, bleibt er dem Vorstand als Beisitzer erhalten.

Klausurtagung in Leipzig

Am 7. November 2021 fand die zweite Klausurtagung des LV Sachsen statt. In Leipzig trafen sich rund 15 Mitglieder aus dem ganzen Freistaat, um die Weichen für die Zukunft



Foto: ÖDP Sachsen

Sebastian Högen und Rahel Wehemeyer-Blum danken Dirk Zimmermann für seine großartigen Dienste für die ÖDP im Freistaat.

zu stellen. Als besondere Gäste waren Dr. Claudio Cabalero und unser Bundesvorsitzender Christian Rechholz anwesend. Christian Rechholz schätzte die Vorbereitung und die Auswahl der Themen sowie das harmonische Miteinander in Sachsen.

Inhaltliche Schwerpunkte waren die Mitgliederentwicklung und die Mitgliederstruktur, die Möglichkeiten von Spendenakquise und die Nachbereitung der Bundestagswahl (BTW). Hierbei wurde versucht, die ersten Rückschlüsse für die anstehenden Wahlen zu ziehen. Es wurde auch klar, dass jetzt der Startschuss für die anstehende EU-Wahl gefallen ist. Deswegen wurde der Vorstand mit der Erarbeitung eines Wahlkonzepts für Sachsen beauftragt. Trotz des ernüchternden Wahlergebnisses bei der BTW blickt man in Sachsen positiv in die Zukunft und will an dem guten Wahlergebnis von 2019 anknüpfen sowie die Mitgliederzahlen und das Stimmenpotenzial weiter ausschöpfen.

Konstituierende Sitzung des neuen LaVo

Am 18. Dezember 2021 fand die konstituierende Sitzung des neuen sächsischen LaVo statt. Hierbei wurden die verschiedenen Aufgaben an die Vorstandsmitglieder verteilt und eine Geschäftsordnung beschlossen. Somit gehört Sachsen zu den wenigen LV, die über eine eigene Geschäftsordnung verfügen.

Es wurde auch eine grobe Kostenkalkulation für die kommenden Jahre erarbeitet. Das Hauptaugenmerk liegt hierbei auf der anstehenden EU-Wahl in zwei Jahren. Hier will der LV Sachsen ca. 90.000 Euro in den Wahlkampf investieren und unterschiedliche Werbemöglichkeiten nutzen. Der Landesvorstand ist davon überzeugt, dass die Wahl in vielerlei Hinsicht für die ÖDP entscheidend ist. Es darf nicht nur das Ziel sein, das Mandat von Manuela Ripa zu halten, sondern mindestens noch ein weiteres Mandat zu erringen. Dies geht nur durch eine gute Vorbereitung und durch die frühzeitige Erstellung eines Kostenplans, damit man die nötigen Gelder auch zusammenbekommt.

Plakatlager in Sachsen

Der LV Sachsen hat nun Richtlinien für das Ausleihen von Plakaten aus dem Plakatlager in Sachsen erstellt. Alle ÖDP-Verbände können demnach Plakate gegen eine kleine Nutzungsgebühr verwenden. Hierzu stehen Plakate aus den letzten fünf Jahren zur Verfügung. Dieses Angebot soll den Verbänden dabei helfen, Kosten einzusparen. Es ist deutlich günstiger, als Plakate neu drucken zu lassen. Darüber hinaus handelt es sich um ein praktisches Beispiel von Suffizienz, da einige Ressourcen eingespart werden.



Foto: ÖDP Sachsen

Eine kleine Auswahl der in Sachsen lagernden Plakate

Bei Interesse bitte an sebastian.hoegen@oedp.de wenden. Er verwaltet das Lager und ist für den Erstkontakt zuständig. Gerne sendet er die Nutzungsbedingungen zu und beantwortet eure Fragen.

Kontakt: ÖDP Sachsen
Jens Gagelmann, Landesvorsitzender
E-Mail: info@oedp-sachsen.de, www.oedp-sachsen.de

Bundesarbeitskreis Digitalisierung

Digitalisierung als Wundermittel? Eine Analyse des Ampel-Koalitionsvertrags

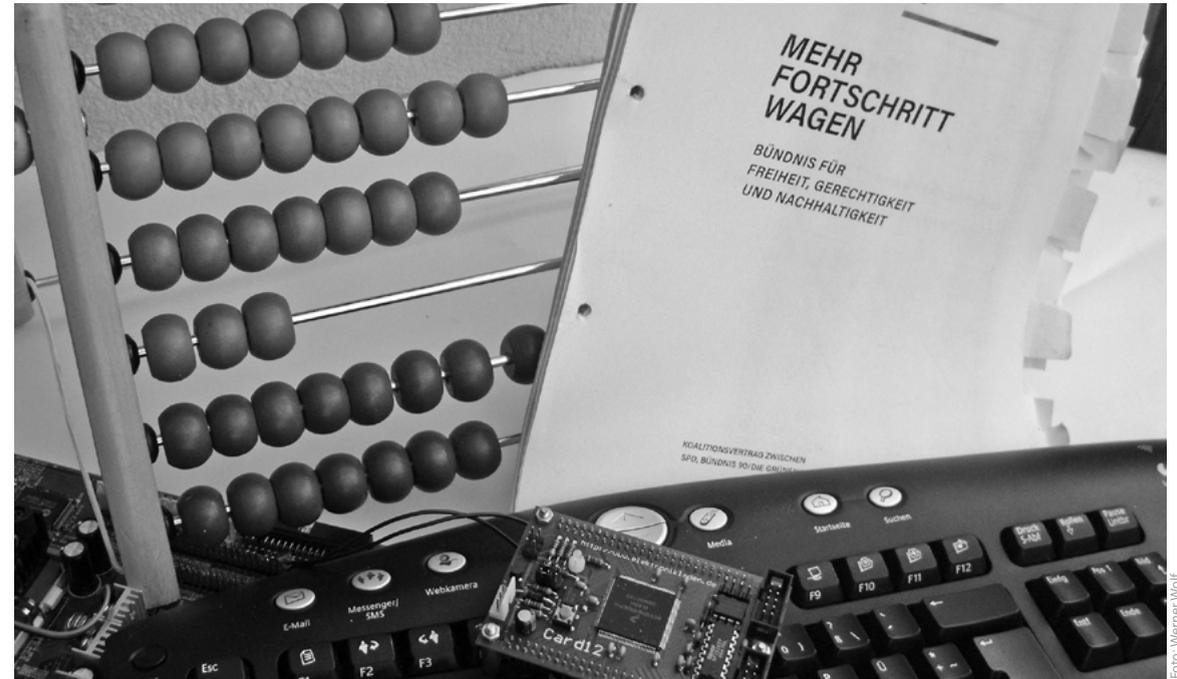


Foto: Werner Wolf

Digitalisierung steht im Koalitionsvertrag als Symbol für Fortschritt – über 200 Mal soll dieses Wundermittel als Universalwerkzeug für „Mehr Fortschritt Wagen“ erhalten. Die Erwähnung von „digital“-Wörtern zieht sich wie ein roter Faden durch fast alle Themenbereiche und Ressorts, mit einem Schwerpunkt im Kapitel „Moderner Staat, digitaler Aufbruch und Innovationen“. Dabei ist selten spezifiziert, wie dieses Werkzeug Anwendung finden soll, manchmal klingt es wie ein Abrakadabra.

Aber was steckt eigentlich hinter dem Wort „digital“? Es geht um eine Methode des Abstrahierens. Man begrenzt mathematische Genauigkeit und erhält natürliche Zahlen wie 1, 2, 3, 4 als Ergebnis. Diese Zahlen stellen wir uns als getrennte Punkte mit Abständen dazwischen vor. Daher der Begriff „digital“, abgeleitet von dem lateinischen Wort „digitus“, Finger. Denn die Fingerspitzen bilden bei der gespreizten Hand einzelne Punkte mit Abstand voneinander. Digitale Werkzeuge sind also nichts Neues. Der Abakus der Antike verfuhr schon nach diesem Prinzip.

Digitalisierung basiert ebenfalls auf dem Wort „digital“. Sie umfasst weit mehr als nur digitale Hardware. Allgemein geht es um eine bessere Verarbeitungsmöglichkeit digital erfasster Datenmengen. Das hat Auswirkungen auf unseren Alltag. Digitalisierung erleichtert unser Leben spürbar, wenn z. B. der Gang zur Behörde durch eine E-Mail abgelöst wird. Auch können wir den Einkauf online erledigen, die neuesten Kita-Nachrichten auf dem Handy empfangen („Wir haben Läuse!“) oder trotz Corona-Zeiten mit Freunden ganz einfach in Kontakt bleiben. Dennoch sollten wir diesen alles durchdringenden Fortschritt auch einmal kritisch auf den Prüfstand stellen. Das tut der Koalitionsvertrag aus unserer Sicht an vielen Stellen nicht. Für die ÖDP steht im Vordergrund:

Auswirkungen auf den Menschen und die Gesellschaft

Negative Auswirkungen der Digitalisierung auf die menschliche Psyche und das Zusammenleben werden im Koalitionsvertrag kaum genannt. Hier sind insbeson-

dere die „Sozialen Medien“ und „Nachrichtendienste“ zu nennen. Sie existieren genau genommen nur in Form sehr weniger Unternehmen wie z.B. Facebook (Meta), Twitter, YouTube. Die Machtposition dieser Unternehmen wird seltsamerweise im Koalitionsvertrag nicht direkt angesprochen, auch nicht die Gefahren der Gesellschaftsspaltung und Desinformation durch populistisch orientierte Algorithmen sowie des Trackings von Personen. Die Europaabgeordnete der ÖDP hat hier in Brüssel bereits deutlich Stellung bezogen. Mehr dazu in unserer Pressemitteilung vom 16.12.2021. Eine weitere spürbare Auswirkung ist die ständige Verfügbarkeit der digitalen Welt. Dies beinhaltet die Gefahr, dass Kinder, aber auch viele Erwachsene nicht mehr vor ausuferndem Medienkonsum geschützt werden. Welche Folgen das haben kann, zeigt die medizinische Fachliteratur auf. Der Koalitionsvertrag geht auf dieses Thema nicht ein.

Auswirkungen auf die Gesundheit

Digitalisierung findet häufig mobil und ununterbrochen (24/7) statt – oft unnötigerweise, da kabelgebundene Übertragungssysteme alternativ zur Verfügung stehen. Das hat zur Folge, dass mehr Elektrosmog in allen Frequenzbereichen generiert wird. Beispiele sind Lorawan für das Mining von Kryptowährungen und der neue WLAN-Standard (WLAN AX) mit Benutzung von Übertragungsfrequenzen bis hin zu Zentimeter- und Millimeterwellen. Da bei den Strahlungsgrenzwerten international Uneinigkeit besteht, sollte bis zu deren wissenschaftsbasierten Festlegung insbesondere in sensiblen Bereichen wie Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser unnötiger Elektrosmog durch Digitalisierung vermieden werden. Der Koalitionsvertrag übergeht dieses Problem.

Auswirkungen auf die Umwelt

Wir sehen eine Energieverschwendung im Bereich der digitalen Online-Services. Gerade das Thema Streaming erfordert Höchstleistungsrechner und datenintensivere Übertragungsnetze. Weltweit verbrauchen diese ca. 500 TWh pro Jahr. Das entspricht dem jährlichen Gesamtstromverbrauch der BRD. Dieses Thema wird im Koalitionsvertrag nicht angesprochen.

Die ÖDP sollte diesen Punkt thematisieren und auf bereits verfügbare Technologien verweisen, die deutlich energieärmer, reparierbar und recycelbar und damit klimapolitisch sinnvoller sind. Verbunden mit dem Vorschlag eines Energielabels A++ bis F für Online-Services.

Auswirkungen auf Schulen

Der Koalitionsvertrag geht vergleichsweise wenig auf das Thema Digitalisierung an Schulen und im Bildungs-

bereich ein. Lediglich der Digitalpakt Schule wird konkret erwähnt und soll leichter zugänglich gemacht werden, ebenso soll es theoretische Fortbildungen für Lehrer geben. Doch mit Geld, also mit teuren Geräten und Einrichtungen allein wird Digitalisierung an Schulen nicht erfolgreich sein. Es fehlen vielmehr ein übergeordnetes pädagogisches Konzept und endsprechende Lehrpläne im Sinne einer ganzheitlichen Ausbildung, wie sie die ÖDP fordert.

Auswirkungen auf die Berufswelt

Die Digitalisierung führt einen Wandel herbei, bei dem es zu einer wirtschaftlichen Umstrukturierung und damit zum Wegfall von Berufen und auch von Arbeitsplätzen kommt. Im Besonderen ist zu beachten, dass „digitale“ Arbeitsplätze ins oft billigere Ausland abwandern. Diese Entwicklung wurde durch den COVID-Digitalisierungssprung bereits jetzt beschleunigt. Es geht dabei nicht nur um „typische“ Berufe wie Softwareentwickler und Data-Scientists. Betroffen sind Berufsgruppen wie Grafike-

*Eine der vorrangigen Aufgaben
des Bundesarbeitskreises Digitalisierung
wird es sein, für die Bundesprogramm-
kommission grundlegende,
alle Aspekte berücksichtigende
Positionen zu entwickeln.*

signer, Online-Versicherer, (Tele-)Radiologen und pädagogische Berufe wie Online-Coaches/E-Learning-Trainer. Die Jobs von Lageristen und Lkw-Fahrern könnten durch die Automatisierung in der Logistik und im Verkehr größtenteils wegfallen. Auch dieser wirtschaftliche Aspekt bleibt im Koalitionsvertrag ungenannt.

Zusammenfassend sei festgestellt: In ihrem Grundsatprogramm bezieht die ÖDP keine konkrete Position zur Digitalisierung, auch im Bundespolitischen Programm finden sich nur ein paar wenige Anmerkungen, weshalb es eine der vorrangigen Aufgaben des Bundesarbeitskreises Digitalisierung sein wird, hier für die Bundesprogrammkommission (und damit für die ÖDP) grundlegende, alle Aspekte berücksichtigende Positionen zu entwickeln. ■

Werner Zirkel
Beisitzer im Vorstand des BAK Digitalisierung
Werner Michael Wolf
Vorsitzender des BAK Digitalisierung

Bundesarbeitskreis Christen und Ökologie

Zwischen Podolski und Jerusalem

Das gibt es wohl nur in Köln! Nur wenige Gehminuten trennen die Gaststätte des Fußballers Lukas Podolski von den Monastischen Gemeinschaften von Jerusalem. Und dazwischen grüßen einen in Bronze die beiden Kölner Originalfiguren Tünnes und Schäl, Mittelpunkt vieler mundsprachlicher Witze. Eine gute Mischung innerhalb von 100 Metern: Bauch und Geist, Humor und Nächstenliebe, von Einkehr zur Einkehr.

Nach dem Treffen im Frühjahr 2021 in Karlsruhe führte uns der Spätherbst 2021 aus allen Winkeln der Republik in Köln zusammen zu Ora et labora (et gaudete)! Unterbringung und Arbeitsmittelpunkt war das Haus der St. Georgs-Pfadfinder. Geistlich angebunden waren wir an die oben schon erwähnte Gemeinschaft, die ihren Sitz und ihr Zentrum in der Kirche Groß St. Martin (in Köln gesprochen als: Groß Martiiiiin) hat.

Einführung eines ökologisch-sozialen Gemeinwohlsjahres

Das Arbeitspensum war diesmal realistisch eingeschätzt und gut ausgewogen. Der Freitagabend umfasste eine Vorstellungsrunde vor allem für erstmalige Teilnehmer, die Festlegung der Tagesordnung, allgemeine Infos zum Ort und dem Ablauf des Treffens und schloss mit einer Lectio divina. Das ist eine besondere meditative Form der Bibelbetrachtung.

Thematisch stiegen wir am Samstag mit der Vorbereitung und Formulierung eines Antrags zum Bundesparteitag ein. Diskutiert wurde die Einführung eines verpflichtenden ökologisch-sozialen Gemeinwohlsjahres. Ausgangspunkt ist die unserer Meinung nach zu geringe Teilnahme an den Freiwilligendiensten von ca. 10 % der Schulabgänger/-innen. Anreize sollten eine ordentliche Vergütung, Rentenansparung und persönlicher Gewinn und Orientierung durch einen solchen Dienst sein.

Ärztlich assistierter Suizid

Das bereits beim Treffen in Karlsruhe andiskutierte Problemfeld des ärztlich assistierten Suizids wurde am Samstagabend weiter erörtert und ebenfalls in einen Antrag zum Bundesparteitag gegossen. Es ist ein ethisch und moralisch sehr an die Grundfesten der menschlichen Existenz und des Zusammenlebens gehendes Thema – vor allem auch mit Blick auf das medizinische Personal. Ausgehend von jährlich – mit Dunkelziffer – vielleicht mehreren zehntausend Fällen von



Mitglieder des BAK Christen und Ökologie vor dem Kirchportal – darunter auch der frisch gewählte Vorstand: 2.v.l. Dieter Nießner, 3.v.l. Hildegard Meyer, 5.v.r. Dirk Uehlein, 4.v.r. Dirk Zimmermann, 2.v.r. Martin Weinmann und 1.v.r. Axel Gebhardt.

durchgeführtem Suizid und noch deutlich mehr Versuchen, sieht man nur ansatzweise in den Abgrund von menschlichem Leid und Verzweiflung. Schwerpunkte unseres Antrags sind daher die Prävention, die Unterstützung von Angehörigen und der Ausbau der Hospiz- und Palliativstationen.

Neu gewählter Vorstand – Dirk Uehlein bleibt Vorsitzender

Wesentlich einfacher war nach diesem aufwühlenden Thema die Neuwahl des Arbeitskreisvorstands. Außer dem nicht mehr antretenden Ingulf-Michael Andres, dem an dieser Stelle ganz herzlich für sein langjähriges Engagement gedankt werden soll, stellten sich alle bisherigen Vorstandsmitglieder wieder zur Verfügung. Zur Wahl als Beisitzerin bot sich Hildegard Meyer aus dem Landesverband Schleswig-Holstein erstmals an. Der neu gewählte Vorstand besteht nun aus Dirk Uehlein als Vorsitzendem, Martin Weinmann als dessen Stellvertreter sowie der Beisitzerin Hildegard Meyer und den Beisitzern Dieter Nießner, Herbert Alexander (Axel) Gebhardt und Dirk Zimmermann.

Geplante Änderung des BAK-Namens

Ein dritter Antrag an den Bundesparteitag wurde für die geplante Namensänderung des Bundesarbeitskreises

formuliert. Auch hier war schon im Frühjahr weitgehende Einigkeit erzielt worden. Wir berichteten darüber bereits in der letzten ÖP-Ausgabe. In Köln musste nur noch der Antrag zu Papier gebracht und abgestimmt werden. „Christen in der ÖDP“ fand eine klare Mehrheit der Anwesenden mit sieben Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen. Der Bundesparteitag kann diesem Antrag im April 2022 wiederum in Köln zustimmen.

Der Bundesarbeitskreis Christen und Ökologie hat eine lange Geschichte und ist einer der größten Arbeitskreise in der ÖDP. Traditionsgemäß treffen wir uns zweimal jährlich in Präsenz. Für Mitte September 2022 ist das nächste Arbeitstreffen im Kloster Marienthal in Ostritz geplant. Herzliche Einladung!

Dirk Zimmermann
Beisitzer im Vorstand des BAK Christen und Ökologie

Bundesarbeitskreis Mobilfunk

„Stay Connected but Protected“

Die Europäische Bürgerinitiative zum Thema Mobilfunk „Bleib verbunden, aber geschützt“ („Stay Connected but Protected“) startete am 1. März 2022 eine europaweite Unterschriftenaktion.

Für die ÖDP ist es seit Jahrzehnten ein Anliegen, zum Schutz von Mensch und Umwelt die Mobilfunktechnologie kritisch zu begleiten und zu hinterfragen. Nun haben aktuell Bürger:innen aus sieben EU-Ländern die herausragende Leistung erbracht, eine länderübergreifende Initiative zu erwirken. Die dänische Organisatorin Pernille Schriver leitet die Initiative, stellvertretende Organisatorin der Europäischen Bürgerinitiative (EBI)/European Citizens Initiative (ECI) ist ÖDP-Mitglied Elisabeth Madsen. Sie arbeitet mehr als ein Jahr lang intensiv an der Ausformulierung im internationalen Team mit und kann stolz darauf blicken, dass sämtliche 23 Gesetzesvorschläge ungekürzt von der EU zur Registrierung freigegeben wurden. Unterstützt wird sie bei der Kampagne tatkräftig von ÖDP-Mitglied Michaela Thiele. Diese freut sich, dass mittlerweile Vertreter:innen aus 21 europäischen Ländern die EBI tatkräftig mit ihren jeweiligen Netzwerken unterstützen. Elisabeth Madsen weist auf die Macht einer EBI hin: „Eine erfolgreiche EBI wird in Bezug auf das Aufforderungsrecht auf dieselbe Stufe gestellt wie das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union.“

Mobilfunk 5G bedarf gemäß der Gesetzgebung keiner Genehmigung oder Umweltverträglichkeitsprüfung. Mobilfunk 5G gilt nicht als neues Projekt oder als neue Technologie. Demzufolge werden die lokalen Umweltgesetze außer Kraft gesetzt und kann die Industrie jede Art von Gerät aufstellen, unabhängig von seiner Umweltschädlichkeit. Die rechtlichen Gegebenheiten auf EU-Ebene orientieren sich immer noch an den Technikstandards

und Einsatzmöglichkeiten von vor über zwanzig Jahren. Obwohl eine Verpflichtung zur regelmäßigen Überarbeitung besteht, wurden diese Gesetze im Gegensatz zu anderen technologischen Bereichen bis heute nicht aktualisiert.

Am 1. März 2022 fiel nun der Startschuss für die EBI, innerhalb von zwölf Monaten mindestens 1 Million Unterschriften europaweit zu sammeln. Die Initiatoren fordern die EU-Kommission auf, Mobilfunkanwendungen und Digitalisierung umwelt-, gesundheits- und demokratie-



gerecht zu gestalten. Alle Wahlberechtigten können ihre Zustimmung zu diesem Anliegen nun online oder auf Unterschriftenlisten dokumentieren.

Der BAK Mobilfunk wünscht der EBI und der europäischen Bevölkerung, dass dieses Vorhaben gelingt und die EU-Kommission gezwungen wird, die umfangreichen Vorschläge für einen Rechtsakt zu prüfen.

Weitergehende Informationen finden sich auf der Website <https://signstop5g.eu/de>, Updates finden Sie auf der internationalen oder der deutschen Facebook-Seite: <https://www.facebook.com/eci.stop.5g.deutschland> sowie auf Instagram: https://www.instagram.com/connected_protected2/.

Marion Schmidt
Vorsitzende des BAK Mobilfunk
Kontakt: bak.mobilfunk@oedp.de



Foto: recyclynd/pxabay.com

Runderneuerte Reifen – was für ein Öko-Ding!

Mit 18 Jahren fuhr ich „runderneuerte Reifen“, weil sie günstig waren. Auch später hab ich nie darüber nachgedacht, welchen Wert runderneuerte Reifen für den Umweltschutz und Artenschutz haben. Erst als ich vor zwei Monaten die WDR-Doku „Autoreifen – Ein schmutziges Milliarden-geschäft“ sah, wurde mir klar, wie viel 60 Millionen angemeldete Autos zur aktiven Müllvermeidung und CO₂-Einsparung beitragen könnten.

Da ich zu dem Zeitpunkt neue Reifen benötigte, machte ich mich auf die Suche und fragte bei vier Kfz- und Reifenhändlern an. Der Rei-

he nach bekam ich zur Antwort: „... haben wir nicht, ... führen wir nicht, ... so was verkaufen wir nicht!“ Am besten gefiel mir die letzte Antwort eines Händlers, nachdem ich mir vorher sein „Runderneuerten-Sortiment“ im Internet angeschaut hatte: „Die verkauf ich dir nicht!“ Nun versuchte ich mit Fakten den Verkäufer zu überzeugen: „Sie wissen schon, dass die Formel-1-Rennwagen mit runderneuerten Reifen 300 km/h schnell fahren und Passagierflugzeuge auf runderneuerten Reifen starten und landen! Sicher sind Sie selbst schon damit in den Urlaub geflogen. Außerdem werden bei der Produktion 70 % weniger Energie und zwei Drittel weniger Rohstoffe verbraucht.“ Der Verkäufer winkte ab und meinte: „Ach, das ist für Sie so ein Öko-Ding, aber ich verkaufe sie trotzdem nicht!“

Was nun? Aufgeben gilt nicht! Also habe ich meine Runderneuerten

im Internet bestellt und für die Montage fand ich einen netten Dienstleister an der Tankstelle.

Was sagt eigentlich das Umweltbundesamt in seinem Bericht „Ökologische Bilanzen in der Abfallwirtschaft“ (Texte | 10/1999, online unter: <https://t1p.de/h3lc>)? Auf der Basis von 600.000 t in Deutschland jährlich anfallenden Altreifen wurden neun verschiedene Optionen der Verwertung miteinander verglichen und die Empfehlung lautet: Runderneuerung!

Nur wenn mehr Autofahrer nach diesen Reifen fragen, wird der Handel ebenfalls reagieren.

Thomas Büchner
Stellvertretender Landesvorsitzender der ÖDP Bayern



Thomas Büchner

ONLINETIPP

WDR-Doku
„Autoreifen – Ein schmutziges Milliarden-geschäft“
YouTube: <https://t1p.de/1ai28>

ÖDP: Landtagswahl wird Abstimmung über Klimakiller 3. Startbahn

Die bayerische ÖDP will die Bevölkerung dafür gewinnen, die Landtagswahl im kommenden Jahr zur endgültigen Abstimmung über die 3. Startbahn am Großflughafen München zu machen. „Die Starrsinnigkeit, mit der die CSU an diesem Klimakiller- und Dinosaurier-Projekt festhält, ist unbegreiflich. Als ob es den Kampf gegen die Klimaüberhitzung nicht gäbe! MankannurdenKopfschütteln“, sagt ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek. Aktueller Anlass ist die Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP). Im Entwurf plädiert die Staatsregierung für den Flughafenausbau (unter Punkt 4.5.1 B).

Auch die Bundesregierung könne das CSU-Vorhaben einbremsen, argumentiert die ÖDP. Schließlich sei die Bundesrepublik Deutschland wie der Freistaat Bayern Gesellschafter der Flughafen München GmbH. „Falls die Ampel dazu schweigt, kann man nur sagen: Es rächt sich bereits wenige Monate nach dem Start der neuen Bundesregierung, dass die Grünen das Verkehrsministerium der FDP überlassen haben“, so Mrasek.

Nach Ansicht der ÖDP wäre es „der helle Wahnsinn, angesichts der Klimakrise eine dritte Startbahn zu bauen und den Flugverkehr noch mehr zu subventionieren“. Die ÖDP Bayern fordert von der Staatsregierung eine konsequente Strategie zur weiteren Reduzierung des klimaschädlichen Flugverkehrs.

Volksbegehren: Der Streuobst-pakt allein ist zu wenig!

Zum dritten Jahrestag des erfolgreichen Volksbegehrens Artenvielfalt – „Rettet die Bienen!“ am 13. Februar ist sich der Trägerkreis aus ÖDP, LBV, Bündnis 90/Die Grünen und Gregor Louisoder Umweltstiftung einig, dass gemeinsame Anstrengungen wie der jüngste Streuobstpakt auch in allen weiteren erfolgten Gesetzesänderungen notwendig sind, um dem Auftrag der Bevölkerung gerecht zu werden. Drei Jahre, nachdem 18,3% der Wahlberechtigten für das erfolgreichste Volksbegehren der bayerischen Geschichte unterschrieben hatten, zeigt sich, dass bisher nur in ausgewählten Teilbereichen Fortschritte zum besseren Schutz der Artenvielfalt im Freistaat angestoßen wurden. So zum Beispiel bei den Streuobstwiesen, deren ökologischer Wert vor allem aufgrund des Volksbegehrens wieder in das Bewusstsein von Bevölkerung und Politik gerückt war. Der Streuobstpakt aus dem Herbst 2021 hat beispielhaft gezeigt, wie es durch ein entschlossenes und gemeinschaftliches Handeln gehen kann – das muss

auf die anderen Ziele des Volksbegehrens übertragen werden. Nur wenn es der Staatsregierung gelingt, auch in weiteren Bereichen wie zum Beispiel dem Ökolandbau und dem Biotopverbund gemeinschaftliche Anstrengungen auf den Weg zu bringen, entspricht dies dem Wunsch von über 1,7 Millionen Unterzeichnern im Februar 2019 für besseren Naturschutz in Bayern.

„Was beim Streuobst gelang, muss endlich auch beim Ökolandbau angepackt werden“, sagt Agnes Becker. Das 30%-Ziel für staatliche Landwirtschaftsflächen wäre einfach umzusetzen und bereits seit 2020 ist die Staatsregierung sogar gesetzlich dazu verpflichtet. Dennoch tut sich hier kaum etwas. Zusätzlich befürchten Ökoanbauverbände in der kommenden neuen Förderperiode sogar deutlich schlechtere Bedingungen für den Ökolandbau als bisher. Agnes Becker, Beauftragte des Volksbegehrens und stellv. ÖDP-Landesvorsitzende fordert: „Wir brauchen einen Pakt für den Ökolandbau! Was beim Streuobst funktioniert hat, muss auch für den Ökolandbau passieren. Leider können wir hier nach drei Jahren nur die gleiche Kritik üben wie schon mehrfach zuvor: schleppende und wenig ambitionierte Umsetzung des Gesetzes durch die Regierung, wenig Wertschätzung für die heimische Ökolandwirtschaft, peinliche Bioquoten beim Einkauf durch die öffentliche Hand und eine Land-



Volksbegehren-Beauftragte und stellvertretende ÖDP-Landesvorsitzende Agnes Becker

wirtschaftsministerin, die in Brüssel kaum Gewicht zu haben scheint. So verfehlen wir das Ausbauziel von 30% krachend. Wir fordern auch hier, alle an einen Tisch zu bringen und echte Umsetzung voranzubringen.“

Kein XXL-Landtag erwünscht? Der ÖDP-Plan

180 Abgeordnete soll der Landtag laut Verfassung haben. Durch Überhang- und Ausgleichsmandate sind es bereits 205 Sitze. Bei der Wahl im nächsten Jahr könn-



Die Titelseite der Unterschriftenliste „Schlanker Staat – schlanker Landtag“ aus dem Jahr 1998

ten es ohne Wahlrechtsreform wesentlich mehr werden. Ein wirksames Mittel zur Gegensteuerung hat die ÖDP bereits 1998 erstmals erprobt: Mit dem Volksbegehren „Schlanker Staat – schlanker Landtag“ sollte die Zahl von damals 204 auf 144 gesenkt werden. Die CSU-Mehrheit war aufgeschreckt und lenkte mit einem Kompromissvorschlag ein.

Schon vor der Einreichung der ÖDP-Unterschriftenlisten beschlossen die Fraktionen damals, den Landtag auf 180 Sitze zu reduzieren, um das ÖDP-Volksbegehren abzuwehren. Der Kompromissvorschlag trat mit der Landtagswahl 2003 in Kraft. „Das ließe sich wiederholen“, meint der ÖDP-Landesvorsitzende Klaus Mrasek: „Den damaligen Gesetzentwurf haben wir gut archiviert.“

Der ÖDP-Vorschlag vor fast 25 Jahren kam kurz nach dem erfolgreichen ÖDP-Begehren zur Abschaffung des Senats. „Das hat wie eine Bewegungstherapie auf die CSU gewirkt“, erinnert sich Mrasek. In ihrem Gesetzentwurf beschrieb die ÖDP die einfachste Lösung zur Vermeidung von Überhang- und Ausgleichsmandaten: Es sollte nur noch 44 Direktmandate geben. Die Stimmkreise sollten denselben Zuschnitt haben, wie die Bundeswahlkreise und die restlichen 100 Sitze über die Parteilisten gewählt

werden. „Dann ist das mathematische Problem der Überhang- und Ausgleichsmandate ausgeschlossen und der Landtag bleibt ohne weitere Aufblähung handlungsfähig“, sagt Mrasek.

Einen Beschluss, ein solches Volksbegehren erneut zu starten, hat die ÖDP zwar noch nicht gefasst. „Die CSU sollte aber die entfachte Debatte über den drohenden XXL-Landtag als Weckruf betrachten und selbst einen Vorschlag machen. Sonst könnte es gut sein, dass wir in unser Archiv greifen“, sagt der bayerische ÖDP-Chef.

ÖDP Bayern zum Internationalen Tag der Bildung

Am 24. Januar war der Internationale Tag der Bildung. Die klare Botschaft: Nach Ansicht der ÖDP Bayern brauchen Kindertagesstätten zur zufriedenstellenden Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans bessere Bedingungen: mehr Platz pro Kind, einen besseren Personalschlüssel, mehr räumliche Möglichkeiten für die Trennung von Gruppen zur gezielten Förderung – in diesen Forderungen unterstützt die ÖDP ausdrücklich den vor einem Jahr gegründeten Verband der Kita-Fachkräfte Bayern.

Stellvertretender ÖDP-Landesvorsitzender Thomas Büchner: „Basis guter Bildung ist gute Bindung – das ist das Ergebnis nahezu aller aktuellen Studien zur frühkindlichen Entwicklung. Deshalb tritt die bayerische ÖDP seit Langem für einen bindungs- und bildungsfreundlichen Betreuungsschlüssel von 1:3 bei den Unter-3-Jährigen ein. Das für alle Kinder und alle Fachkräfte in den Kindertagesstätten belastende Lärmniveau in großen Gruppen ist ein verdrängtes Problem, das endlich auf die Tagesordnung der Landes- und Kommunalpolitik gehört: Lärm verhindert Konzentration und erhöht den Stresspegel. Der Ausweg kann nur sein, Betreuungsgruppen bildungsfreundlich zu verkleinern und die Kindertagesstätten baulich mit Lärmschutzmaßnahmen nachzurüsten.“

Die ÖDP Bayern will grundsätzlich die Wahlfreiheit der Eltern zwischen familiärer Betreuung und guten Kitas stärken, indem auch die Eltern, die sich für familiäre Betreuung entscheiden, finanziell besser unterstützt werden.

Bauernmarkt der ÖDP Mainburg kommt wieder gut an

Sehr zufrieden war der ÖDP Ortsverband Mainburg mit dem Verlauf des regionalen Bauernmarkts im September 2021, den die Aktiven der Mainburger ÖDP bereits zum elften Mal veranstalteten.

Hunderte Besucher folgten gern der Einladung der ÖDP und tummelten sich zwischen den hübsch dekorierten Ständen, an denen es eine fast unüberschaubare Vielfalt von allem gab, was die Hallertauer Landwirte zu bieten haben. Ortsvorsitzender Bernd Wimmer und Initiatorin Annette Setzensack zogen ein positives Fazit: „Unser engagiertes Organisationsteam hat wieder einen kleinen, aber – wie wir denken – nachhaltigen Beitrag zum Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft in der Hallertau geleistet.“

Da noch wenige Wochen vor dem Markt die pandemiebedingten Richtlinien nicht klar waren, hatte sich die ÖDP wie im Jahr davor schweren Herzens gegen die beliebte Bewirtung mit Sitzgelegenheiten und ein Kinderprogramm entschieden. Nichtsdestotrotz sorgte neben dem guten Wetter und der weggefallenen Maskenpflicht auch die musikalische Unterhaltung für eine gemütliche und fröhliche Stimmung auf dem Markt.



Gefragt waren wie jedes Jahr die Infostände vom Landesbund für Vogelschutz, der Initiative „FairTrade-Stadt Mainburg“ sowie vom Bund Naturschutz. Extra angeregt waren wieder die Greenpeace-Aktiven aus Regensburg, welche mit ihrer Unterschriftensammlung mithalfen, die europäische Bürgerinitiative „Rettet die Bienen und Bauern“ zum Erfolg zu führen.

Auch am Stand der ÖDP schauten viele Besucher vorbei – nicht zuletzt, um an dem Gewinnspiel teilzunehmen, bei dem zahlreiche von den Landwirten gestiftete attraktive Preise lockten. Die ÖDP dankt den über 30 Marktteilnehmern, den Helfern in den eigenen Reihen und den Besuchern für ihren Einkauf. Der große Zuspruch selbst in der Pandemiezeit bestätigte, dass der Bauernmarkt mittlerweile als feste Institution etabliert ist. Die Mainburger ÖDP-Aktiven um den Ortsvorsitzenden Bernd Wimmer hoffen, dass der Markt in diesem Jahr wieder ohne organisatorische Corona-Beschränkungen stattfinden kann. Zwischenzeitlich können sich die Mainburger am Wochenmarkt versorgen bzw. direkt bei den Landwirten der Region einkaufen. Als Einkaufshilfe kann

bei der ÖDP ein kostenloses Exemplar ihres „Hallertauer Lebensmittel-Einkaufsführers“ angefordert werden. Auf der Internetseite www.oedp-mainburg.de steht der Einkaufsführer zudem zum Download bereit.

Prof. Dr. Estelle Herlyn – „Ökologia“-Botschafterin der Ökologie 2022

Eine Pressemitteilung der Stiftung für Ökologie und Demokratie e. V.

Jährlich beruft die Stiftung für Ökologie und Demokratie e. V. eine Frau mit Ausstrahlung und ökologischer Kompetenz als „Ökologia“ – Botschafterin der Ökologie. Pandemiebedingt blieb die bisherige „Ökologia“, die Präsidentin des Deutschen Naturheilbundes, Nora Laubstein, zwei Jahre in diesem Amt.

Sie bedauerte, dass während ihrer Amtszeit immer wieder Tagungen verschoben werden mussten. Gerne erinnert sie sich u. a. an die Verleihung des „Goldenen Baumes“ in Speyer an den ehemaligen Vizepräsidenten des Umweltbundesamtes, Herrn Dr. Thomas Holzmann. Herausragend sei das Stiftungsprojekt „Klimawandel-AnpassungsCOACH RLP“ gewesen, durch das 15 rheinland-pfälzische Kommunen im Hinblick auf den Klimawandel gecoach worden seien. Nora Laubstein, die weiterhin einen kritischen Blick auf die ökologische Entwicklung wünscht, bedauert, dass in der großen Politik weder die Gefahren durch 5G-Technologie noch die Nut-



zung von Palmölbenzin oder der zunehmende Raubbau an Wäldern und Bodenschätzen ausreichend berücksichtigt würden. Besonders bedauerlich sei, dass am Ende ihrer Amtszeit als „Ökologia“ die Atomenergie wieder salonfähig gemacht wurde, ohne politischen Bezug auf die Endlagerungsthematik.

Der Stiftungsvorsitzende Hans-Joachim Ritter dankte Nora Laubstein für ihr Engagement und präsentierte als



Die Stiftung für Ökologie und Demokratie e. V. kürte die Betriebswirtschaftlerin Frau Prof. Dr. Estelle Herlyn zur „Ökologia 2022“

neue „Ökologia“ am 19.01.2022 Prof. Dr. Estelle Herlyn. Sie ist Hochschullehrerin und wissenschaftliche Leiterin des Kompetenz-Centrums für nachhaltige Entwicklung an der FOM Hochschule für Oekonomie und Management in Düsseldorf. Ihre Themenschwerpunkte sind: Verantwortung von Unternehmen für eine nachhaltige Entwicklung; nachholende Entwicklung und Klimaschutz in globaler Perspektive. Parallel ist sie freiberuflich für das Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW/n) tätig. In diesem Kontext bearbeitete sie in den letzten Jahren verschiedene Projekte mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und initiierte u. a. die Multiaktionspartnerschaft Allianz für Entwicklung und Klima. Sie ist Mitglied der Dt. Gesellschaft des Club of Rome und stv. Kuratoriumsvorsitzende des Senatsinstituts für gemeinwohlorientierte Politik.

Zu ihrer Berufung als „Ökologia“ erklärt Frau Prof. Dr. Herlyn:

„Ich freue mich sehr, dass ich für das Jahr 2022 zur ‚Ökologia‘ berufen wurde, denn es jährt sich zum 50. Mal die erste UN-Umweltkonferenz, die 1972 in Stockholm stattfand. Es ist bereits 50 Jahre her, dass die damalige indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi das unbedingte Recht der Entwicklungsländer auf nachholende wirtschaftliche Entwicklung in die internationale Debatte einbrachte, welches nicht für den Umweltschutz geopfert werden dürfe. Die Konferenz endete ohne Abschluss-erklärung, Jahre später entstand 1987 die Brundtland-Definition einer nachhaltigen Entwicklung, die auf die gleichzeitige Verwirklichung (nachholender) wirtschaftlicher Entwicklung und Umwelt- und Klimaschutz abzielt.

Heute spiegeln sich diese beiden Kernanliegen in den 17 Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 wider.

Erschreckend ist, dass die zentrale Herausforderung einer nachhaltigen Entwicklung, nämlich die Überwindung der Zielkonflikte zwischen Umwelt- und Klimaschutz einerseits und nachholender Entwicklung andererseits, bis heute nicht gelungen ist. Dies wird bei keinem Thema so deutlich wie beim Klimaschutz: Ungeklärte Gerechtigkeitsfragen verhindern nach wie vor einen wirkungsvollen Schutz des Klimas, der nur in internationaler Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd gelingen

„Viel zu viele Menschen reduzieren den Begriff ‚nachhaltige Entwicklung‘ auf ökologische Fragen.“

kann. Wichtige Handlungsfelder sind die Energiesysteme einerseits und sog. natur-basierte Lösungen andererseits. Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft ist es möglich, zugleich Entwicklung (Schaffung von Arbeitsplätzen, Überwindung von Hunger etc.) zu fördern und das Klima zu schützen. Letzteres, weil die Natur (Bäume, aber auch Böden) eine natürliche CO₂-Senke darstellt, die es zu erhalten bzw. wiederherzustellen gilt.

Leider ist auch nach 50 Jahren kaum bekannt, was tatsächlich hinter dem Begriff ‚nachhaltige Entwicklung‘ steht. Viel zu viele Menschen in Deutschland und anderen Industrieländern reduzieren ihn auf ökologische Fragen.

Als Ökologia ist es mir wichtig, in diesem besonderen Jahr 2022 auf die größeren Zusammenhänge hinzuweisen, die seit genau 50 Jahren auf dem Tisch liegen. Wenn wir noch eine Chance haben möchten, die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen, muss ein breites Verständnis in Politik und Gesellschaft darüber entstehen, dass wir uns international engagieren müssen. Die Industrieländer müssen die Entwicklungsländer in ihren Klimaschutzaktivitäten technologisch und finanziell unterstützen. Dies ist keine alleinige politische Aufgabe, sondern braucht außerdem ein starkes Engagement des Privatsektors und damit jedes Einzelnen. Die vom BMZ initiierte Allianz für Entwicklung und Klima (<https://allianz-entwicklung-klima.de/>) zielt darauf ab, genau dieses nicht-staatliche Engagement zu befördern. Ich bin mir sicher, dass dies ganz im Sinne von Indira Gandhi ist.“

Stiftung für Ökologie und Demokratie e. V.
Hans-Joachim Ritter, Vorsitzender
Siemensring 54, 76761 Rülzheim
www.stiftung-oekologie-u-demokratie.de

Zum Interview mit Dr. Hans-Joachim Maaz in der ÖP 187:

„Die innerseelische Situation ist das eigentliche Motiv“

Die Äußerungen von Herrn Dr. Maaz klingen ja erst mal sehr logisch und interessant – scheinen mir aber bei näherer Betrachtung (und vor allem zum Schluss hin) doch reichlich akademisch begrenzt und abgehoben:

Vor allem seine Sätze zur Corona-Pandemie gießen natürlich allen verquer Denkenden reichlich Öl in deren Feuer. Wieder mal ist – auch nach ihm – nur die Politik an allem schuld. Ich meinerseits hege Zweifel an Maaz' Ansatz, alle und jede Verantwortungslosigkeit vieler Mitmenschen immer nur mit deren frühkindlichen Störungen – und anderen von außen – zu erklären (und auch entschuldigen) zu wollen. Auch teile ich nicht die Meinung, dass man offensichtlich um jeden Preis innerhalb der Gesellschaft immer mit allen im Dialog bleiben sollte. So kritisiere ich besonders seinen Satz, dass „Politik nicht gegen etwas, sondern für etwas kämpfen sollte“. Das klingt schick, ist aber falsch und unrealistisch. Natürlich müssen wir z. B. ganz entschieden gegen unsägliche Nazi-nahe Strömungen kämpfen.

Maaz unterliegt m. E. auch der verbreiteten Fehleinschätzung, dass Grundrechte immer nur MEINE Grundrechte sind, dass Meinungsfreiheit immer nur MEINE Meinungsfreiheit ist – und reiht sich so in die Schar derer

ein, die dann auf Demos mit dem Grundgesetz herumfuchteln. Das Grundgesetz mit seinen Grundrechten funktioniert ja aber nur auf der Basis einer Übereinkunft und Rücksichtnahme innerhalb der Gesellschaft, für die es gelten soll. Wenn die aber aufgekündigt wird, weil MEINE eigenen Freiheiten über den Schutz der anderen gestellt werden (wie es eben die verquer und egoistisch Denkenden gerade vorführen), kann man sich konsequenterweise auch nicht mehr darauf berufen.

Maaz' Ratschlag eines demokratischen Diskurses angesichts der Krisensituation einer Pandemie möchte ich so vergleichen: Wir haben ein lichterloh brennendes Haus, in dem noch Menschen eingeschlossen sind, die sich gut durch den Sprung aus dem Fenster retten, sich dabei möglicherweise etwas brechen könnten – aber immerhin überleben würden. Nun sollte man also angesichts dieses Szenarios zuerst mit ihnen beratschlagen, ob das nicht ihre körperliche Unversehrtheit oder sonstige Grundrechte infrage stellen würde und es vielleicht andere Lösungen gäbe, auf die sich alle einigen könnten. Das klingt toll und wäre vielleicht an sich wünschenswert – in der Zeit wären aber alle verbrannt (oder in der Realität eben viele an Corona gestorben), und dann ist es schlicht müßig, über deren seelische Befindlichkeiten oder ihre Grundrechte und Ansprüche zu diskutieren ... Das Virus wartet unsere „demokratischen“ Abläufe ja nicht ab.

Es geht uns hier wohl immer noch viel zu gut, wenn wir angesichts der aktuellen Notlage und der darüber gerne vergessenen zahlreichen anderen Krisen weltweit solche Pseudo-Diskussionen führen können.

Friedemann Neef
04741 Roßwein

„Die innerseelische Situation ist das eigentliche Motiv“

Im Interview „Die innerseelische Situation ist das eigentliche Motiv“ stellt Dr. Hans-Joachim Maaz eine veraltete Narzissmus-Theorie dar: Seine Position ist, dass Menschen durch früh fehlende Mutterliebe zu Narzisst*innen werden. Das widerspricht der aktuellen Forschungslage.

Unter anderem der anerkannte Spezialist für psychische Störungen, Prof. Claas-Hinrich Lammers, geht davon aus, dass Narzissmus wie alle anderen psychischen Störungen ein multifaktorielles Geschehen ist und mehr als andere Störungen bis zu 70 % genetisch bedingt sein kann (Quelle: Deutschlandfunk: <https://t1p.de/5erfi>).

Unsachlich und ideologisch wird im Artikel suggeriert, dass Narzissmus prägend für die Gesellschaft sein soll. Es ist aber, realistisch betrachtet, ein Störungsbild von vie-



Leben? Das ist eine Beanspruchung von Deutungshoheit, die nicht angebracht ist in unserer Gesellschaft. Fast komisch, wenn es nicht so unangenehm von vorgestern wäre: Diejenigen Frauen sollen der Kinderpflege nachkommen, die noch einen Kinderwunsch haben, denn die anderen würden durch die Pille nicht-gewünschte Kinder sowieso nicht kriegen. Mein großes Fragezeichen ist, welches Weltbild hier dahintersteht? Es ist eine fragwürdige frauenabwertende Haltung, wenn Frauen nicht zugestanden wird, in verschiedenen Konzepten zu leben (allein oder in welcher Beziehung auch immer) und gleichwertig an einem erfüllenden Berufsleben wie auch an einem erfüllenden Familienleben (mit und ohne Kinder) teilzuhaben.

Anja Scholz-Polisky
AK Bildung und Soziales der ÖDP München
80637 München

„Die innerseelische Situation ist das eigentliche Motiv“

Dr. Maaz schreibt, die traumatisierende Manipulation der Kinder geschehe dadurch, dass sie nicht um ihrer selbst willen, je nach ihrer Einmaligkeit verstanden und bestätigt werden, sondern sich so zu verhalten haben, wie es Eltern wollen und später in Kita und Schule als gesellschaftliche Norm erwartet werde.

Ich sehe es eher so, dass Kinder ohne eine Richtlinie, ohne gesellschaftliche Werte und Normen, keinen Ankerpunkt, keine Sicherheit haben. Es braucht beides, die Individualität des Kindes und den Einfluss der Gesellschaft. Denn es herrscht immer eine Wechselwirkung zwischen beiden. Das Kind entwickelt sich, indem es von seiner Umwelt lernt und die Umwelt entwickelt sich, indem es vom Kind lernt. Als traumatisierend würde ich das Verhältnis zwischen beiden nur bezeichnen, wenn es ein zu großes Ungleichgewicht gäbe. Zum Beispiel, wenn ein Kind nur seine Umwelt an sich anpasst und darauf verzichtet, sich selbst zu verändern.

Im Moment haben wir eine sehr große Entwicklung zur Individualität. Welche Auswirkungen das hat und wie die Gesellschaft – die ja eigentlich keine mehr ist, sondern aus Millionen von Kleinstgesellschaften besteht – damit umgehen wird, werden wir in ein paar Jahren wissen. Werte und Normen werden aktuell ständig hinterfragt und neu bewertet. Nicht nur von den Kindern, sondern auch von uns. Denn wir Erwachsenen entwickeln uns auch weiter, passen uns an unsere Umwelt an und umgekehrt.

Rahel Wehemeyer-Blum
04356 Leipzig



Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften **bis zum 12. Juni 2022** an:

ÖDP Bundesverband, Pommersgasse 1, 97070 Würzburg,
Fax: 09 31 - 4 04 86 29, E-Mail: redaktion@oekologiepolitik.de

Wachstum ohne Grenzen?

Das wollen wir für unsere Wirtschaft nicht!

Dennoch müssen WIR als Partei weiter wachsen. Nur so können wir unsere Anliegen in die Politik tragen. Dafür brauchen wir noch mehr engagierte Mitglieder. Helfen Sie durch Ihren ÖDP-Beitritt mit, den Druck auf die politisch Verantwortlichen zu verstärken, damit der Verbrauch an Energie und Rohstoffen, an Wasser und sauberer Luft, an Natur und Steuermitteln deutlich gesenkt wird.

Beitrittsantrag

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich verstehe mich eher als

- reguläre Mitgliedschaft Schnuppermitglied

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

X Name

X Vorname

X Straße/Hausnr.

Kreis

X PLZ/Ort

Tel./Fax

Mobil

E-Mail

Beruf

X Geburtstag

Der Beitritt wurde mir empfohlen von

Frühere Parteimitgliedschaften:

Name der Partei von bis

Name der Partei von bis

Aktuelle Parteimitgliedschaft(en):

Name der Partei(en)

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den

- Regelbeitrag von 7,00 Euro pro Monat
- Familienbeitrag von 7,00 Euro pro Monat (bitte Familienmitglieder gesondert auflisten)
- Seniorenbeitrag von 3,50 Euro pro Monat
- ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger)
- Ich zahle freiwillig 18 Euro/Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.
- Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von Euro.
- Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen:
 - jährliche halbjährliche Abbuchung

Kontoinhaber(in)

Name der Bank

Konto-Nr. BLZ

BIC

IBAN

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrags vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürgerbewegung“.

- Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung JÖ – jung.ökologisch“ sein (nur Personen unter 33 Jahren).

X Datum

X Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Antrag an:

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle | Pommerngasse 1 | 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 4 04 86-0 | Fax: - 29 | info@oedp.de | www.oedp.de



IMPRESSUM

Die Print- und die Online-Ausgabe der ÖkologiePolitik sind im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 18,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 1. Mai 2022.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 4 04 86-0, Fax: (09 31) 4 04 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Jörg-Hube-Straße 109, 81927 München
guenther.hartmann@oedp.de
Jan Altnickel (ja)
Anrode/Thüringen
kommunikation@oedp.de

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe

Dr. Andrea Brieger, Thomas Büchner, Matthias Dietrich, Jens Gagelmann, Sebastian Högen, Emilia Kirner, Tim-Oliver Kray, Thomas Löb, Urban Mangold, Friedemann Neef, Wilfried Rahe, Dr. Johannes Resch, Manuela Ripa, Hans-Joachim Ritter, Marion Schmidt, Anja Scholz-Polisky, Rahel Wehemeyer-Blum, Bernd Wimmer, Prof. Dr. Werner Michael Wolf, Dirk Zimmermann, Dr. Werner Zirkel

Gastautoren

Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher

Interviewpartner/-innen

Prof. Dr. Eckhard Frick SJ, Fabian Payr, Andreas Rebers, Natascha Strobl, Prof. Dr. Matthias Zimmer

Satz

Heike Brückner – Grafikstudio Art und Weise
Dr.-Gessler-Str. 12 A, 93051 Regensburg
heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik – Ökologisch-Demokratische Partei
Neckarstraße 27–29, 55118 Mainz
Tel.: (0 61 31) 67 98 20, redaktion@oekologiepolitik.de
www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01
BIC: BFSWDE33MUE

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP).

Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.



ÖkologiePolitik wird gedruckt auf 100% Recyclingpapier, zertifiziert mit dem EU-Ecolabel und dem Blauen Engel.



VORSCHAU

ÖkologiePolitik im August 2022



40 Jahre ÖDP

Im Januar 1982 gründeten drei politische Initiativen in Wiesbaden die ÖDP, im März 1982 fand in Bad Honnef ihr erster Bundesparteitag statt. Damals hatte sie rund 1.700 Mitglieder, heute sind es über 8.000. Zudem hat sie heute auf kommunaler Ebene fast 500 Mandate inne – und seit 2014 auch ein Mandat im Europäischen Parlament. Darauf kann die Partei stolz sein. Im kommenden Heft blicken wir auf die vergangenen 40 Jahre zurück – und natürlich auch in die Zukunft. Wofür steht die ÖDP? Worin unterscheidet sie sich von den B90/Grünen? Warum braucht es die ÖDP?

TERMINE

Sa. 30.04. 2022	Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Landshut)
So. 08.05.2022	Landtagswahl in Schleswig-Holstein
Sa.-So. 14.-15.05.2022	Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg (in Rastatt)
So. 15.05.2022	Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen
Do.-So. 14.-17.07.2022	Sprout 2.0 – Zukunftsfestival von JÖ – jung.ökologisch (in Mengerskirchen)
Fr.-So. 01.-03.10.2022	ÖDP-Bundesparteitag (in Würzburg)
So. 09.10.2022	Landtagswahl in Niedersachsen
Frühjahr 2023	Landtagswahl in Bremen
Herbst 2023	Landtagswahl in Bayern
Herbst 2023	Landtagswahl in Hessen
Frühjahr 2024	Europawahl



21
Karikatur: Christiane Pfohlmann

Alles doof! Wegen des aktuellen Papiermangels konnte diese ÖP-Ausgabe leider nicht auf dem gewohnten Papier erscheinen. Wir hoffen, mit dem nächsten Heft wieder zum früheren Papier zurückkehren zu können.